

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

CDU und SPD in einem Bett

In Israel hat sich Shimon Peres – jahrzehntelang Führer der sozialdemokratischen Arbeitspartei – über Nacht gehäutet und in das Lager des großbürgerlichen Gegenspielers, des rechts-chauvinistischen Politikers Ariel Scharon, begeben. In Deutschland hat Franz Müntefering, bis vor kurzem noch Vorsitzender der SPD, nach einer „erbittert“ ausgetragenen Spiegelfechtereier zur Täuschung der Wähler die Seiten gewechselt und ist mit der CDU ins Bett gestiegen. Der „Heuschrecken“-Bekämpfer zeigt sich jetzt als getreuer Paladin Angela Merkels. In beiden Fällen liegt kein echtes Überlaufen vor. Man gehörte schon früher zusammen und hat sich durch das Abwerfen der Maske nur erkennbarer gemacht. Die Wähler, die gegen eine solche Liaison gestimmt hatten, wurden systematisch irreführt. Anhänger der SPD wurden an die CDU und CDU-Gefolgsleute an die SPD verkauft. Doch das ist in der kapitalistischen Welt nichts Ungewöhnliches, besteht doch das Wesen der bürgerlichen Demokratie im Einseifen und Über-den-Löffel-Balbieren des Wahlvolks. Sind die Bourgeois, einschließlich ihrer rechtssozialdemokratischen Komponente, nicht stets darauf aus, die „Kunden“ über den Tisch zu ziehen?

Die Equipe von M&M, die jetzt den geschäftsführenden Ausschuss des deutschen Kapitals abgibt, verbreitet die Legende, die Berliner Kabinettsbildung sei ein „Aufbruch“. Sind diese Leute nicht eher eingebrochen? Man legt sich mächtig ins Zeug, um den noch frischen Eindruck der gemeinsamen Niederlage beider Koalitionäre und einer zwei Monate schwelenden Staatskrise der BRD zu verwischen. Das plötzlich zur Schau gestellte Intimverhältnis von CDU und SPD ist in Wahrheit nichts anderes als der Versuch, aus der Not des großen Desasters vom 18. September nachträglich eine Tugend zu machen. Es handelt sich um ein Zweckbündnis zweier Rivalen, die es allein oder in ihren jeweiligen Wunschkoalitionen nicht geschafft haben. Unter diesen Umständen trägt der Blinde den Lahmen fort. Die Wahlverlierer halten sich aneinander fest und stellen auf vier Jahre ausgelegten Optimismus zur Schau.

Über die tatsächliche Malaise können weder das amerikanisch gestylte Lächeln der Kanzlerin (Motto für schlichte Gemüter: „Eine Frau und obendrein aus dem Osten!“) noch die politischen Plattheiten des „ebenfalls aus dem Osten stammenden“ neuen Platzhalters der SPD hinwegtäuschen. Das Programm der Merkel-Regierung ist die Schrödersche Agenda 2010 mit schärferen Zutaten. Der Umstand, daß die Regierungschefin ihrem Vorgänger für dessen Kurs sozialer Demontage ausdrücklich dankte und ankündigte, seine „Reformen“

fortsetzen zu wollen, offenbart das Maß des politischen Verschleißes der SPD, die sich längst in eine stinknormale bürgerliche Partei verwandelt hat.

Es ist nicht damit zu rechnen, daß von M&M jener „Ruck“ ausgehen wird, nach dem sich der frühere Bundespräsident Roman Herzog einst so geseht hat. Was in Berlin geschieht, hat nichts mit dem Wollen oder Unvermögen einzelner Minister zu tun, sondern mit den „Sachzwängen“ der Kapitalherrschaft. Da auch Frau Merkel an der „Senkung der Arbeitslosenziffer“ gemessen werden will, wird sie ebenso scheitern wie Schröder, weil die Steigerung der Zahl der Beschäftigten absolut nicht im Interesse der Unternehmer liegt. Gerade jüngste Entwicklungen zeigen, daß es ihnen allein darum geht, mit immer weniger Arbeitskräften immer höhere Profite zu erzielen.

Die eigentliche Regierung Deutschlands sitzt nicht in den Ministerien, sondern in den Zentralen von BDI und BDA. Sie trägt nicht das blanke Gesicht der Ursula von der Leyen, sondern die verkniffene Wadenbeißer-Visage der Hundts, die im Auftrag ihrer „Gremien“ das Notwendige veranlassen.

„Du bist Deutschland!“ wiederholt die Propagandazentrale, von der die Medien gleichschaltet werden, seit Monaten eine damals auf Hitler bezogene Parole aus dem Jahr 1935. Dieser verlogene Satz soll suggerieren, der Bürger XYZ bestimme darüber, was in seiner Heimat geschieht. Doch was hat eine Bevölkerung zu entscheiden, die nicht einmal über die eigene Verfassung abstimmen durfte?

Manche glauben, die Regierung der großen Koalition sei unter den gegebenen Umständen vielleicht die beste Variante, um dem Land Stabilität zu geben. Einige meinen sogar, die „Ausöhnung“ von CDU und SPD werde Klüfte überbrücken und das „nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen“ stärken.

Wer so denkt, urteilt nicht vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus. Die Große Koalition ist in der Tat die für das deutsche Kapital derzeit günstigste Variante, um nach dem Scheitern an den Wahlen die Zügel politisch in der Hand zu behalten. Die SPD-Führung erweist sich dabei einmal mehr als williger Mitspieler. In Person des vorbildlich unbedarften Mathias Platzeck hat sie einen geeigneten Strohhalm der eigentlichen Regisseure nach vorn gestellt.

Der Wähler wird jetzt von Leuten regiert, die er in dieser Konstellation nicht gewollt hat. Denn die große Koalition stand nirgendwo auf dem Stimmzettel. Sie verkörpert die Macht der kapitalistischen „Eliten“ und die derzeitige Ohnmacht des Volkes.

Klaus Steiniger



INHALT

Wer ermordete Rosa?	Seite 2
Weiter auf einem bewährten Weg	Seite 3
Aus dem Bericht an die Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins	Seite 4
Verfassungswidriges vom Bundesverfassungsgericht	Seite 6
Der vormundschaftliche Staat	Seite 7
Ungeist aus uralten Quellen	Seite 8
Wie die MfS-Zentrale „gestürmt“ wurde	Seite 9
Ging die DDR einen „besonderen deutschen Weg“?	Seite 10
Vom Blitzgesetz zum KPD-Verbot – Eine Chronologie	Seite 11
Was Großeltern ihren Enkelkindern vorlesen könnten ... Nur ein Märchen?	Seite 12
Die Tarnkappe des Oberst Gertz Zur Geschichte des Atheismus in der DDR (2)	Seite 13
„Schiffe versenken“ – kein Kinderspiel	Seite 14
Gedanken an einem Grab „Die Internationale“ – das Lied, das Geschichte machte	Seite 16
73 kommunistische Parteien trafen sich in Athen	Seite 17
UKAP-Vorsitzender Thürmer: Ungarns Marxisten heute	Seite 18
Nach dem XI. Parteitag der KP der Russischen Föderation	Seite 19
Brasilien's KP zu Lulas Regierung	Seite 20
Telesur – Stimme Lateinamerikas	Seite 20
Ukraine: Was der „orangenen Revolution“ vorausging	Seite 21
USA-Rüstungsgiganten wollen neue Atomwaffengeneration	Seite 22
Wie die Heuchler das Andenken von Rosa Parks „ehren“	Seite 23
Unvergessener Joe Hill	Seite 23
Einst und heute	Seite 24
Wie Merkel & Co. für eine „bessere DDR“ stritten	Seite 24
Zum Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker	Seite 25
Briten retteten 10000 jüdische Kinder	Seite 25
Marx-Illustrator Hugo Gellert	Seite 26
Mulk Raj Anand zum 100. Geburtstag	Seite 27
Neue CD: Das „Fest des politischen Liedes“ lebt	Seite 28
Leserbriefe	Seite 29
Impressum / Anzeigen	Seite 32

Am Abend des 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von einer haßerfüllten Soldateska ermordet. Die Mörder entgingen ihrer Strafe. Was war geschehen?

Am 14. Januar 1919 gab Noske, der sich selbst als „Bluthund“ bezeichnete, nach brutaler Niederschlagung der Revolution und Verhängung des Belagerungszustandes über Berlin in seiner Eigenschaft als „Oberbefehlshaber“ einen gegen „Gewalttätigkeiten der Spartakusleute und verbrecherischer Elemente“ gerichteten, an die Bürger Berlins adressierten Erlaß heraus:

Die vom sogenannten „Rat der Volksbeauftragten“ angeordnete Übergabe der Waffen werde vom 15. Januar ab durch die in Berlin einrückenden bzw. dort be-

det. Der Transportführer Oberleutnant Kurt Vogel ließ ihren Leichnam kurz vor der Lichtensteinbrücke in den Landwehrkanal werfen. Er wurde erst am 31. Mai 1919 geborgen.

Nach dem offiziellen Kommuniqué der Division sei Rosa von einer Menschenmenge aus dem Auto, das sie nach Moabit bringen sollte, gezerrt worden, und eine unbekannte Person habe sie erschossen.

Der Plan zur Ermordung von Rosa und Karl stammt von Hauptmann Papst, Leiter der Abteilung 1 AA des Stabes der Division, der zugleich der Vorgesetzte aller beteiligten Offiziere und Mannschaften war.

Die Untersuchung der beiden Fälle oblag dem Kriegsgericht der Division, das aus Offizieren dieses Verbandes bestand. Kriegsratsrat Jorns führte die Un-

richt“. Nach den Recherchen des Senders sei nicht Vogel, sondern ein Oberst a. D. Souchon der unbekannt Marineoffizier gewesen, was dieser seit 1925 öffentlich zugegeben habe.

Weil der Süddeutsche Rundfunk vor etwa 35 Jahren bestrebt war, Licht in das Dunkel um die Ermordung von Karl und Rosa zu bringen, wurde er seitens jenes Herrn Souchon mit einer Unterlassungsklage überzogen. Die 17. Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart entsprach dem Klageantrag, die dagegen eingelegte Berufung blieb erfolglos.

Dem beklagten Sender, seinem Intendanten und dem Redakteur Dieter Ertel wurde durch Urteil des 4. Zivilsenats des Oberlandesgericht Stuttgart vom 12. Dezember 1970 bei Vermeidung einer hohen Geldstrafe untersagt zu behaupten, der Kläger Souchon habe auf Rosa Luxemburg geschossen bzw. sei ihr Mörder gewesen.

Kürzlich kam mir als Bestandteil eines größeren Aktenkonvoluts eines bekannten Rechtsanwalts ein Schriftstück in die Hände, das weiteren Aufschluß über diesen Mord geben könnte. Professor Dr. Siegmund Wolf – Germanist an der Ruhr-Universität in Bochum – schrieb im Zusammenhang mit diesem Rechtsstreit an den Redakteur Dieter Ertel. Wolf teilte mit, er habe im Kontext mit der Ermordung Rosa Luxemburgs die Befragung von Zeitzeugen vorgenommen. Dabei sei er auf den Uhren- und Goldwarenhändler Maximilian Maulbecker in Berlin-Steglitz gestoßen, der 1918/19 ebenfalls dem Sonderkommando der Gardekavallerieschützen-Division angehört hatte und an der Aufspürung, dem Abtransport und der Ermordung von Rosa Luxemburg beteiligt war. Dieser erklärte gegenüber Prof. Wolf, daß die bisher allgemein angenommene Täterschaft des Oberleutnants Vogel ein Märchen sei. Tatsächlich hätte der damalige Kapitänleutnant Souchon den Schuß auf Rosa Luxemburg abgegeben. Vogel hätte sich aber sehr bald „aus Angst und Renommage“ der Tat gerühmt. Zu einem Neuaufrollen des Verfahrens kam es nicht mehr.

So bleibt bis heute die Verbreitung der Wahrheit über die Ermordung Rosa Luxemburgs in der Bundesrepublik unter Androhung hoher Geldstrafen verboten.

RA Prof. Dr. Erich Buchholz

Wer ermordete Rosa?

reits vorhandenen regierungstreuen – also kaisertreuen! – Truppen und Wehren in Verbindung mit der Polizei durchgeführt werden; auch seien Durchsuchungen von Häusern und Wohnungen – ohne richterliche Anordnung – vorgesehen.

Jede Ansammlung auf der Straße wurde untersagt. Den Anweisungen der Posten und Straßenpatrouillen für das Freihalten der städtischen Räume und Straßen sei unbedingt Folge zu leisten. Weiterhin waren Verkehrseinschränkungen und Begrenzungen bei der Nutzung des Berliner Fernsprechnetzes vorgesehen.

So sollte für die „freien“ Wahlen zur Nationalversammlung „Ruhe und Ordnung“ hergestellt werden.

Im Edenhotel befand sich der Stab der konterrevolutionären Gardekavallerieschützen-Division, einer der „regierungstreuen“ Einheiten, die Berlin besetzt hatten.

Rosa und Karl wurden in ihrem illegalen Quartier in Wilmsdorf aufgespürt, festgenommen und zum Stab dieser Division gebracht.

Am 15. Januar 1919 gegen 23 Uhr wurde Karl in ein Auto geschleppt; er sollte ins Untersuchungsgefängnis Moabit verbracht werden. Im Wagen schlug ihm der Jäger (Soldat) Runge, der zu dem Exekutionskommando unter Kapitänleutnant von Pflug-Hartung gehörte, mit seinem Karabinerkolben auf den Kopf. Im Tiergarten wurde er wegen angeblichen Motorschadens aufgefordert, zu Fuß weiterzugehen, und daraufhin „auf der Flucht“ erschossen.

Der leblose Körper wurde als der „eines unbekanntes Mannes“ ins Leichenschauhaus eingeliefert.

Auch Rosa sollte angeblich in das Untersuchungsgefängnis Moabit gebracht werden. Beim Verlassen des Hotels hat wiederum der Jäger Runge an der Tür mit seinem Karabinerkolben auf ihren Kopf geschlagen. Sie blutete stark und mußte in das bereitstehende Auto getragen werden. Später wurde sie durch Kopfschuß ermor-

det. Die Hauptverhandlung fand zwischen dem 8. und dem 14. Mai 1919 statt – bevor die Leiche Rosa Luxemburgs gefunden worden war.

Vogel wurde wegen Mordes angeklagt, aber freigesprochen, weil seine Schuld wegen widersprüchlicher Zeugenaussagen, vornehmlich von Offizieren und Soldaten der Einheit, „nicht eindeutig bewiesen werden konnte“. Eine unbekannt gebliebene Person sei der Mörder gewesen!

Wegen anderer mit dem Transport in Zusammenhang stehender Delikte wurde er zu zwei Jahren und vier Monaten Freiheitsentzug verurteilt. Mit Hilfe reaktionärer Offiziere konnte Vogel aus dem Gefängnis entkommen und nach Holland gelangen.

Kurt Tucholsky war Beobachter dieses Prozesses, der als „Moabiter Justizkomödie“ in die Geschichte einging. Wegen der offensichtlichen Kameraderie der über einen der Ihren zu Gericht sitzenden Offiziere der Gardekavallerieschützen-Division wurde damals in der Öffentlichkeit gefordert, daß ein ziviles Gericht die Angelegenheit untersuchen und entscheiden solle.

Der Mord an Rosa und Karl blieb ungeklärt.

Jedenfalls fand am 19. Januar 1919 die Abstimmung zur „Weimarer“ Nationalversammlung unter dem „Schutz“ der Freikorps-Soldateska statt. Vor allen Wahllokale standen ihre Vertreter mit Stahlhelm, Handgranaten und Schußwaffen. Die Erwähnung dieser ersten „freien“ Wahlen nach dem Ersten Weltkrieg erinnert mich an die von mir als Kind erlebten letzten „freien“ Wahlen vor dem Zweiten Weltkrieg. Ich meine die Terrorwahlen vom 5. März 1933, bei denen ich vor den Wahllokale SA-Männer in martialischer Pose stehen sah.

Anlässlich des 50. Jahrestages der Ermordung von Rosa und Karl brachte der Süddeutsche Rundfunk am 14./15. Januar 1969 eine Sendung „Zeitgeschichte vor Ge-

Herzlich gratulieren wir
der erprobten Kommunistin

Lena Andrä

zum **85. Geburtstag**
am **17. Januar.**

Sie hat sich in den ersten
„RotFuchs“-Jahren
sehr um unsere Zeitschrift
verdient gemacht.

Am 3. Dezember fand in Berlin die Mitgliederversammlung des RF-Fördervereins statt. Trotz der für weite Teile Deutschlands angekündigten Glatteisgefahr hatten sich knapp 150 „RotFüchse“ auf den Weg gemacht, um an ihr teilzunehmen und sie mitzugestalten. Die Genossen und Freunde kamen aus allen Landesteilen – vom Saarland bis in den Nordzipfel Mecklenburgs. Einleitend gab die Hamburger Gruppe „Rotdorn“ ein mit herzlichem Beifall aufgenommenes Kon-

das als ein ernstes Hindernis, an „RotFuchs“-Veranstaltungen teilzunehmen. Eine wirkliche Lösung könne nur erreicht werden, wenn man das Netz enger knüpfe. Das ist in Teterow, der Uckermark und Bautzen bereits geschehen.

Karl-Heinz Mruck (Kassel) kündigte an, daß es schon im nächsten Jahr auch in Nordhessen einen RF-„Kessel“ geben werde. Über positive Erfahrungen in der Bündnispolitik sprachen Fred Hommel (Dresden) und Helga Möller (Jena). In

Dr. Gerhard Feldbauer (Poppenhausen) wiederholte in seinem Diskussionsbeitrag, unterstützt von Werner Hoppe (Hamburg), die Thesen seines im September-„RotFuchs“ veröffentlichten Standpunktes. Sie waren in später von ihm versandten Briefen und E-Mail-Botschaften immer aggressiver vorgetragen worden. Mit eindringlichen Worten wandte sich – neben drei weiteren Rednern – vor allem Dr. Gerhard Neiber (Berlin) gegen jede Schwächung der Zeitschrift und ihres Fördervereins. Die gestiegene Verantwortung des RF zwingt zur Besinnung, die offen oder verdeckt vorgebrachten persönlichen und inhaltlichen Anfeindungen einzustellen. Alle seien in der Pflicht, jegliche Gefahren für den „RotFuchs“ rechtzeitig zu erkennen und abzuwenden.

Weiter auf einem bewährten Weg



zert. Internationale Arbeiter- und Volkslieder wurden dargeboten.

In der Diskussion ergriffen 21 Teilnehmer das Wort. Den größten Raum nahm der Erfahrungsaustausch zwischen den Regionalgruppen (12 Redner) ein, sechs Beiträge bezogen sich auf Fragen, die mit dem im März 2005 erfolgten Rücktritt des früheren Vereinsvorsitzenden zusammenhingen.

Herausragende Themen des Erfahrungsaustausches waren die Gewinnung neuer Leser, die Schaffung weiterer Regionalgruppen, die Bündnispolitik, die verstärkte Arbeit mit Jüngeren sowie Vorschläge für die weitere Tätigkeit des Fördervereins und die Ausprägung des bisher verfolgten Kurses.

Dr. Ernst Heinz (Berlin) sprach als erster Diskussionsredner zu ideologischen Fragen. Günter Schmidt (Neubrandenburg) berichtete über seine Erfahrungen beim Aufspüren neuer Leser. In den vielen kleinen Städten dieses Territoriums gehe es darum, zunächst einen „Erstleser“ ausfindig zu machen, der dann als Multiplikator wirkt. So habe man z. B. in Demmin einen Interessenten gefunden, der nach zwei Wochen eine Gruppe von fünf Lesern anmeldete. Zur Notwendigkeit der Bildung neuer Regionalgruppen wurde festgestellt, sie ergebe sich nicht zuletzt daraus, daß der bisherige Einzugsbereich zu weiträumig sei. Häufig erweise sich

Dresden bestehe seit Jahren ein kommunistisches Aktionsbündnis, und in Thüringen gebe es einen „Roten Tisch“. Das Bemerkenswerte in beiden Fällen: Es nehmen nicht nur ausgewiesene Kommunisten und Vertreter linker Organisationen teil, sondern auch Gewerkschafter und Sprecher von Solidaritätsbewegungen. Mehrere Redner berichteten, wie Veranstaltungen in ihren Regionen genutzt werden, um Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten. So schilderte Uwe Kramp (Rostock) ein Gespräch mit dem PDS-Vorsitzenden der Hansestadt. Erwin Mitzkat (Teterow) informierte über den regelmäßigen Meinungsaustausch mit dem örtlichen Vorsitzenden des Beamtenbundes. Mehr Wirksamkeit unter jüngeren Lesern wurde von einigen Rednern gefordert. Günter Strobel aus Dresden ging auf die Notwendigkeit ein, Kindern ein unverfälschtes DDR-Bild zu vermitteln. Jutta Jesko (Halle) legte wichtige Schlußfolgerungen aus einer Veranstaltung mit Studenten der Politikwissenschaften dar. Einige ältere Genossen hätten sich über die „knallharten“ Fragen schockiert gezeigt, die von ihnen gestellt wurden. Doch sei es schon immer das Vorrecht der Jugend gewesen, auch unbequeme Themen aufzuwerfen. Nur, wenn man hier Toleranz übe, könne Nachwuchs für unsere Reihen gewonnen werden.

Interessante Gedanken wurden unterbreitet. So empfahl Dr. Ernst-Jürgen Langrock (Hoyerswerda) mit einem Vergleich aus dem Militärwesen, wegen der gegenwärtigen Schwäche der Linken „Flankenstöße“ zu unternehmen. Forderungen könnten z.B. die Rückverstaatlichung von Bahn und Post sowie der Stopp von Privatisierungen sein. Prof. Dr. Hans Fischer (Berlin) stellte seine Sicht auf die Zusammenführung linker Kräfte dar und formulierte hierzu eine Reihe von Vorschlägen. Prof. Dr. Götz Dieckmann (Belzig) betonte, das Sammeln marxistischer Kräfte sei aktuell sicher richtig; man müsse aber auch wissen, wofür man letztendlich sammeln wolle. Er mahnte an, den 100. Jahrestag der Gründung der KPD im Jahr 2018 und das 100. Jubiläum der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution ein Jahr zuvor als wichtige Zeitmarken für die Schaffung einer einheitlichen deutschen Arbeiterpartei mit Masseneinfluß ins Auge zu fassen. Unter diesem Gesichtspunkt sollten Etappen und Schritte langfristig überdacht werden.

Nach Abschluß der Diskussion wurde die neugefaßte Satzung – mit einigen weiteren Änderungen aufgrund von Vorschlägen aus Regionalgruppen und Dr. Feldbauers – durch eine überwältigende Mehrheit verabschiedet. Nach Zustimmung durch das Amtsgericht wird sie allen Vereinsmitgliedern zugestellt. Die wohl wichtigste Neuerung betrifft die bedeutende Stärkung der Rolle der Regionalgruppen, die sich inzwischen als Eckpfeiler des Vereins erwiesen haben.

Abschließend erfolgte die Wahl des neuen Vorstandes und der Revisionskommission. Insgesamt wurden 19 Vorstandsmitglieder gewählt, darunter in Einzelabstimmung Rolf Berthold als Vorsitzender, Prof. Dr. Götz Dieckmann als stellv. Vorsitzender und Jürgen Thiele als Kassierer. Als Vorsitzender der Revisionskommission wurde Dr.-Ing. Peter Tichauer wiedergewählt. Keiner von den vorgeschlagenen Kandidaten erhielt weniger als 95 % der Stimmen – ein bemerkenswertes Zeugnis für die Geschlossenheit des Vereins. Damit hat die von anderen im Vorfeld angekündigte „Richtungsentscheidung“ stattgefunden: Es bleibt bei dem seit acht Jahren verfolgten bewährten Kurs. **Frank Mühlefeldt**

Mitgliederversammlung des „RotFuchs“-Fördervereins am 3. Dezember 2005

Aus dem Vorstandsbericht, erstattet von Rolf Berthold

Seit unserer Mitgliederversammlung im Oktober 2003 sind mehr als zwei turbulente Jahre vergangen. Unser Förderverein besteht nun schon über vier Jahre. Der „RotFuchs“ spielt in den ideologischen und politischen Auseinandersetzungen unserer Zeit eine wachsende Rolle. Die dort vertretenen Positionen finden zunehmend Gehör und Unterstützung oder liefern zumindest Stoff für konstruktive Diskussionen. Der Förderverein und insbesondere seine Regionalgruppen sind aus dem politischen Leben im linken Spektrum vieler Orte des Landes nicht mehr wegzudenken. Unsere Kräfte haben zugenommen und wachsen weiter. Unser Verein zählt gegenwärtig 842 Mitglieder, die Zahl unserer ständigen Leser übersteigt 14 000. Uns geht es aber nicht schlechthin um eine quantitative Zunahme. Wir wollen vor allem Motor in einem politischen und ideologischen Klärungsprozeß sein, wir möchten einen solchen Prozeß initiieren und befördern. Dabei haben wir noch viel zu leisten, unsere Arbeit zu qualifizieren. Wir befinden uns in einer Situation scharfer innerer und internationaler Klassenauseinandersetzungen. Die konterrevolutionäre Zerstörung der sozialistischen Ordnung in der UdSSR und den europäischen sozialistischen Ländern, die Liquidierung des RGW, des Warschauer Vertrages und die damit verbundenen Folgen für die internationale Situation bedeuten aber nicht, daß die Bourgeoisie den endgültigen Sieg errungen hätte. Der Hauptwiderspruch der Epoche, der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, wurde nicht zugunsten des Kapitals aufgelöst. Wir wenden uns auch gegen alle Bestrebungen, den Marxismus für tot zu erklären. Wir bekennen uns dazu, Kommunisten und Sozialisten, Internationalisten zu sein, wir sind und bleiben Marxisten, die die Lehren der Klassiker zur Richtschnur ihres Denkens und Handelns machen. Nur auf dieser Grundlage werden wir imstande sein, die Komplexität der Ursachen für die Niederlage des Sozialismus in der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern Europas zu ergründen, eine korrekte Einschätzung der heutigen Situation in Deutschland sowie der internationalen Prozesse zu erarbeiten und richtige Schlußfolgerungen daraus abzuleiten. Der „RotFuchs“ ist auch deshalb geachtet, weil er die Dinge beim Namen nennt und nicht versucht, durch unscharfe und klassenindifferente Formulierungen das Wesen der Ereignisse zu verschleiern. Eine solche Position wird selbstverständlich nicht überall akzeptiert. Wir werden angegriffen, beschuldigt und auch als dogmatisch, unmodern, nicht angekommen, zu links usw. abgetan. Durch redaktionelle Beiträge, Diskussionsrunden, Grundsatzartikel, Darlegungen zu historischen Ereignissen, Leserbriefe und in vielen anderen journalistischen Formen hat der „RotFuchs“ zu prinzipiellen Fragen Stellung genommen und damit geholfen, klare marxistisch-leninistische Positionen zu formulieren und zu verteidigen. Es kommt darauf an, zum richtigen Zeitpunkt die richtigen

Fragen zu stellen und die Ursachen der sich vollziehenden Prozesse zu benennen. Wir müssen die einzelnen Vorgänge in den Zusammenhang der Gesamtsituation, der weltweiten Auseinandersetzung einordnen.

Wir haben eindeutig erklärt, daß wir die Ereignisse 1989–1991 als Konterrevolution betrachten und nicht als „Wende“ oder „friedliche Revolution“. Wir haben betont, daß wir nicht von einer „Wiedervereinigung Deutschlands“ oder einem „Beitritt der DDR“ ausgehen, sondern von einem Anschluß der DDR an die BRD bei Zerstörung des gesellschaftlichen Systems der DDR. Deshalb wollen wir in dieser Bundesrepublik auch nicht „ankommen“.

Der „RotFuchs“ sieht es als wichtige Aufgabe an, einen Beitrag dazu zu leisten, daß ein objektives Bild über die DDR und die SED, ihre Geschichte, ihre Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik, ihre Leistungen und Erfahrungen erarbeitet wird. Wir wenden uns gegen die antikommunistische Kampagne der Verunglimpfung von DDR und SED. Damit wird doch nur der Versuch unternommen, den Sozialismus generell zu verketzern und zu erreichen, daß nie wieder ein sozialistischer Staat auf deutschem Boden entsteht. Offensichtlich wird der Antikommunismus auch zur größten Torheit des 21. Jahrhunderts. Offensive Auseinandersetzung mit seinen heutigen Erscheinungsformen ist eines der Hauptanliegen unserer Zeitschrift. Klaus Steiniger schreibt im Leitartikel „Am Sozialismus festhalten!“ in der August-Ausgabe 2005: „Die DDR war deshalb die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, weil sie dem Kapital in einem Drittel Deutschlands 40 Jahre lang die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum entzog.“

Natürlich wollen und werden wir die Dinge nicht schönfärben und den Eindruck erwecken, als sei alles ohne Fehl und Tadel gewesen. Vieles ist auf den Prüfstand zu stellen, zumal wir in zahlreichen Fragen durchaus noch keine endgültige Klarheit besitzen. Aber wir lassen nicht zu, daß die DDR verunglimpft wird. Und noch dazu auf Feldern, auf denen sie eine besonders vorbildliche Arbeit geleistet hat, z. B. auf dem Gebiet des Antifaschismus. Zu behaupten, die DDR trage die Schuld für das jetzige Erstarken neofaschistischer Kräfte in Deutschland, ist eine ungeheuerliche Verfälschung der Tatsachen. Wir gestatten niemandem, die DDR als Unrechtsregime abzustempeln – und zwar weder unseren Gegnern noch politischen Kräften, mit denen wir heute im Widerstand gegen den Kurs der herrschenden Klasse und ihrer Politiker in vielen Fragen übereinstimmen. Das ist keine rückwärtsgewandte Orientierung, sondern die Voraussetzung für einen klaren Blick nach vorn. Es wird nicht sein, daß der erste deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat, der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden als verschmähte Erscheinung in die Geschichte eingeht. Auch deshalb sprechen wir nicht von der „ehemaligen“ DDR. Ohne 40 Jahre DDR wäre die europäische Geschichte in

der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts anders verlaufen.

Durch zahlreiche Veröffentlichungen macht unsere Zeitschrift deutlich, daß mit den Ereignissen von 1989 bis 1991 der Sozialismus nicht, wie es sich die Bourgeoisie wünscht, für immer beseitigt wurde. „Das Manifest der Kommunistischen Partei ist lebendig wie am ersten Tag“, schrieb Genosse Ernst Heinz im August-„RotFuchs“ 2005. Der wissenschaftliche Sozialismus hat seine Gültigkeit nicht verloren. In vielen Ländern der Welt gibt es nach wie vor einflußreiche Parteien, die sich zum Sozialismus und Kommunismus bekennen. Manche, vor allem in Europa, haben sich allerdings durch die Konterrevolution vom richtigen Kurs abdrängen lassen. Hier hat der Revisionismus verhängnisvolle Wirkung gezeigt.

Im „RotFuchs“ wird auch über jene Länder berichtet, die sich auf einem erfolgreichen sozialistischen Weg befinden, über Kuba, die Sozialistische Republik Vietnam, die Volksrepublik China. Nicht minder über große Parteien in Europa, die standhaft und mit Erfolg die marxistisch-leninistischen Prinzipien vertreten. Hier möchte ich die kommunistischen Parteien Portugals und Griechenlands erwähnen, die über eine beachtliche Massenbasis verfügen. Das Bekenntnis zu unserer Weltanschauung ist nicht von Sieg oder Niederlage abhängig, auch wenn die Konterrevolution jeden einzelnen von uns sehr schmerzhaft getroffen hat. Das Festhalten an ihr hat nichts mit Nostalgie zu tun. Nur derjenige kann die Zukunft gestalten, der in seinem Denken und Handeln auf dem aufbaut, was die vorangegangenen Generationen geleistet haben. Es gilt, alles Gute und Wertvolle zu bewahren und mitzunehmen. Wir trennen uns konsequent von dem, was sich als falsch erwiesen hat.

Die bürgerliche Presse quillt über vor Lobgesängen auf die Demokratie in der BRD. Selbst manche Gegner von Hartz IV und anderen sozialen Grausamkeiten loben sie, sprechen von einem Rechtsstaat und lassen sich zugleich auf das Geschwätz vom undemokratischen Unrechtsstaat DDR ein. Aber es ist erforderlich, zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie zu unterscheiden, bürgerliches und sozialistisches Recht auseinanderzuhalten. Wir fragen: Welche demokratischen Rechte hatte und hat das Volk der BRD, die deutsche Beteiligung am Aggressionskrieg gegen Jugoslawien, die Schützenhilfe der Regierung der BRD für die Aggression gegen Irak und die direkte Verstrickung in Afghanistan zu verhindern?

Mit dem Kuhhandel um die Regierung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD wurde die bürgerliche Demokratie bloßgestellt. Der Wählerwille wurde brutal verfälscht. Wer SPD gewollt hatte, bekam Merkel, wer sich ein CDU-Kabinett erhoffte, erhielt acht SPD-Minister, wer einen Wechsel der Politik wollte, bekam die alte in neuem Gewand. Die Bundestagswahl veranschaulichte das ganze Maß der gesellschaftlichen Krise, in der sich die BRD befindet. Die Tatsache, daß diesmal der fliegende Wechsel im Zweiparteiensystem



nicht klappte, offenbart die politische Schwäche der nach wie vor mächtigen deutschen Bourgeoisie.

Erstmals haben sich linke Kräfte aus dem Osten und dem Westen erfolgreich gegen die Politik der tonangebenden Parteien, die fälschlicherweise als „Volksparteien“ bezeichnet werden, verbündet. So entstand die Frage, wie wir uns verhalten sollen. Wir haben die Linkspartei im Wahlkampf unterstützt. Gleichzeitig wiesen wir auf die Gefahr hin, daß in der Folge ein weiteres Abrücken dieser Partei von sozialistischen Zielen und deren Übergang auf zunächst linkssozialdemokratische Positionen erfolgen könnte. Insbesondere die Bewahrung von DDR-Verbundenheit würde in einem solchen Falle unter die Räder geraten. Die Fraktion der Linkspartei ist sehr heterogen zusammengesetzt. Ihr gehören hervorragende Antiimperialisten an. Aber es gibt da auch Leute, an die wir uns aus anderen Zusammenhängen erinnern. Übrigens fanden unsere Leitartikel zu diesem Gesamtkomplex ein lebhaftes Echo. Der „RotFuchs“ zeigte auch hier, daß seine Haltung durch Prinzipienfestigkeit und Realitätssinn geprägt ist. Diese Dialektik müssen wir in Zukunft beibehalten. Unsere Monatszeitschrift erscheint seit fast acht Jahren regelmäßig und pünktlich. Das kostet großen Einsatz aller Beteiligten und auch persönliche Opfer. Es hat von unseren Lesern auch diese oder jene Kritik gegeben, aber die politische Grundorientierung und die journalistische Qualität des RF wurden nie in Frage gestellt. Im Gegenteil, die Zeitschrift hat ständig an Format gewonnen, nicht zuletzt durch hilfreiche Hinweise vieler Genossinnen und Genossen. Sie wird von mehr und mehr Mitstreitern als ihre politische Heimat betrachtet.

Einige Bemerkungen zur Arbeit der Regionalgruppen:

Mit dem zahlenmäßigen Wachstum unseres Fördervereins stand automatisch die Frage seiner Struktur. Schon vor Jahren bildeten sich erste Regionalgruppen, die heute die Hauptform unserer Organisation darstellen. Regionalgruppen, die unterschiedlich stark in Erscheinung traten, bestehen inzwischen in Berlin, Halle, Leipzig, Neubrandenburg, Dresden, Rostock, Strausberg, Hamburg, Schwerin, Chemnitz/Zwickau/Plauen, Thüringen, in der Uckermark, Teterow, Freiberg, Magdeburg und Bautzen. Weitere befinden

sich in Gründung. Die meisten Regionalgruppen führen regelmäßig Bildungsveranstaltungen durch. Gesprächspartner sind dabei Genossinnen und Genossen, die über spezifische Kenntnisse und Erfahrungen verfügen. Ich nenne hier nur Veranstaltungen mit Prof. Hans Heinz Holz (Marxismus heute), Prof. Detlef Joseph (EU-Verfassung), Prof. Heinrich Fink (Antifaschismus), Dr. Friedrich Wolff (Die DDR und die deutsche Justiz), Peter Franz (Marxismus und Religion), Prof. Ingo Wagner (zur Politik der PDS), Prof. Werner Roß (Erfahrungen der DDR), mit den Generalen Heinz Keßler, Fritz Streletz und Klaus-Dieter Baumgarten (militärpolitische Themen/Strategiefragen), mit Dr. Hans Reichelt (Landwirtschaft), Annelies Kimmel (60. Jahrestag des FDGB). Auch Schriftstellerlesungen mit Gerhard Bengsch, der leider verstorben ist, Gisela Steinecker und Günter Görlich, Diskussionen über den Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien in der DDR, Vorträge von Rainer Rupp und Jürgen Elsässer, Lesungen mit Inge Viett und Dr. Klaus Huhn. Nicht zuletzt die Veranstaltungen zur Westberlin-Frage, zur Situation im Nahen und Mittleren Osten, zu Vietnam, China, Venezuela, Afghanistan usw., wozu Diplomaten und Politikwissenschaftler referierten. Genosse Egon Krenz ist u. a. auf gut besuchten Veranstaltungen unseres Fördervereins in Magdeburg, Strausberg, Rostock, Neubrandenburg, Halle und Berlin aufgetreten.

Ein Merkmal der Arbeit unserer Regionalgruppen besteht übrigens darin, daß alle Bildungsveranstaltungen öffentlich sind und von zahlreichen Menschen besucht werden, die noch nicht zu unseren Lesern oder Mitgliedern gehören.

Den Leitungen der Regionalgruppen sprechen wir unseren besonderen Dank für die geleistete Arbeit aus. Die Berliner RG hat seit Jahren jeden Monat eine Bildungsveranstaltung auf hohem Niveau durchgeführt. Gute Beispiele sind die zahlreichen Vortragsveranstaltungen der Regionalgruppe Chemnitz/Zwickau/Plauen, auch mit Lesern in anderen Orten, und die Arbeit der Regionalgruppe Thüringen, der es gelungen ist, auch etliche junge Genossen in die Arbeit einzubeziehen.

Der Vorstand und sein Sekretariat haben in den vergangenen zwei Jahren kontinuierlich gearbeitet. Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen die Gewinnung

neuer Leser und Mitglieder. Das Vorstandskollektiv war bestrebt, den ständig wachsenden Anforderungen gerecht zu werden. Seit der Gründung des Vereins im Frühsommer 2001 gilt als unsere oberste Maxime: Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Grundlage.

Nach der schweren Niederlage des Sozialismus in Europa ist es erforderlich, eine Reihe fundamentaler politischer, ideologischer und organisatorischer Fragen zu klären. Die große marxistische Partei der Zukunft als historisches Gegengewicht zu den politischen Kräften der Bourgeoisie kann man nicht per Dekret oder durch Herbeireden schaffen. Die Frage muß vielmehr so gestellt werden: Geht es längerfristig um die Sammlung fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte, um deren Bildung und Vorbereitung auf den Kampf oder kurzfristig um die Formierung einer weiteren kleinen Splittergruppe?

Unter unseren Lesern und Mitgliedern befinden sich sowohl Genossen, die der DKP und der KPD angehören, als auch sehr viele standhaft Gebliebene aus der Linkspartei.PDS. Sie bilden im Augenblick wahrscheinlich die Mehrheit. Auch die Zahl derjenigen ist groß, die z. Z. in keiner Partei organisiert sind. Zu unseren Freunden zählen progressive Christen, Kollegen der WASG, Anhänger von ATTAC, linke Sozialdemokraten usw. Wäre es angesichts einer solchen Vielfalt in Verein und Leserschaft nicht verantwortungslos, das Spektrum auf eine Partei einengen zu wollen? Wir dürfen keine weitere Spaltung und kein Auseinanderdriften linker Kräfte zulassen, wo ihr Zusammengehen möglich ist.

Wir stellen uns unverändert das Ziel, unseren Beitrag zum ideologischen Klärungsprozeß und in den politischen Kämpfen dieser Zeit zu leisten. Das heißt, daß wir überall dort, wo wir tätig sind, die Zusammenarbeit mit Parteien, Organisationen und Publikationen pflegen, mit denen uns viele Gemeinsamkeiten verbinden und in denen wir auch als Mitglieder, Autoren oder auf andere Weise wirksam sind. Uns geht es darum, politisch gemeinsam aufzutreten, übereinstimmende oder sich annähernde inhaltliche Positionen zu unterstreichen und die Potentiale zusammenzuführen. Dabei vertreten wir konsequent unseren Standpunkt. Kommuniqués auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners nutzen in der Regel niemandem. Die ideologische Eigenständigkeit unseres Vereins darf nicht preisgegeben, aber es müssen gemeinsame politische Handlungsfelder erschlossen werden. In den Jahren seit der Konterrevolution haben sich viele Organisationen als wirksame Interessenvertreter auf den verschiedensten Gebieten bewährt. Sie sind unsere Bündnispartner.

Nicht unerwähnt bleiben darf unsere Arbeit im Internet. Sie wurde in letzter Zeit auf die Präsentation der Zeitschrift konzentriert. Monat für Monat lesen viele – vor allem junge Menschen – den RF auf unserer Website. Und sie nehmen auch zusätzliche Informationen mit auf, die dort vermittelt werden. Unsere Leserpost läßt erkennen, daß sehr viele Internet-Leser des RF in den westlichen Bundesländern leben. Die Website darf gerade in ihrer diesbezüglichen Wirkung nicht unterschätzt werden. Bemerkenswert ist auch die Herstellung einer Ausgabe des RF mit gesprochenem Text für Sehbehinderte.

Am 9. Oktober 2005 trat Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, vor die Öffentlichkeit. Der Ort war die Nikolaikirche und der Anlaß die Erinnerung an die „Helden von Leipzig“. Ob manche von ihnen heute noch jubeln würden, steht hier nicht zur Debatte. Papier nutzte Ort und Gelegenheit, um Politikern ins Gewissen zu reden. Das ND vom 10. Oktober 2005 titelte: „Vertrauen in Politik verloren. Höchster Richter fordert Umdenken“. Die FAZ vom gleichen Tag machte es strenger: „Die Bürger erwarten Orientierung, keine smarten Sprüche.“

Der Jurist diagnostizierte in Deutschland „ein Gefühl der Teilnahmslosigkeit, der Verzagttheit und der Angst“. Er forderte, die Berliner Politiker sollten „das Vertrauen der Bürger nicht weiter aufs Spiel setzen“. Aufrufe und gutes Zureden reichten nicht aus.

Nutzen wir die Gelegenheit, um zu fragen, wie das Bundesverfassungsgericht selbst dazu beigetragen hat, Apathie und Mißtrauen bei DDR-Bürgern zu erzeugen. Herr Papier darf und sollte das prüfen.

1. Hat das Bundesverfassungsgericht (fortan BVG) den grundgesetzwidrigen Weg zur „Wiedervereinigung“ geduldet? Dem Wesen nach war die „Wiedervereinigung“ die Ausdehnung des Kapitalismus auf das Territorium der DDR. (Willy Brandt hatte mehrfach vor der Verwendung des Begriffs „Wiedervereinigung“ gewarnt, weil kein vernünftiger Mensch wünschen konnte, daß die Verhältnisse von vor 1945 wiederhergestellt werden.) Der Form nach war der Vorgang der „Beitritt“ der DDR, also der „Anschluß“ an das Deutsche Reich – wie 1938 Österreichs. Nach der Verfassung der DDR war der Verzicht auf die Souveränität Hochverrat. Aber auch das Handeln der Kohl und Schäuble war grundgesetzwidrig. Bis 1989 wurde das Grundgesetz, das nie von den Bürgern bestätigt, sondern durch die Westalliierten lediglich „genehmigt“ worden ist, als Provisorium betrachtet. Der Artikel 146 GG legte fest: „Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“ Den DDR-Bürgern ist also die bundesdeutsche Verfassung aufgezwungen worden. Willy Brandt hat auf der Pressekonferenz am 15. März 1990 (!) gewarnt: „Die kurzatmige und rechthaberische Berufung allein auf Artikel 23 des Grundgesetzes hat sich nicht als Königsweg, sondern als Holzweg erwiesen.“ Warum geht Deutschland unbelehrbar diesen „Holzweg“ weiter?

2. Läßt das BVG grundgesetzwidrige Aggressionen zu?

Der Artikel 26 des Grundgesetzes bestimmt: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig und unter Strafe zu stellen“. Der Artikel 87 gestattet, „Streitkräfte zur Verteidigung aufzustellen“. Was oder wen „verteidigt“ die Bundeswehr in Jugoslawien oder am „Hindukusch“? Das BVG

ist der Regierung nicht in den Arm gefallen, sondern hat mit den Methoden juristischer Rabulistik den Weg zur Aggression und damit zum Bruch des Grundgesetzes in der Kriegsfrage freigemacht.

Warum verteidigt das BVG nicht das Prinzip der Friedenspflicht Deutschlands?

3. „Übersieht“ das BVG die permanente Verletzung des Völkerrechts?

Der Artikel 25 des GG lautet: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteile des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte

Ob DDR-Bürger den „Beitritt“ gewollt oder abgelehnt haben, er gilt auch für sie. Wie aber sieht es in der Praxis aus? Im Artikel 103 des GG ist in Übereinstimmung mit den Menschenrechtskonventionen, die die BRD ratifiziert hat, festgelegt: „Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.“ Ungeachtet dieser eindeutigen Bestimmung werden seit 1990 Zehntausende DDR-Bürger über die Rente bestraft und juristisch verfolgt, die als Politiker, Juristen, Soldaten oder

Verfassungswidriges aus dem Bundes- verfassungsgericht

und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“

Nicht zu verstehen ist für einen DDR-Bürger, daß der Bruch dieses Prinzips durch Politiker keinerlei Konsequenzen hat. Zu den gültigen Völkerrechtsprinzipien gehören Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen, das Aggressions- und Interventionsverbot, die Respektierung der Souveränität anderer Staaten.

Für Deutschland gibt es besondere Verpflichtungen, die es im 2+4-Vertrag eingegangen ist, um die „äußeren Bedingungen“ für die Einheit zu schaffen. Die beiden deutschen Staaten (von denen die DDR nicht mehr existiert) verpflichteten sich, „daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“. Sie erklärten auch, „daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen“. Gilt der Grundsatz, „Verträge sind einzuhalten“ nicht mehr? Das hätte schwerwiegende Folgen, wie meine Generation noch weiß. Warum läßt das BVG die Verletzung von Völkerrechtsnormen und internationalen Verträgen zu, die für Deutschland existentielle Bedeutung haben?

4. „Deckt“ das BVG Unrechtshandlungen gegenüber Bürgern der DDR?

Das Prinzip der Gleichheit aller vor dem Gesetz gilt in allen zivilisierten Staaten.

MfS-Mitarbeiter nicht gegen DDR-Recht oder Völkerrecht verstoßen haben. Kinkels „Delegitimierungsauftrag“ an die Strafjustiz und seine Durchführung sind grundgesetzwidrig. Daß dessen Ergebnis so kläglich war, lag nicht am mangelnden Verfolgungseifer der eingesetzten bundesdeutschen Staatsanwälte und Richter, sondern daran, daß es das behauptete „Unrecht“ in der DDR nicht gab. Zu fragen ist: Warum hat das BVG die Mißachtung des Artikels 103 GG durch Staatsdiener nicht unterbunden?

5. Toleriert das BVG die „Salamitaktik“ bei der Aushöhlung des Grundgesetzes?

Der DDR-Bürger (ich wohne in Dresden) erlebt seit 1990 Dinge, die vorher undenkbar waren, aber mit der Justiz zu tun haben.

Schon im Oktober 1990 marschierte Michael Kühnen mit seinen Neofaschisten durch das Dresdener Zentrum – von der Justiz genehmigt und der Polizei geschützt. Wie oft ist Ähnliches bisher geschehen?

Im Jahre 2005 befindet ein Gericht, die Losung „Ruhm und Ehre der Waffen-SS!“ verstoße nicht gegen Recht und Gesetz.

Im September 2005 wurde ein Gerichtsbeschuß der DDR-Justiz aus dem Jahre 1952 aufgehoben. Das Urteil betraf die „Burianek-Bande“, die im Auftrag ausländischer Spionagezentralen mit Sabotage und Brandstiftung – heute Terrorismus – die DDR bekämpfte. Die Angeklagten waren geständig. Das Verfahren hatte öffentlich stattgefunden. An der Schuld gab es keinen Zweifel.

Vielleicht sollte der oberste Verfassungshüter prüfen, wie das BVG dazu beitragen könnte, durch seine Rechtsprechung das Mißtrauen zu verringern, das er in Leipzig am 9. Oktober beklagte.

Mancher kennt Weisheiten wie die Platons: „Niemand schafft größeres Unrecht als der, der sie in Form des Rechts begehrt.“
Prof. Dr. Horst Schneider

Nachträglich, aber nicht minder herzlich, beglückwünschen wir

Genossin **Elsa Schmidt**
aus Hamburg

zu ihrem **85. Geburtstag**.

Ihr Vater war ein enger Mitkämpfer von Ernst Thälmann im RFB.

Um es vorwegzunehmen: Die Überschrift ist so etwas wie eine Leihgabe – und eine eigenmächtig übernommene dazu. So wie sie lautete nämlich der Titel eines Buches, mit dem die DDR 1989 von einem brandenburgischen Rechtsanwalt denunziert wurde als Staat, der mit überzogenem Regelungsgebaren seine Bürger unter Vormundschaft gestellt habe. Nun sei nicht bestritten, daß ein – obwohl von der Absicht her positives – Bemühen, allen DDR-Bürgern gesellschaftskonformes Verhalten und die Aneignung sozialistischer Wertvorstellungen nahezubringen, nicht selten in Gängelei ausartete. Massenpsychologie war eine der Schwachstellen unserer politischen Praxis. Bösartig jedoch war das Verfahren nicht. Die (von manchen als übertrieben empfundene) Daseinsfürsorge des Staates DDR für seine Bürger ging sogar so weit, daß selbst jedem verurteilten Straftäter nach Haftverbüßung außer einer Wohnung auch eine Arbeitsstelle angeboten wurde. Ein Zustand, der heutzutage in der „freien bundesdeutschen Demokratie“ manch unbescholtenem, aber langjährig arbeitslosem Menschen als paradisisch erscheinen dürfte.

Immerhin – seit anderthalb Jahrzehnten sind die gemeinhin als „Ossis“ bezeichneten neuen Bundesbürger zweiter Klasse nun der DDR-Vormundschaft ledig. Sie leben in einem Land, das verstanden werden will als „Hort der Freiheit“. Die ist grundgesetzlich garantiert. So u. a. in Artikel 11 (1), der das „Recht auf Freizügigkeit“ verbürgt. Dies jedoch, was die Praxis angeht, keineswegs für alle. Denn für Langzeitarbeitslose, die sich gemäß den Regeln des inzwischen der Korruption überführten Erfinders von Hartz (IV) bescheidener Lebensführung zu befleißigen haben, ist diese Freizügigkeit nunmehr ersetzt durch eine sogenannte Residenzpflicht. Sie besagt, daß ALG-II-Empfänger stets in ihrer Wohnung erreichbar sein, sich demzufolge in dieser aufhalten müssen. Als eine Art Fußfessel wird behördlicherseits zu Kontrollzwecken neben stichprobenartigen Hausbesuchen das Telefon benutzt. Inzwischen räumte ein gewisser Peter Clever, stellvertretender Verwaltungsratsvorsitzender der „Bundesagentur für Arbeit“ ein, daß seine Behörde in einer Kontrollkampagne 390000 Empfänger von Arbeitslosengeld II angerufen habe, und obwohl das sogar mehrfach (bis zu zehn Mal jeweils!) geschah, seien von den solcherart kontrollierten 170000 „an unterschiedlichen Tagen und zu unterschiedlichen Zeiten“ nicht erreichbar gewesen. Die Schlußfolgerung der Bürokraten: Diese Arbeitslosen betreiben höchstwahrscheinlich „Leistungsmissbrauch“, da sie „vermutlich“ der Schwarzarbeit nachgehen.

Das ALG-II-Beziehern aufgenötigte behördliche Verlangen, ständig telefonisch erreichbar zu sein, mündet so in eine Art von Generalverdacht: Bist du nicht erreichbar, bist du Parasit. Um solchem Vorwurf zu entgehen, bedarf der Langzeitarbeitslose sogar der ausdrücklichen Erlaubnis seiner zuständigen Arbeits-

vermittlungagentur, falls er eine Reise unternehmen oder gar für ein paar Tage Urlaub vom tristen Nichtgebrauchwerden-Alltag machen möchte. Und nicht selten wird ihm das dann verwehrt. Was, bitte schön, bleibt da noch übrig vom Recht auf Freizügigkeit, von Reisefreiheit in alle Welt? Obwohl per Residenzpflicht strikte Seßhaftigkeit verordnet, bedeutet diese mitnichten auch Verbleib in der bisherigen Wohnung. Wer seine Arbeitsstelle verloren hat, büßt möglicherweise nun auch noch das vertraute Zuhause ein. Falls als zu teuer empfunden, weil die Wohnfläche „unangemessen“ groß oder die Wohngegend zu nobel ist, sträubt der Staat sich dagegen, künftig weiterhin die fixen Unterkunfts-kosten zu übernehmen. In Essen können laut Urteil des Landesozialgerichts Nordrhein-Westfalen ALG-II-Empfänger allenfalls Wohnraum mit einer Kaltmiete bis 6,60 €/m² beanspruchen. Liegt die Miete höher – so in „zentralen und begehrten Wohnlagen“ – müssen sie sich in „preiswerteren Stadtgebieten“ eine neue Bleibe suchen. In Schwerin

Ingenieur oder Literaturwissenschaftler oder Pädagogen qualifiziert hatte, wird benötigt, sich nun „den Erfordernissen des ersten Arbeitsmarktes anzupassen“. Worunter die Teilnahme an Seminaren zu verstehen ist, in denen hochqualifizierte Fachleute „fit gemacht“ werden sollen für das Ausüben von – z. B. – Gartenarbeiten, Küchenhilfe, Vorbereitung von Elternnachmittagen. Billigjobs als berufliche Perspektive – da lohnt sich Lernen oder Studium wohl kaum noch.

Eine neue Spielart staatlicher Bevormundung bietet die Merkel-Münteferingsche große Koalition für arbeitslose Bundesbürger unter 25 Jahren an. Unfähig, existenzsichernde Arbeitsplätze für diese jungen Leute zu garantieren, aber um so entschlossener, keine Sozialhilfe- oder Arbeitslosengelder an solche Ausgrenzten zu verschwenden, sollen diese künftig wieder in die „Obhut“ ihrer Eltern zurückgegeben werden. Also: Statt in eigenem Wohnraum erneut unter Vaters

Der vormundschaftliche Staat

geht man bei der solcherart geförderten Herausbildung von Armen-Ghettos noch ein bißchen weiter. Tolerierte die Stadtverwaltung bislang „großzügig“ einen Wohnraumanspruch von 45 m² pro Langzeitarbeitslosen-Kopf, sollen künftig 40 m² das erlaubte Limit sein. Und das bei maximal 4,50 € Kaltmiete pro m². Für einen Alleinstehenden gewähre die Verwaltung dann plus Nebenkosten eine monatliche Mieterstattung bis 260 €. Nur läßt sich solch billiger Wohnraum in der Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern faktisch nicht finden. Es sei denn, man nimmt mit einer ausgesprochenen Bruchbude vorlieb. In Berlin gibt es, amtlichen Schätzungen zufolge, ungefähr 40 000 (!) Hartz-II-Haushalte, die das „erstattungsfähige“ Limit für ihre Wohnunterkunft überschreiten – und die deshalb mit Zwangsumzug in billigere Quartiere bedroht werden.

Abschied zu nehmen war und ist noch immer auch von dem eigentlich ganz normalen Anspruch, daß der Mensch gemäß seinen Kenntnissen gesellschaftlich nützliche Tätigkeit verrichten darf. Denn die Entwertung erworbener beruflicher Qualifikation ist heutzutage für die diversen Arbeitsvermittlungsgagenturen gängige Praxis: Da pfeift man auf Facharbeiterkenntnisse, auf Diplome und selbst akademische Grade. Wer sich zum

Dach Zuflucht suchen und sich von Mutter beköstigen lassen.

Es gibt – von den sogenannten Eliten mal abgesehen – kaum eine gesellschaftliche Schicht, die nicht in dieser oder jener Form unter vormundschaftlicher Kuratel stünde. So ist es Normalbürgern nahezu unmöglich, in Streitfällen zu ihrem Recht zu kommen, ohne (kostenintensiven) anwaltlichen Beistand in Anspruch zu nehmen. Wer sich allein durch den dichten Dschungel von Gesetzen und Verordnungen durchzukämpfen anschickt, bleibt selbst bei Bagatellfällen in aller Regel auf der Strecke. Das für Nichtjuristen schier undurchdringliche Paragrahengestrüpp ist nicht als Wildwuchs entstanden, sondern gewollt – es macht den als „mündigen Bürger“ bezeichneten Untertan hilflos – und verschafft so manchem Advokaten soziale Sicherheit auf hohem Niveau. Da dürften sich nicht wenige nachdenklich erinnern an solche in der DDR selbstverständlichen Möglichkeiten wie die Regelung von Konflikten durch die betrieblichen Konfliktkommissionen, die, ohne juristische Strafen auszusprechen, oft sogar mittels Vergleichs „Fälle“ einvernehmlich lösten.

Alles in allem: Die BRD ist ein „fürsorglicher“ Staat, der sich auf den verschiedensten Gebieten als trickreicher Vormund erweist.

Wolfgang Clausner

In diesem Land sind viele Menschen besorgt über die Auswüchse rechtsextremistischer Verhaltensweisen und die Zusammenrottung meist jugendlicher Nazis, über die Schändung von jüdischen Grabsteinen, sowjetischen Friedhöfen und Denkmälern, vor allem aber entsetzt über körperliche Gewalt bis hin zu bestialischen Tötungen. Es sind Nachwirkungen fortbestehender Naziüberzeugungen in der deutschen Gesellschaft nach 1945, die insbesondere in der Alt-BRD verharmlost oder verdrängt wurden. Diese faschistischen Einstellungen sind besonders dann abrufbar und erhalten neue Virulenz, wenn es – wie jetzt – zu schweren gesellschaftlichen Verwerfungen kommt. In nazistischer Gewalt entladen sich Haß und Frust über ein perspektivloses Leben.

Die wahrscheinlich größte Gefahr für die globale Humanität besteht in den faschistoiden oder protofaschistischen Aktivitäten, die vom US-Imperium ausgehen und quasi eine neue Phase der Faschisierung der Weltgesellschaft darstellen. Neben den wirtschaftlichen Ursachen, die ihren Höhepunkt in einer noch nie dagewesenen Machtanreicherung von Finanzkapitalbesitzern finden, gibt es eine Unzahl von politischen und ideologischen Bannerträgern dieses Systems. Regierungsinstitutionen, Medien, Hochschulen, konservative Institute und ein fundamentalistisches Segment innerhalb der christlichen Kirchen und Religionsgemeinschaften schöpfen dabei für ihre Propaganda auch aus uralten Quellen. Es beschämt mich als Christ und macht mich wütend, daß die Verkündiger des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf bestimmte Konstrukte des Christentums zurückgreifen können und damit bei traditionell-religiösen Schichten mit minderer Bildung sogar „punkten“.

Die nachhaltigste Übernahme eines christlich-religiösen Konstrukts ist die Inszenierung dieses Imperiums als eines Reiches der „freien Welt“. Dabei ist das Reich der Gerechtigkeit und der Nächstenliebe, das dem jüdischen Wanderprediger Jesus vorschwebte, ein Gegenentwurf dazu. Er begründete eine Gemeinschaft von Menschen, die nichts mit den Praktiken des Kaisers Augustus zu tun haben wollten. Deshalb bekräftigte Jesus nach dem, was der Evangelist Johannes aufschrieb: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“ (Joh. 18,36) Dabei ist dieses Reich nicht etwa jenseits des irdischen Lebens – wie es so oft falsch verstanden und verkündet wurde –, sondern jenseits der Welt des Terrors und der Unterdrückung durch das Imperium. Der Mensch, der sich aus den Angeboten des Imperiums ausklinkt, der – in das Heutige übertragen – auf den „Genuß“ von BILD und Big Mac verzichtet und sich für Gerechtigkeit und Frieden engagiert, ist die verkörperte Hoffnung auf eine andere Welt jenseits des Imperiums. Denn das Imperium, das sich selber immer als die „freie Welt“ feierte, ist die größte Sklaverei der bisherigen Menschheitsgeschichte. Mit der umfassendsten Terrorherrschaft, die es je gab, hält das Kapital die ganze Menschheit in Geisel-

haft. Es gibt fundamentale Bedrohungen, denen wir ständig ausgesetzt sind: der Drohung mit einem „begrenzten“ oder grenzenlosen Atomkrieg, mit Umweltkatastrophen riesigen Ausmaßes, mit der Ausrottung der Bevölkerung ganzer Kontinente durch kosmische, chemische und biologische Waffen. Und das neben dem bereits permanent verursachten Armutsterben von täglich 40 000 Menschen, dem grassierenden AIDS-Tod von Millionen, dem Dahinsiechen ganzer Völker wegen fehlenden oder verschmutzten Wassers. Daß dieses widergöttliche Imperium sich dabei angeblich christlicher Inhalte bedient, müßte eigentlich der größte Skandal für die Kirchen als Träger dieser Religion sein. Doch sie sind ja selbst aus der subtilen Vereinnahmung, Umformung und Verkehrung dessen, was der Wanderprediger wollte, hervorgegangen. Indem

in ihren Augen „Ungläubigen“ sprechen, macht die Sache nicht besser. Der Benediktinermönch Bernhard von Clairvaux schrieb einst: „Ein Ritter Christi, sage ich, tötet mit gutem Gewissen, noch ruhiger stirbt er. Wenn er stirbt, nützt er sich selber; wenn er tötet, nützt er Christus ... Der Christ rühmt sich, wenn er einen Ungläubigen tötet, weil Christus zu Ehren kommt.“ Bei der globalen Ausbreitung der „freien Welt“ ist die Übernahme eines weiteren Konstrukts aus dem Bestand der christlichen, nicht-jesuanischen Überlieferung bedeutsam: die Besessenheit, mit der andere Menschengruppen und Völkerschaften diskriminiert, ausgegrenzt und verfolgt werden. Das liegt bereits im Ursprung dieses Christentums begründet, das sich in seiner zur Herrschaft kommenden Gestalt als antijüdische Religion versteht, die den Antisemitismus

Ungeist aus uralten Quellen

sie die jesuanische Hoffnung auf eine Welt der „Gerechtigkeit, des Friedens und der Freude im heiligen Geist“ aufgegeben und daraus den mystifizierenden Glauben an einen „auferstandenen, regierenden und richtenden Christus“ gemacht haben, wurde das Gegenteil dessen, was jener sich erhofft hatte.

Es ist unter theologischen Wissenschaftlern unbestritten, daß die Rechtfertigung der kirchlichen Tauf- und Missionspraxis durch den Verweis auf die biblische Überlieferung unhaltbar ist. Nur in einem einzigen der vier Evangelien wird der Missionsbefehl dem „auferstandenen“ Jesus in den Mund gelegt. Vieles deutet darauf hin, daß die Entstehung der christlichen Religion sozusagen aus einer massiven Enttäuschung darüber erfolgte, daß das Judentum die Lehre des jüdischen Wanderpredigers Jesus nicht angenommen hatte. Sie und die Hinwendung an nicht-jüdische Menschengruppen und Völker führt zusammen mit der Umwandlung dieses Christentums in die römische Staatsreligion zur Etablierung eines Missionsfanatismus, der sich später in Kreuzzügen, Zwangsbekehrungen und „Christianisierungen“ ganzer Nationen manifestiert. Dieselbe Besessenheit erleben wir, wenn der Exponent des gegenwärtig dominierenden Imperiums die Verbreitung „unserer christlichen Werte“ in der ganzen Welt verkündet, wenn er sie den „ungläubigen“ Völkern aufzunehmen versucht. Daß muslimische Fundamentalisten diesen Spieß umkehren und ihrerseits vom Kampf, gegebenenfalls auch von der verdienstvollen Tötung der

in ihren historischen „Genen“ mit sich herumschleppt. Es war daher tragischerweise nur folgerichtig, daß sie in immer wiederkehrenden Wellen Juden verfolgte, ihnen die Schuld am Tode Christi zuschob und sie als „Gottesmörder“ dämonisierte. Aber es gab ja noch andere „Irrgläubige“: die als „Ketzer“ verfolgten französischen Katharer (oder Albigenser), die italienischen Waldenser, die böhmischen Hussiten, die holländischen Wiedertäufer, die deutschen Lutheraner und Müntzerianer (wobei die einmal Verfolgten ihrerseits zu Verfolgern mutierten). Immer gab es Minderheiten, die nicht ins Konzept einer scholastisch normierten Kirchlichkeit paßten. Das Neue an der deutschen Faschismus-Variante des 20. Jahrhunderts war, daß zur Bestimmung der Auszugrenzenden nicht mehr religiöse, sondern biologische Kategorien angewandt wurden. Im Nazi-deutschen Jargon waren die zu Ächtenden „lebensunwerte Untermenschen minderer Rasse“ oder „Träger von volksschädigenden Überzeugungen“. Offiziell sind es die Stars and Stripes, die heute Bushs Imperium markieren sollen. Aber eigentlich sind seine typischeren Zeichen die Kopf-Säcke von Abu Ghoreib, die Elektrokabel von Guantánamo, die geheimen Folterhöhlen von bisher noch unentdeckten CIA-Lagern im eurasischen Osten.

Wer sich der religiösen Wurzeln und der psychologischen Tiefenschichten bewußt wird, aus denen faschistische Strukturen ihre Vitalität beziehen, kann der Faschisierung besser entgegenwirken.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Wie die MfS-Zentrale „gestürmt“ wurde

Der „Sturm“ auf die MfS-Zentrale in Berlin und deren Besetzung durch heute als Bürgerrechtler bezeichnete Personen besiegelte das Ende des MfS einschließlich aller Versuche, Nachfolgeeinrichtungen wie ein Amt für Nationale Sicherheit, Auslandsnachrichtendienst oder Verfassungsschutz zu etablieren. Zugleich verkörperte dieses Datum einen weiteren bedeutsamen Akt der Selbstaufgabe der DDR und einen wichtigen Sieg der Konterrevolution.

Die Lage des MfS war zu diesem Zeitpunkt bereits desolat. Kreis- und Objektdienststellen existierten nicht mehr, und von 15 Bezirksverwaltungen des MfS waren acht, darunter so wichtige wie Leipzig und Dresden, durch Besetzung nicht mehr arbeitsfähig. Das Wachregiment des MfS war politisch demoralisiert, konnte keinen zuverlässigen äußeren Schutz der MfS-Objekte mehr gewährleisten und war durch Angehörige operativer Dienststellen abgelöst worden. Die Ein- und Ausgänge der MfS-Zentrale wurden schon seit Wochen von Angehörigen der Volkspolizei und zum Teil zusätzlich von sogenannten Bürgerrechtlern kontrolliert. Zu diesem Zeitpunkt waren durch die von der Modrow-Regierung veranlaßten Maßnahmen bereits fast alle leitenden Mitarbeiter des MfS – Generale, Leiter von Hauptabteilungen und deren Stellvertreter – aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Der größte Teil des Mitarbeiterbestandes – so auch meiner Hauptabteilung, der HA XX – war entlassen, weitere Mitarbeiter bereiteten sich auf ihr Ausscheiden vor. Der sowjetische Verbindungsoffizier zur HA XX, der mich regelmäßig einmal wöchentlich aufgesucht und dabei von mir jede nur denkbare Hilfe und Unterstützung erhalten hatte, war seit Oktober 1989 nicht mehr erschienen. Die „unverbrüchliche Freundschaft“ zwischen dem Komitee für Staatssicherheit der UdSSR und dem MfS hatte sich als eine Fiktion erwiesen. Am 10. Januar 1990 mußten die Mitarbeiter meiner Hauptabteilung ebenso wie die anderen MfS-Angehörigen ihre Dienstpistolen abgeben. Die Waffenkammern, in denen sich Maschinenpistolen und andere leichte Infanteriewaffen befanden, waren geleert und sämtliche Waffen abtransportiert worden. So konnte es kein Zufall sein, daß genau einen Tag danach, am 11. Januar, in Berlin Plakate und Flugblätter des „Neuen Forums“ auftauchten, in denen für den 15. Januar zu einer „Aktionskundgebung vor dem Stasi-Gebäude Ruschestraße“ aufgerufen wurde. Die Teilnehmer sollten Steine mitbringen, angeblich um die Eingänge zuzumauern.

Ich selbst erlebte den „Sturm auf das MfS“ am 15. Januar im Dienstgebäude meiner Hauptabteilung, dem Haus 7, in dem heute Aktenbestände der Birtzler-Behörde lagern und gelegentlich „Archiv-Führungen“ stattfinden. Alle Mitarbeiter waren gegen Mittag nach Hause geschickt worden. Auch mir war freigestellt, das MfS zu verlassen. Ich entschloß mich aber zu bleiben, um die mir unterstellten beiden Offiziere der ständigen operativen Lagegruppe in dieser Situation nicht allein

zurückzulassen. Zusammen mit einem freiwillig gebliebenen Abteilungsleiter und dem Operativen Diensthabenden hielten damit fünf Mitarbeiter die Stellung in der HA XX. Wir verschlossen die Eingangstür zum Haus 7, meldeten unsere Dienststärke dem Zentralen Operativstab des MfS und warteten, wie sich die Lage entwickeln werde.

Etwas gegen 14 Uhr 30 berichteten von mir zur Absicherung des MfS abkommandierte Mitarbeiter, daß sie – wie alle anderen MfS-Bewachungskräfte auch – ihren Dienst beenden. Der Komplex der MfS-Zentrale war damit nur noch von einzelnen VP-Angehörigen, die auch angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung keinerlei Verstärkung erhalten hatten, und sogenannten Bürgerrechtlern „bewacht“. Am späten Nachmittag versammelten sich dann einige tausend Demonstranten vor den Eingängen zum MfS. Nachdem sportlich durchtrainierte junge Männer

Zwei Mitarbeiterinnen, die im Wohngebiet Frankfurter Allee Süd wohnten, hatten sich auf meine Bitte hin unter die Menschenansammlung gemischt und berichteten mir regelmäßig telefonisch, was um sie herum vorging. Gegen 23 Uhr hatte sich alles beruhigt, die „Erstürmer“ hatten das MfS-Gelände verlassen. Auf Weisung des Zentralen Operativstabes registrierten wir alle Beschädigungen an unserem Dienstgebäude, die in diesem Falle aus einer Vielzahl von Schmierereien, auch auf abgestellten Dienst-PKW, bestanden. Die Verwüstungen konzentrierten sich im zentralen Dienstleistungsgebäude, die HO-Verkaufsstelle war geplündert und im Konferenzsaal wertvolle Tontechnik demoliert worden. Nach meinem Bericht an den Zentralen Operativstab verließ ich zusammen mit dem anderen Abteilungsleiter der HA XX das MfS durch den Hauptaustang, der nun von sogenannten Bürgerrechtlern besetzt war, die sich

*Man spricht gern von Problemen,
„die Marx auch nicht löste“, um abzulenken
von jenen, die er gelöst hat.*

Aus: „Bissige Aphorismen“ von Karlheinz Deschner

die verschlossenen Tore übersprungen hatten, wurden diese ohne jeden Widerstand von innen geöffnet, und die Masse strömte herein – begleitet von westlichen Journalisten und Medienleuten. Die aufgeputschte Menschenmenge bewegte sich überwiegend zu einem größeren Gebäude, in dem sich zwei Speisesäle, ein größerer Konferenzraum, eine HO-Verkaufsstelle mit dem DDR-üblichen Angebot, eine Buchverkaufsstelle und weitere kleine Dienstleistungseinrichtungen befanden. Auch dem nach der „Erstürmung“ erschienenen Ministerpräsidenten Hans Modrow gelang es nicht, mit einer improvisierten Ansprache im Innenhof des MfS-Objekts die Menschen zu beruhigen und von Verwüstungen und Plünderungen abzuhalten.

Unser Haus 7 blieb verschont. Weniger Glück hatten die Genossen der HA II, der Spionageabwehr im Haus 2. Ein Verräter aus den eigenen Reihen hatte westlichen Geheimdiensten genau beschrieben, welche Panzerschränke in welchen Zimmern für sie von besonderem Interesse wären. Inmitten der Menschenmenge eingedrungene Agenten verschafften sich Zugang zu diesen Panzerschränken und räumten sie aus.

Unsere kleine Gruppe in der HA XX hatte mit einbrechender Dunkelheit die Vorhänge zugezogen und konnte die Ereignisse bald auch im Fernsehen direkt verfolgen.

offensichtlich auf eine vollständige Übernahme der MfS-Zentrale vorbereiteten. Am 16. Januar 1990 gegen 3 Uhr wurden dann der Diensthabende und die operative Lagegruppe der HA XX aus dem MfS verwiesen. Meine Genossen brachten am Körper versteckt noch das Telefonverzeichnis der HA XX mit, welches in den folgenden Tagen für unsere Kommunikation besonders wichtig war.

Mit der Berichterstattung über den „Sturm auf das MfS“ erreichte die von den westlichen Medien betriebene Volksverhetzung einen neuen Höhepunkt. Ich erinnere mich, daß Speisekarten, wonach Mitarbeiter des MfS mit Kaviar gepflegt worden seien, oder daß Gehaltsstreifen mit angeblichen Monatsverdiensten zwischen 6 000 und 8 000 Mark gezeigt wurden. Als später die Zeitung „Die Andere“ die Gehaltslisten des MfS veröffentlichte, stellte sich heraus, daß nicht einmal Erich Mielke so viel verdient hatte. Bis heute bestimmen Lügenkampagnen der Medien das Bild über das MfS. Auch der Abstand von 16 Jahren reicht offenbar nicht aus, Hysterie durch Sachdiskussion zu ersetzen.

Wolfgang Schmidt, Oberstleutnant a.D.

Unser Autor war Leiter der Auswertungs- und Kontrollgruppe der HA XX im MfS. (Aus „Rote Kalenderblätter“)

Ging die DDR einen „besonderen deutschen Weg“ zum Sozialismus?

Robert Allertz hat in der „jungen Welt“ vom 15. 11. nachgewiesen, daß die unterstellte „Moskauhörigkeit“ der kommunistischen Parteien in die Historie der bürgerlichen und sozialdemokratischen Interpretation gehört. Gleichzeitig aber beklagte er das Scheitern der DDR-Führungen bei dem Versuch, „eine nicht so moskauabhängige Politik zu machen“. Das wirkt irreführend. Unterschwellig distanziert sich der Autor damit vom proletarischen Internationalismus, indem er durchweg nationale Alleingänge der Kommunisten in aller Welt und deren unabdingbares Recht darauf einseitig hervorhebt. Von der Selbständigkeit kann nämlich die internationale Kooperation und Solidarität nicht getrennt werden. Al-

„Wir wissen beide, Herr Elsner, daß es aber mit der Erinnerung so seine Bewandnis hat. Natürlich die, daß sich die Erinnerung vor der Wahrheit verlaufen kann, um entweder in die Abwege der Verteufelung oder die Irrwege der Vergoldung zu geraten. Oder (daß sie) den bekannten dritten Weg sucht, der alle bedienen will und keinem nützt und so allen und der Sache schadet.“

Eberhard Esche: „Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen“

le Bestrebungen der KPdSU, ein weltweit einheitliches Handeln der Parteien zu erreichen, werden zu Unrecht in Bausch und Bogen als imperiale Bevormundung betrachtet, ohne die Politik Moskaus zu verschiedenen Zeiten differenziert zu werten. Auch die Tatsache, daß es nach 1945 für die deutsche Arbeiterklasse höchste Zeit war, sich auf den revolutionären Weg zu besinnen, und die in Rußland begonnene gesellschaftliche Umwälzung aufzugreifen, bleibt außer Betracht. Dabei war es selbstverständlich, sich auf die KPdSU als die älteste machtausübende Partei, die Partei Lenins, zu stützen. Aber konnten sich die Kommunisten wirklich zu jeder Zeit auf sie bedingungslos verlassen? Gab es nicht mehrere „Moskaus“? Kann man die Politik der verschiedenen Phasen so einfach in einen Topf werfen? Gab es da nicht gravierende Unterschiede, die zu Komplikationen in den Beziehungen zwischen den Parteien führen mußten?

Walter Ulbricht wurde doch nicht wegen seiner Versuche, einen „nationalen“ Weg zu gehen, gestürzt. Im Gegenteil: Er blieb dem proletarischen Internationalismus treu und folgte nicht dem „nationalkommunistischen“ Anspruch Titos. Deswegen wurde er als Stalinist etikettiert. Die von Moskau „empfohlene“ Absetzung

Ulbrichts durch Breshnew war also nicht nur eine „imperiale Geste“, sondern auch ein frühes Signal der ungeheuren Gefahr, die für die kommunistische Weltbewegung schon damals mit dem Revisionismus heraufzog.

Doch gehen wir weiter zurück. Es ist zu bestreiten, daß in der Parteiführung der KPD ab 1943 generell von einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ geträumt wurde. Es handelte sich vielmehr um ein Nachdenken darüber, wie in Deutschland das gemeinsame Ziel unter den konkreten historischen Bedingungen am besten erreicht werden könnte. Man möge sich den Aufruf der KPD vom 15. Juni 1945 noch einmal genau ansehen. Da ist keine Rede von einem besonderen Kurs, sondern davon, „daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre“. Dieser Text, so haben Historiker nachgewiesen, ist von Stalin gebilligt worden. Das konnte gar nicht anders sein, denn ein isoliertes, eigenständiges Herangehen der KPD war damals völlig unmöglich.

In der Folge gab es dann bemerkenswerte Unterschiede zum sowjetischen „Modell“: Der Grund und Boden wurde in SBZ und DDR nicht nationalisiert. Mehrere politische Parteien beteiligten sich entsprechend der Klassenstruktur der DDR am Aufbau. Das Genossenschaftswesen auf dem Lande entwickelte sich in einem längeren Zeitraum, wobei die unter anderen geschichtlichen Umständen gebildeten sowjetischen Kolchosen nicht als direktes Modell dienten. Auch für das Handwerk galt ein eigener Modus. Längere Zeit bestanden halbstaatliche Betriebe.

Anton Ackermann wurde also nicht „Bauernopfer“, wie jW-Autor Allertz schrieb, weil er einen vom proletarischen Internationalismus losgelösten deutschen Weg zum Sozialismus befürwortete, sondern

weil Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre die Gefahr des Auseinanderdriftens der kommunistischen Parteien durch Titos spalterische und nationalistische Position heraufzog. Dieser Gefahr zu begegnen war wichtiger als eine noch so kluge theoretische Diskussion über „Besonderheiten“, die es zweifellos gab und die es immer geben wird. Tito, der am lautesten gegen die „Bevormundung“ durch Moskau auftrat, konnte später im Verein mit „Moskau“ versuchen, den anderen kommunistischen Parteien seinen besonderen Weg aufzuzwingen.

Als der SED-Führung 1984 in Moskau „die Leviten gelesen“ wurden, hatten sich die Feinde des Kommunismus mit Gorbatschow und Schewardnadse schon fast durchgesetzt. Strategisch war das Schicksal der DDR bereits nahezu besiegelt. Es handelte sich also nicht um „Leviten“ von Kommunisten, sondern um Vorhaltungen von Leuten, die bald darauf dem Imperialismus offen in die Hände spielten. Weshalb durfte die DDR zu Zeiten von Gorbatschow nicht selbständig mit der BRD verhandeln? Weshalb suchte man Honeckers Reise nach Bonn zu verhindern? Da ging es nicht um schwindenden Einfluß Moskaus auf die DDR, sondern bereits um den künftigen Verkaufspreis der DDR.

Das alles ist Geschichte. Da gibt es noch viel zu untersuchen. Doch eine wichtige Erkenntnis bleibt: Der Nationalismus – ob er als Großmachtchauvinismus oder als Lokalpatriotismus daherkommt – ist der Tod jeder revolutionären Bewegung. Und noch eines: Es ist bitter zu erkennen, daß unser unbegrenztes Vertrauen in die KPdSU nicht zu jeder Zeit gerechtfertigt war. Das Moskau, das unser Geburtshelfer nach dem Kriege war, und das Moskau, das uns den Totenschein ausstellte, sind zwei völlig verschiedene Dinge.

Dr. Norbert Pauligk



Vor 130 Jahren – am 3. Januar 1876 – wurde Wilhelm Pieck geboren. Dem ersten Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik – Personifizierung menschlicher und politischer Lauterkeit – gehört auch heute unsere Liebe

Vom Blitzgesetz zum KPD-Verbot – Eine Chronologie

30. Mai 1950

Die Bundesregierung leitet, knappe sechs Monate nach ihrer Konstituierung, dem Präsidenten des Bundesrates den Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes zu. Danach sollten unter Strafe gestellt werden u. a.:

- Friedensverrat;
- Hochverrat und Verfassungsstörung;
- Herabwürdigung des Staates und der Staatsorgane;
- Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen;
- Verächtlichmachung von Widerstandskämpfern gegen den Faschismus.

12. September 1950

Die Bundesregierung setzt die erste Lesung des Gesetzentwurfes auf die Tagesordnung. Trotz des Protestes von SPD und KPD findet die Beratung statt. Das Gesetz wird an den Rechtsausschuß überwiesen.

11. April 1951

Der Unterausschuß „Staatsgefährdung“ übermittelt einen überarbeiteten Entwurf an den Rechtsausschuß des Bundestages. Federführend ist hier wie in den ganzen Beratungen der frühere Sachbearbeiter des NS-Reichsjustizministeriums und Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium Dr. Schafheutle, der bei der Schaffung politischer Sondergesetze in der NS-Zeit verantwortlich tätig war.

9. Juli 1951

Der Rechtsausschuß verabschiedet den Gesetzentwurf. Die Strafbestimmung zum Schutz des Friedens wird nicht mehr erwähnt.

Während der Beratungen des Gesetzes in den Ausschüssen wird auch der Passus über die Verächtlichmachung der Widerstandskämpfer getilgt.

Die Bundesregierung setzt für den 9. Juli die zweite und für den 11. Juli die dritte Lesung auf die Tagesordnung des Bundestages. Mit den Stimmen der Regierungskoalition und der SPD, gegen die Stimmen der KPD-Abgeordneten, wird das Gesetz verabschiedet. Es tritt am 30. August 1951 in Kraft. Alexander von Brünneck, Professor für Öffentliches Recht, Staatsrecht und Verfassungsgeschichte, sagte über Schwerpunkte des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes („Blitzgesetz“): „Politisch war das 1. Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 eindeutig und ausschließlich gegen die Kommunisten gerichtet.“ Schon am 9. Mai 1950 schrieb „Die Welt“ über das geplante Gesetz: „Mit den Bestimmungen über den kalten Krieg erhebt sich das Gesetz auf die Höhe der Zeit.“ Die Bundesregierung brachte die antikommunistische Tendenz in ihrer Stellungnahme zu den Änderungsvorschlägen des Bundesrates offen zum Ausdruck. Die fast wörtlich aus der Strafrechtsnovelle von 1934 übernom-

menen Landesverratsdelikte paßten in ihrer Struktur genau in das Konzept des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes.

Das neue politische Strafrecht kriminalisierte auch solche Betätigungen von Kommunisten, die nur möglicherweise zu einem späteren Zeitpunkt eine Gefahr für den Staat heraufbeschwören könnten. Die Vorschriften des § 128 (Geheimbündelei) gingen fast wörtlich auf ein preußisches Edikt vom 20. Oktober 1798 zur Bekämpfung jakobinischer Vereinigungen zurück. Wer sich als Kommunist politisch betätigte, konnte bestraft werden. Auf die Art und Weise der politischen Aktivität kam es nicht an, wenn sie nur von Kommunisten im Sinne der kommunistischen Politik ausging. Die Anknüpfungspunkte für die Bestrafung reichten vom Tragen einer roten Nelke am 1. Mai bis zur Einzelkandidatur bei Wahlen oder der Organisation von offiziellen Reisen in die DDR. In der Bundestagssitzung vom 8. Februar 1957 erklärt der CDU-Bundestagsabgeordnete Hassler: „Sie haben gesagt, dieses Gesetz stelle einen gewissen Restbestand des kalten Krieges dar. Sie haben damit zweifellos recht. Es ist eine Waffe, die geschmiedet wurde, um im kalten Krieg zu bestehen.“

23. Dezember 1951

Die Bundesregierung beantragt beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).

5. Juli 1955

Staatssekretär Ritter von Lex, der 1933 im Reichstag Hitlers Ermächtigungsgesetz zugestimmt hatte und während der NS-Zeit im Innenministerium tätig war, begründet den Antrag der Regierung auf ein Verbot der KPD: „Sie ist ein gefährlicher Infektionsherd im Körper unseres Volkes, der Giftstoffe in die Blutbahn des staatlichen und gesellschaftlichen Organismus der Bundesrepublik sendet.“

17. August 1956

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verkündet:

1. Die Kommunistische Partei Deutschlands ist verboten.
2. Die Kommunistische Partei Deutschlands wird aufgelöst.
3. Es wird verboten, Ersatzorganisationen für die Kommunistische Partei Deutschlands zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.
4. Das Vermögen der Kommunistischen Partei Deutschlands wird zugunsten der Bundesrepublik Deutschland zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen

Am selben Tag schrieb die „Süddeutsche Zeitung“: „Um die deutsche Remilitarisierung fünf Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation wieder zur Aufrüstung



Der führende Kommunist Jupp Angenfort gehörte zu jenen politischen Gefangenen in der alten Bundesrepublik, die sich am längsten in Haft befanden

zu bringen, brauchte sie ein Feindbild: die Sowjetunion und die Kommunisten. Die militärische Wiederbewaffnung wurde von einer Aufrüstung im Gerichtssaal begleitet.“

Aus: Die vergessenen Opfer des kalten Krieges, Herausgeber: ver.di Berlin-Brandenburg in Zusammenarbeit mit der „Initiativgruppe für die Rehabilitation der Opfer des kalten Krieges“

Schon zu Kaisers Zeiten wußte man Bescheid: Was ist Kommunismus?

Was unter „Kommunismus“ man versteht?
Wenn Keiner dem Anderen aus dem Wege geht,
Keiner den Hut vom Kopfe zückt,
Keiner dem Andern vom Platze rückt
Und Keiner erst fraget, was sich schickt,
Wenn jeder in Deinem Keller sich schanzet,
Jeder auf Dein Sopha sich pflanzt
Und jeder mit Deiner Geliebten tanzt;
Wenn jeder Dir auf das Zimmer rückt.
Jeder sich mit Deinem Rocke schmückt
Und Jeder sich Deine Rosen pflückt;
Wenn Jeder schneidet und Keiner sät,
Wenn Jeder zerreiet und Keiner näht,
Wenn Keiner was ist und Jeder sich bläht,
Wenn Jeder jaget und Keiner hegt,
Wenn Keiner forstet und Jeder schlägt,
Wenn Jeder sudelt und Keiner fegt,
Wenn Jeder trinkt und Keiner braut,
Wenn jeder zerstört und Keiner baut,
Wenn Alle schreien und keiner hört,
Wenn keiner was weiß und Jeder lehrt,
Wenn keiner was hat und Jeder verzehrt.

**Des Lahrer hinkenden Boten
neuer historischer Kalender
für den Bürger und Landmann
auf das Schaltjahr 1880
80. Jahrgang**

Gefunden von Prof. Dr. Erich Kundel

Was Großeltern ihren Enkelkindern vorlesen könnten ... Nur ein Märchen?

Es war einmal und ist noch gar nicht lange her, da gab es ein kleines Land. In ihm lebten die Menschen recht glücklich. Es war eine gute Gemeinschaft, doch manches hätte besser sein können. Wie es eben überall so ist. Die Menschen hatten alle Arbeit und achteten sich untereinander. Manche waren aber auch nicht zufrieden. Wie es eben überall so ist. Denn in diesem Land mußte jeder selbst arbeiten. Keiner konnte davon leben, andere für sich arbeiten zu lassen. Das gefiel den meisten, aber eben nicht allen.

Besonders umsorgt wurden in diesem Land die Kinder. Schon die Kleinsten wurden in Krippen betreut. Wenn sie etwas größer waren, durften sie den ganzen Tag im Kindergarten sein. Dort spielten sie, lernten auch schon ein wenig und hatten immer genug zu essen. Ihre Eltern kostete das kaum etwas. Später mußten die Kinder in der Schule fleißig lernen. Die Lehrer achteten darauf, daß sich alle gegenseitig halfen. Es gab für alle Kinder dieses Landes eine einheitliche Schule. Kein Unterschied wurde zwischen ihnen gemacht. Niemand wurde als arm oder reich angesehen. Das Land betrachtete die Kinder als seinen größten Schatz. Dagegen wagte kein Mensch etwas zu sagen. So sollte es eigentlich überall sein.

Wenn die Kinder die Schule beendet hatten, konnten alle einen Beruf erlernen. Sehr viele studierten auch an Universitäten, an Hoch- und Fachschulen. Dafür mußte nichts bezahlt werden. Aber alle hatten sich anzustrengen. Fleiß und Gewissenhaftigkeit wurden hoch geschätzt. Es war ein eigenartiges Land. Einigen Menschen gefiel es dort trotzdem nicht. Sie wurden von Leuten in anderen Ländern unterstützt und aufgewiegelt. Wie konnte es nur sein, daß jeder richtig arbeiten mußte und keiner von dem leben durfte, was andere erarbeiteten? Ein solches Land sollte verschwinden, dachten diese Menschen.

Es war einmal, und es ist noch gar nicht lange her, da gab es einen starken Wind, der bald zu einem gewaltigen Sturm angeblasen wurde. Die Welt veränderte sich wie eine Landschaft nach einem großen Unwetter. Das eigenartige Land, in dem ein jeder arbeiten mußte und konnte, gab es plötzlich nicht mehr. Es war einfach verschwunden. Jetzt gehörten Städte und Dörfer, Menschen, Tiere, Wälder, Felder und Wiesen, Straßen und Wege über Nacht zu einem anderen Land.

Nun mußte nicht mehr jeder arbeiten. Für viele Menschen gab es auch gar keine Arbeit. Sie verdienten nur wenig oder bekamen gar kein Geld. Das sollte es eigentlich nirgendwo geben.

Es gibt in diesem anderen Land Menschen, die ungeheuer reich sind, denn sie lassen andere für sich arbeiten. Es gibt aber auch viele, die kaum etwas besitzen, und solche, die ganz arm sind. Es bestehen große Un-

terschiede, vielfältig und kaum überschaubar. So sollte es eigentlich nirgends sein. Dieses andere Land ist nun ganz und gar nicht kinderfreundlich. Die Kleinen werden nicht mehr überall betreut. Die Eltern müssen allein für sie sorgen. Wenn sie keine Arbeit haben, können sie ihre Kinder auch nicht in den Kindergarten schicken. Das kostet viel zu viel Geld. Die Mächtigen in diesem Lande sagen, der

Frau Merkel ist der Meinung: „Die Menschen sind verschieden geboren, das ist vom Herrgott so gewollt. Wir sollten sie nicht alle ins selbe Klassenzimmer stecken und gleichmachen wollen.“ (CDU-Wahlkundgebung in Bad Oldesloe am 17. Februar 2005)

Staat könne für die Betreuung der Kinder immer weniger ausgeben. Das dürfte eigentlich nirgendwo so sein.

In der Schule, in die die meisten Kinder gehen, lernen sie oft nicht allzuviel. Die Lehrer haben nicht genug Zeit, sich um die Schüler zu kümmern. Manche müssen deshalb Nachhilfeunterricht nehmen, damit sie die Lernziele erreichen. Das ist für die Eltern der Kinder kaum zu bezahlen. Auch das dürfte eigentlich nirgendwo so sein.

In diesem anderen Land gehen auch nicht alle Kinder in eine einheitliche Schule. Es gibt Kinder von reichen Eltern und solche

von armen Eltern. Die Kinder der reichen Eltern gehen in Schulen, wo sie sehr gefördert werden. Die Lehrer achten sorgfältig auf das Lernen dieser Kinder. So sollte es eigentlich überall sein.

Nachdem sie die Schule beendet haben, können viele Abgänger keinen Beruf erlernen. Es gibt nicht genügend Lehrstellen. So wissen sie nicht, wie es in ihrem Leben weitergehen kann.

Wer eine Universität, Hoch- oder Fachschule besuchen darf, muß dafür viel Geld bezahlen. Manche Eltern können das nicht aufbringen. Deshalb gehen vor allem Kinder von reichen Eltern zur Universität und Hochschule. Das dürfte eigentlich nicht sein.

Nun ist das eigenartige Land mit seiner großen Kinderfreundlichkeit, wo alle etwas lernen konnten, leider schon seit einigen Jahren verschwunden. Viele Menschen vergessen ihr Leben dort jedoch nicht. Es war so vieles gut, wenn einiges auch besser hätte sein können.

So denken immer mehr Menschen wehmütig an das zurück, was sie verloren haben. Und sie träumen davon, daß das eigenartige Land eines Tages wieder zurückkehren möge.

War das Ganze nur ein Märchen? Sicher nicht. Denn Oma und Opa, Mutti und Vati haben die Geschichte ja selbst erlebt.

Dr. Harry Voitzech

Die Tarnkappe des Oberst Gertz

Die Kunst geschickter Tarnung gehört zum militärischen Handwerk. Auch das einheimische Kanonenfutter – pardon: die Bürger in (Bundeswehr-)Uniform – werden in solcher Fertigkeit unterwiesen. Weil davon, wie ihnen gesagt wird, vielleicht einmal ihr Überleben abhängen könnte.

Für höhere Chargen, denen der riskante Aufenthalt im Kosovo, in Afghanistan oder anderen bereits oder künftig bundeswehrbetreuten Territorien in der Regel erspart bleibt, bedarf es solcher Tarnungsübung nicht. Aber auch sie benötigen Tarnkappen, allerdings solche anderer Art. Intellektuelle gewissermaßen.

Obwohl in dieser Hinsicht selbst höhere Dienstgrade – wer erinnert sich da nicht an Ex-General Schönbohm – meist überfordert sind, findet sich hin und wieder doch einer, der Bemerkenswertes zustandebringt. Ein solcher ist der Chef des „Bundeswehrverbandes“, Oberst Gertz. Unlängst (genauer: Am 26. Oktober um 18.40 Uhr im Fernsehsender SAT 1) lieferte der eine Talentprobe seiner sprachschöpferischen Fähigkeiten ab.

Die Bundeswehr, so besagter Herr anläßlich des 50jährigen Bestehens dieser Einrichtung, werde nun „aus einer Vertei-

digungsarmee (?) in eine Konfliktregulierungsarmee“ umgeformt.

Auf solche Etikettierung muß man erst mal kommen, wenn man den eigentlich zutreffenden Begriff „Aggressionsarmee“ vermeiden will. Da wird vermutlich der damals als Militärminister politische Vorgesetzte des Herrn Gertz vor Neid erblaßt sein. Dem gelang die sprachliche Umwidmung des Bundeswehrcharakters nämlich bloß mittels des leicht dümmlichen Begriffs, sie werde nunmehr zur „Einsatzarmee“.

Dagegen bietet „Konfliktregulierungsarmee“ reichhaltigeren Inhalt. Die Wortschöpfung schließt ein, daß „Konflikte“, so Machtinhaber der Bundesrepublik sie irgendwo in der Welt entdecken (oder auch selbst inszenieren – siehe das jugoslawische Beispiel) mit deutscher Militärmacht und also im deutschen Sinne gewaltsam „reguliert“ werden. Völkerrechtswidriger Interventionismus im Gewand von humanistischer Mission. Auf daß am deutschen Wesen die Welt genesen. Womit man in der Tradition bleibt: der teutsche Herrenmensch als Zuchtmeister anderer Völker. Höchst zweifelhaft jedoch, ob die sich das eingedenk geschichtlicher Erfahrung auf Dauer gefallen lassen.

Wolfgang Clausner

Zur Geschichte des Atheismus in der DDR (2)

Eine neue Qualität erhielt die Arbeit auf dem Gebiet des Atheismus mit der am 5. 12. 1964 erfolgten Gründung eines „Lehrstuhls für wissenschaftlichen Atheismus“ an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena, zu deren Leiter O. Klohr berufen wurde. Als Schwerpunkte für Lehre und Forschung wurden formuliert:

- Moderne Naturwissenschaft und Atheismus,
- Fragen der sozialistischen Moral in Auseinandersetzung mit christlichen Moralauffassungen,
- Die weltanschaulich-atheistische Erziehung der Jugend,
- Untersuchung der historischen Grundlagen und des Entstehens der Religion.

Der Begriff „Wissenschaftlicher Atheismus“ wurde in der DDR nunmehr verbindlich, was mit Sicherheit auf den Einfluß aus der UdSSR zurückzuführen ist. Dort wurde er nach dem XXI. Parteitag der KPdSU eingeführt.

Die Gründung des Lehrstuhls war verbunden mit einer sehr repräsentativen Konferenz, an der 427 Wissenschaftler teilnahmen, darunter profilierte Fachleute aus der DDR (H. Ley, G. Mende, H. Hörz, H. Korch u. v. a.) und 34 Wissenschaftler aus der UdSSR, Polen, Bulgarien, Ungarn, der CSSR und Österreich. Die Ergebnisse dieser Konferenz wurden dann in einem Sammelband veröffentlicht, den man u. a. auch ins Russische übersetzte.

Dem Lehrstuhl gehörten zum Zeitpunkt seiner Gründung 7 Mitarbeiter an, 6 weitere Wissenschaftler arbeiteten an Forschungsschwerpunkten des Lehrstuhls mit, und außerdem gab es in den Arbeitsgruppen eine große Zahl von Außenmitarbeitern, vornehmlich in der Gruppe „Religionssoziologie“.

Der Lehrstuhl leistete in relativ kurzer Zeit eine sehr umfangreiche und differenzierte Arbeit. Im Februar 1966 wurde bereits die erste Dissertation verteidigt, der acht weitere und zwei Dissertationen II (Habilschriften) folgten. Ein Vorlesungszyklus für Hörer aller Fakultäten wurde durchgeführt, eine umfangreiche propagandistische Arbeit vollbracht. Sehr fruchtbare Kontakte wurden zu entsprechenden wissenschaftlichen Institutionen in den anderen sozialistischen Ländern hergestellt. In der DDR und in anderen Ländern gab es eine große Anzahl von Publikationen. Ein Höhepunkt der wissenschaftlichen Arbeit am Lehrstuhl war das bereits 1965 durchgeführte internationale Colloquium über „Soziologie der Religion und des Atheismus“, an dem 16 Wissenschaftler aus der UdSSR, Polen, Bulgarien, Ungarn, der CSSR und Jugoslawien teilnahmen, dessen Ergebnisse dann ebenfalls veröffentlicht wurden.

Impulse erhielt die Arbeit des Lehrstuhls durch einen weiteren Beschluß des ZK der SED vom 5. August 1964 über „Die Verbesserung der weltanschaulich-atheistischen Arbeit“, der in alle Bereiche der Gesellschaft hinein Forderungen nach Durchführung und Intensivierung dieser Tätigkeit stellte.

Dann aber vollzog sich ein Prozeß, der dazu führte, daß dem Lehrstuhl nur eine Lebensdauer von fünf Jahren beschieden war. O. Klohr schreibt dazu: „Aber sowohl die atheistische Propaganda als auch die wissenschaftliche Arbeit begannen in der 2. Hälfte (der 60er Jahre, H. L.) unter dem Eindruck der Theorie der sozialistischen Menschengemeinschaft und den sich in diesem Zusammenhang verbreitenden Argumenten zu leiden und gingen bis zum Anfang der 70er Jahre ständig zurück. Besonders in den Jahren 1966 bis 1969 wurde eine Reihe von Argumenten vertreten, die eine systematische Forschungsarbeit, Publikationstätigkeit und Propaganda wesentlich hemmten.“

Im einzelnen führte O. Klohr vier solcher Argumente an:

- Die Arbeit auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Atheismus übe negative Wirkungen auf die vertrauensvolle Zusammenarbeit von Christen und Marxisten aus.
- Es bestehe die Gefahr, daß sich der wissenschaftliche Atheismus zu einem besonderen „Bestandteil“ des Marxismus-Leninismus entwickeln würde.
- Die Ergebnisse der Religionssoziologie würden vom Gegner ausgenutzt.
- Publikationen würden der Kirche Material liefern, um ganz legitim gegen den Marxismus argumentieren zu können.

Nun kam denn also die Unterstützung des Lehrstuhls durch zentrale Organe – außer dem Staatssekretariat für Kirchenfragen fast völlig zum Erliegen. Es wurden keine Anforderungen mehr an Publikationen gestellt, erarbeitete Materialien wurden nicht mehr ausgeweitet, zwei Bücher nicht mehr veröffentlicht und die Zahl der Mitarbeiter kontinuierlich reduziert.

1969 hatte O. Klohr dann nur noch zwei Mitarbeiter. Damit endete die Arbeit des Lehrstuhls, ohne daß er jemals offiziell aufgelöst wurde. O. Klohr ging an die neugegründete Ingenieurschule für Seefahrt nach Warnemünde.

Für einige Jahre herrschte nun „Funkstille“. „Atheismus“ wurde quasi zu einem Tabubegriff.

Das änderte sich schlagartig, als in Auswertung des VIII. Parteitages der SED am 7. 11. 1972 ein Beschluß über „Die Aufgaben der Agitation und Propaganda“ gefaßt wurde. In diesem Beschluß wurde unter anderem gefordert: „Stärker und in vielfältiger Weise ist der atheistische Charakter der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zur Geltung zu bringen.“ Dieser eine Satz sollte große Wirkung haben. 1973 gründeten O. Klohr an der Seefahrtsschule in Warnemünde und Hans Lutter an der Pädagogischen Hochschule „Liselotte Herrmann“ in Güstrow Forschungsgruppen. Beide gaben sich den Namen „Wissenschaftlicher Atheismus“. Zwischen ihnen und ihren Leitern ent-

wickelte sich von Beginn an eine sehr gute Zusammenarbeit und eine abgestimmte Arbeitsteilung. Während in Warnemünde vor allem auf dem Gebiet des Katholizismus und der Religionssoziologie gearbeitet wurde, orientierte sich die Güstrower Forschungsgruppe ausschließlich auf den Protestantismus. Diese beiden Forschungsgruppen waren die „ältesten“, größten und auch wirksamsten und sie nahmen bis 1990 eine national und international anerkannte, exponierte Stellung ein – was übrigens auch von den Kirchen so gesehen wurde. Erst 1980 entstand dann an der Humboldt-Universität eine weitere, kleinere Forschungsgruppe. Es begann nun im Auftrag der Abteilung Propaganda des ZK der SED eine Periode intensiver Qualifizierung leitender Kader. An der Sonderschule des ZK der SED in Kleinmachnow wurden entsprechende Vorträge gehalten, an denen unter anderem Sekretäre und Abteilungsleiter der Bezirks- und Kreisleitungen der SED, Leiter der Bezirksparteischulen und Sonderschulen der SED und leitende Mitarbeiter der Massenmedien teilnahmen. In die Lehrpläne der Bezirksparteischulen wurde eine Lektion zum Thema „Der atheistische Charakter der marxistisch-leninistischen Weltanschauung – Die Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der atheistischen Propaganda“ aufgenommen; 1976 wurde diese Thematik durch die Lektion „Die Politik der SED zu Kirchenfragen“ ergänzt. Diese Lektionen wurden zum größten Teil von den Mitarbeitern der beiden Forschungskollektive gehalten.

Parallel dazu wurden entsprechende Maßnahmen im Hochschulbereich eingeleitet. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe „Wissenschaftlicher Atheismus“ des Beirates für Marxismus-Leninismus beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen gebildet. Sie hatte die Aufgabe, Vorschläge für die Ausbildung der Studenten und die Qualifizierung der Lehrkräfte zu erarbeiten. Im Ergebnis dessen wurden dann in den folgenden Jahren entsprechende Themen in die Lehrprogramme des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums aufgenommen und für bestimmte Studienrichtungen ein 24stündiger Spezialkurs „Atheismus“ eingerichtet.

(wird fortgesetzt)

Prof. Dr. Hans Lutter

Am **28. Januar** findet um 15.00 Uhr das Jahreskonzert des **Ernst-Busch-Chores** mit dem **Singecub Ernesto Che Guevara** im Berliner Theater Karlsruher, Treskowallee 111, statt.

„Schiffe versenken“ – kein Kinderspiel!

Unlängst erreichte mich ein Brief von Anette T. aus dem kleinen Seebad und Fischerort Lubmin. Er erinnerte mich an eine Begegnung, die ich dort vor über 30 Jahren mit ihrem Vater hatte – Erdmann T. Das Seltsame an diesem urigen bärtigen Seebär: Er starb zweimal.

Hitlers Admiralität faßte den teuflischen Plan, eine geringe Zahl von Frachtern zu bewaffneten Hilfskreuzern umzubauen. Auch der am 27. März 1930 in der Hamburger Werft Blohm & Voß vom Stapel gelassene Frachter „Kurmark“ gehörte zu der Armada. Zum Umbau lagen die Schiffe mehr als ein Vierteljahr auf Reede. Schließlich wurde die „Kurmark“ am 9. Dezember 1939 unter dem Namen „Orion“ in Dienst gestellt, ausgerüstet mit starker Bewaffnung. Erdmann T. wurde hier zur Jahreswende 1939/1940 als einfacher Matrose angemustert und schon bald erhielt seine Familie die Nachricht: „Für Führer, Volk und Vaterland gefallen.“ Die Mission der „Orion“ und der anderen sechs fast gleichzeitig umgerüsteten Frachter bestand darin, während des Krieges überall auf den Weltmeeren unter stets wechselnder Tarnung im äußeren Erscheinungsbild, Handelsschiffsaufbauten nach internationalem Schiffsregister, feindliche Schiffe zu versenken.

Am 30. März 1940 begann unter der Führung von Fregattenkapitän Kurt Weyher die Piratenfahrt der „Orion“, die dem „Marinekommando West“ unterstand. Auf dem Höhepunkt des kalten Krieges (1953) verfaßte der Schiffsführer Kurt Weyher (BRD) ein Buch über seine verbrecherische Fahrt. Der Titel lautete: „Vagabunden auf See“. Er widmete es den „Mitgliedern der Besatzung“. Eben auch Erdmann T. wurde durch dieses Buch irgendwie beglückt, und ich hatte vor mehr als 30 Jahren die Gelegenheit, mehr Wahrheiten von einem Augenzeugen zu erfahren, als das Buch selbst preisgab.

Abgesehen davon, daß ohnehin jede SchiffscREW einer hohen Disziplin unterworfen ist, herrschte auf der „Orion“ ein „ungekannter Drill“, wie sich mein Gesprächspartner ausdrückte. Er war „unmenschlich“. Ich fragte ihn, warum 377 Mann Besatzung in See stachen, aber nur 370 nach fast anderthalb Jahren wieder anlandeten? „Einige wurden an Bord erschossen. Unser Schiff besaß auch extra abgeschottete Räume für Gefangene.“

In der Zeit vom 20. März 1940, man lag auf Reede vor Bornholm, bis zum Einlaufen im französischen Hafen Gironde am 23. August 1941 wechselte die „Orion“ sieben Mal ihre Tarnung, fuhr unter der Flagge der Niederlande, der Sowjetunion, Brasiliens, Japans und Spaniens.

Das Ausmaß des Verbrechens im Detail zu beschreiben, verbietet sich angesichts der Opfer. Allerdings ist der Piratenakt der „Orion“, gemeinsam mit den Hilfskreuzern „Komet“ und „Atlantis“, hervorzuheben, der sich am 27. November 1940 in den Gewässern Neuseelands ereignete.

Dem Trio gerät der größte neuseeländische Dampfer ins Visier, der unter britischer Flagge fahrende „Rangitane“. Ein Augenzeuge: „Unser 2. Hilfskreuzer ‚Ko-

met‘ feuert den Stoppschuß vor den Bug. Für den Dampfer gibt es keinen Pardon, denn es geht wieder mal um unser Leben. Schuß auf Schuß wird aus den Rohren gejagt. Schließlich von drei deutschen Schiffen in die Enge getrieben, gibt er auf. Er liegt gestoppt. Von allen Schiffen werden die Boote ausgesetzt. Rund 300 Personen müssen übernommen werden. Man bringt sie in den Gefangenenräumen unter, die Frauen getrennt.

Am nächsten Tag erlag ein 22jähriges Fräulein, das wir splitternackt aus der See gezogen hatten, seinen schweren Brustverletzungen. Es war eine englische Krankenschwester, die einen Transport England-Neuseeland begleitet hatte und jetzt mit der ‚Rangitane‘ in ihre Heimat zurückkehren wollte. Für uns ist es ein trauriges Gefühl, auf einen Dampfer geschossen zu haben, der Frauen und Kinder an Bord hatte. Zumindest hätte der Kapitän nicht funken dürfen und sich unseren Anordnungen fügen müssen. Dadurch wurde unser Standort verraten.

Bald näherten wir uns einer Neuguinea vorgelagerten Insel, dem Emerau-Eiland, einmal zum deutschen Südseearchipel gehörend. Die farbigen Gefangenen, von uns Kanaker genannt, wurden an Land in Freiheit gesetzt, die Weißen, meist Techniker, blieben an Bord. So wurden alle drei deutschen Schiffe mehr oder weniger entladen.“

Wie lautete das erste der „10 Gebote für die Kriegführung des deutschen Soldaten“? „Der deutsche Soldat kämpft ritterlich für den Sieg seines Volkes. Grausamkeiten und nutzlose Zerstörung sind seiner unwürdig.“

Unwürdig? Der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine stiftete anlässlich Hitlers Geburtstag am 20. 4. 1941 das „Kriegsabzeichen für Hilfskreuzer“. Kurt Weyher wurde das Ritterkreuz verliehen, Bernhard Rogge, Kapitän der „Atlantis“, gar mit Eichenlaub.

Kurt Weyher wurde in der BRD zum Präsidenten des „Deutschen Marinebundes“ gewählt. Das Stadtmuseum Cuxhaven wirbt z. Z. im Internet: „Als ergänzende Sonderausstellung zum Thema Hilfskreuzer findet sich in einem Extraraum die Ausstellung „Kurt Weyher – Ein Admiral als Künstler“. Sie zeigt das Leben eines Konteradmirals auf, der seine

Reisen und Eindrücke in Bildern festgehalten hat.“

Bernhard Rogge trat 1957 als Konteradmiral in die Bundeswehr ein, wurde Befehlshaber im Wehrbereich I (Schleswig-Holstein/Hamburg) und zum Abschied 1962 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Und alljährlich, auch in diesem Jahr, streiten Bundeswehrsoldaten im Handball um den „Bernhard-Rogge-Pokal“.

Vergangenheitsbewältigung à la Bundesrepublik Deutschland.

Wen wundert es da, wenn in der jüngsten Ausgabe der Zeitschrift „loyal“ – Juni 2005 – in der Verfolgung gleicher Ziele über Aufbau und Zweck der NRF (NATO Response Force) nachzulesen ist: „Bis Oktober 2004 sollte die Interventionstruppe ihre volle Einsatzbereitschaft erreicht haben und 21 000 Soldaten aus 26 NATO-Staaten umfassen – kombinierte Elemente aus Land-, Luft und Seestreitkräften sowie Spezialeinheiten. Kampfflotts sollen bis zu 200 Einsätze am Tag fliegen können, die Truppe muß innerhalb von fünf Tagen an alle Krisenschauplätze der Welt verlegt werden können und dort 30 Tage lang einsatzfähig sein. Ihre Missionen erstrecken sich auf Interventions- und Antiterrorereinsätze, Krisenreaktionseinsätze und Operationen zur Friedenssicherung, Evakuierungs- und Embargoeinsätze.“

Auch deutsche Hilfskreuzer der faschistischen Kriegsmarine evakuierten schon! (Übrigens: Erdmann T. starb am 4. 7. 1975 tatsächlich den Seemannsod vor Lubmin.)

Hans Horn



Es war ein trüber Novembertag, als ich in den Zug nach Weimar stieg. Es galt, Harry Thürk auf seinem letzten Weg zu begleiten. Das erste Mal waren wir uns im Februar 1949 begegnet, als er für das Erfurter „Volk“ die 1. Ostzonen-Wintersportmeisterschaften in Oberhof fotografierte und ich für das ND von dort berichtete. Unser letztes Gespräch hatten wir wenige Tage vor seinem Tod am Telefon geführt. Kein Wort über seine Krankheit, aber viele zum Thema, wie die Medien just die große Koalition vermarkteten.

Im Zug nach Weimar hatte ich Nachrufe gelesen, und als ich in der überfüllten Trauerhalle saß, ging mir immer wieder durch den Kopf, wie die heute herrschende, angeblich humane und natürlich freie Gesellschaft mit dem Abschied eines Menschen umgeht.

Melchior Grimm (1723–1807) war ein kluger Mann und schrieb zu seiner Zeit: „Der Tod entwaffnet den Haß, bringt Neid und Verleumdung zum Schweigen und erlaubt der Gerechtigkeit, ihre Stimme zugunsten derer zu erheben, die ein Recht auf Bewunderung durch die Nachwelt haben.“

An jenem Tag in Weimar erfuhr ich, daß Melchior Grimm längst nicht mehr recht hat!

Wer mich das wissen ließ? Die Schreiber der erbärmlichen Nachrufe!

Diese Gesellschaft, in der wir angekommen sein sollen, entwaffnet auch am Grab den Haß nicht. Wiewohl ich alle Illusionen, die man mit ihr verbinden könnte, längst begraben habe und dabei keineswegs leugne, daß sie schnittige, schnelle Autos denen offeriert, die es sich leisten können, hatte ich auf der Fahrt etwa eine Viertelstunde lang geglaubt, in den Redaktionen würden sie Thürk wenigstens zum Abschied bekunden, daß er einer der Großen unter den deutschen Buchschreibern war. Vielleicht waren es auch nur zehn Minuten Hoffnung. Das „Börsenblatt“ der Buchhändler hatte sie mir beschert: „Die Eulenspiegel-Verlagsgruppe teilt mit, daß der Schriftsteller Harry Thürk nach langer Krankheit ... verstorben ist. Harry Thürk, Roman-, Krimi- und Sachbuchautor, wurde 1927 in Oberschlesien geboren. Nach dem Krieg kam er nach Weimar, arbeitete als Bildreporter und Redakteur und hielt sich längere Zeit im Ausland, unter anderem in Peking, auf. Thürk lebte als freischaffender Schriftsteller in Weimar. Zu seinen großen Romanerfolgen gehören der Antikriegsroman ‚Die Stunde der toten Augen‘ sowie die in Fernost spielenden Romane ‚Das Tal der sieben Monde‘, ‚Der Tiger von Shangri-La‘, ‚Des Drachens grauer Atem‘. Ein autobiografischer Bericht erschien unter dem Titel ‚Auch überm Jangtse ist Himmel‘. Thürk hat auch Sachbücher zu vornehmlich militärhistorischen Themen geschrieben und sich als Kenner fernöstlicher Regionen und Lebensweise ausgewiesen. Er avancierte im Osten Deutschlands zum Bestsellerautor. Der ‚Spiegel‘ fand für ihn die hilflose und nur im Hinblick auf seine riesigen Erfolge zutreffende Bezeichnung ‚Konsalik des Ostens‘. Thürks Name stand für spannende Unterhaltungsliteratur

Gedanken an einem Grab

und Polit-Thriller, die sich durch genau recherchierte politische und geschichtliche Hintergründe auszeichneten.“

So schloß das „Börsenblatt“. In der „Sächsischen Zeitung“ begann ein Wilfried Mommert seine üble Nachrede auf Thürk, die allerdings auch ein aufschlußreiches Geständnis enthielt: „Mit Büchern wie ‚Der Gaukler‘ und ‚Die Stunde der toten Augen‘ und zahlreichen ‚Sex and Crime‘-Büchern erreichte er Millionenauflagen, die im Westen Deutschlands weitgehend ignoriert wurden.“

Im Westen ignoriert? Wer ignorierte ihn und vor allem wie im Westen? Der Sachverhalt: Das Thema Vietnam war im deutschsprachigen Westen nicht nur ungeliebt, sondern obrigkeitlich unerwünscht. Zugegeben, niemand erteilte den Verlagen Order, Thürk nicht zu drucken, aber das erübrigte sich, denn die Verleger paßten sich den politischen Leitlinien an, und so kam es, daß seine Bücher den Verkäufern in einer Nordhäuser Buchhandlung aus der Hand gerissen wurden, während sie hundert Kilometer weiter in Göttingen niemand kennen konnte. Der Markt sekundierte der Politik und zwar so erfolgreich, daß die „Sächsische Zeitung“ selbst 15 Jahre nachdem begonnen worden war, das deutsche Zusammenwachsen zu predigen, ohne Hemmungen mitteilt, Thürk sei im Westen „ignoriert“ worden!

Und anfügt: „Selten hat ein Schriftsteller wohl dermaßen kontroverse Urteile hervorgerufen wie Thürk. Für die SED hat er als ‚Chronist revolutionärer Veränderungen‘ vor allem ‚Maßstäbe für die dokumentarische DDR-Literatur‘ gesetzt. Für die anderen schrieb er ‚politische Bekenntnisprosa und pornografisch gepfef-



ferte Krimis‘ mit ‚pubertärem Schwulst und politischem Pathos‘, mit Sprachbildern, die an den NS-‚Stürmer‘ oder die sowjetische ‚Prawda‘ erinnerten.“

Harry Thürk hätten diese Attacken unter die Gürtellinie garantiert nicht überrascht, vielleicht höchstens –wie mich–, daß man sie selbst an seinem Grab mit solcher Hemmungslosigkeit betrieb.

So lehrte uns Thürk auch bei seinem Abschied noch, daß der Haß gegen die „Roten“ selbst in den letzten Stunden kein Ende findet und der gute Melchior Grimm einmal mehr widerlegt wurde.

Dr. Klaus Huhn

In Wesenberg ist am 9. Dezember

Helmut Sakowski

ein herausragender Autor der DDR, 81jährig verstorben.

Viele seiner Werke waren Marksteine. Sein Tod reißt unter Literaten eine schmerzliche Lücke.

Wir trauern um unseren langjährigen Leser

Werner Engst

stellvertretender Volksbildungsminister der DDR und seit der Konterrevolution Aktivist der Solidaritätsbewegung für die Opfer politischer Verfolgung in der BRD.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



In der August-Ausgabe 2005 berichtete der „RotFuchs“ in einem kurzen Beitrag, daß die belgische Stadt Gent dem Komponisten des berühmtesten Kampfliedes aller Zeiten, Pierre Degeyter, ein Denkmal gewidmet hat. Heute wollen wir uns dem Verfasser der Weise zuwenden.

Der tschechoslowakische Journalist Frantisek Gel hat hierzu Wichtiges in Erfahrung gebracht. Sein Buch erschien 1954 im ARTIA-Verlag Prag.

Der Textautor der „Internationale“ Eugène Edmé Pottier wird am 4. Oktober 1816 als Sohn eines Packers in Paris geboren. Schon als kleiner Junge muß er als Gehilfe seines Vaters Geld verdienen, hat aber das große Glück, in einer Klosterschule lesen und schreiben zu lernen. Mit sechzehn bekommt er eine Stelle als Verkäufer in einer Papierhandlung. Dann wird er als Hilfslehrer angestellt, und in dieser Zeit bringt er sich selbst das Zeichnen bei, wozu er eine überdurchschnittliche Begabung besitzt, so daß er die Voraussetzung für seinen späteren Hauptberuf schafft, nämlich den eines Textilzeichners. Doch ist das nicht sein einziges Talent. Schon als Vierzehnjähriger beginnt er Gedichte zu schreiben. Sein erstes bedeutendes Werk, das überliefert ist, entsteht in den Tagen der Julirevolution 1830. Es endet mit den Worten „Vive la liberté!“ – Es lebe die Freiheit!

Eugène Pottier ist sich trotz seiner Jugend der Zugehörigkeit zur arbeitenden Klasse bewußt. Die Verse, die er von nun an zu Papier bringt und meist in einem Wirtshaus vorträgt, sind politisch, schlagfertig, auch ironisch. Dabei muß er in der Wortwahl vorsichtig sein, um mit den reaktionären Gesetzen der Monarchie nicht in Konflikt zu geraten.

Die Revolutionen vom Februar und vom Juni 1848 finden den 32jährigen Textilzeichner und Dichter Pottier auf den Barrikaden von Paris, mitten im Kampfgetümmel. Nur mit Mühe entkommt er dem Wüten der Konterrevolution, die 3000 Proletarier erschießen und 15000 ohne Gerichtsurteil deportieren läßt. Doch das schreckt ihn nicht ab. Die revolutionären Ereignisse inspirieren ihn zu zahlreichen Gedichten, die er seinen Freunden, Mitkämpfern, Genossen widmet, darunter Charles Longuet, dem späteren Schwiegersohn von Karl Marx.

In den folgenden Jahren arbeitet Eugène Pottier als erfolgreicher Textilzeichner. Er eröffnet ein eigenes Atelier und macht sich in diesem Beruf einen Namen, der so-

„Die Internationale“ – das Lied, das Geschichte machte

gar in der britischen Textilstadt Manchester bekannt wird. Dennoch schreibt er weiter Gedichte, vor allem zu politischen Vorgängen und sozialen Problemen in seinem Heimatland, gegen die Herrschaft Napoleons III., der Frankreich ab 1852 regiert. Und Pottier engagiert sich aktiv im Klassenkampf, gründet eine Gewerkschaft der Textilzeichner und tritt mit den ihr angehörenden 500 Mitgliedern der Internationalen Arbeiter-Assoziation, der I. Internationale, bei. Allerdings bleiben seine Verse bis 1869 weitgehend unbekannt, weil sie gar nicht oder nur in kleinen lokalen Zeitungen, die die Zensur häufig verbietet, veröffentlicht werden können.

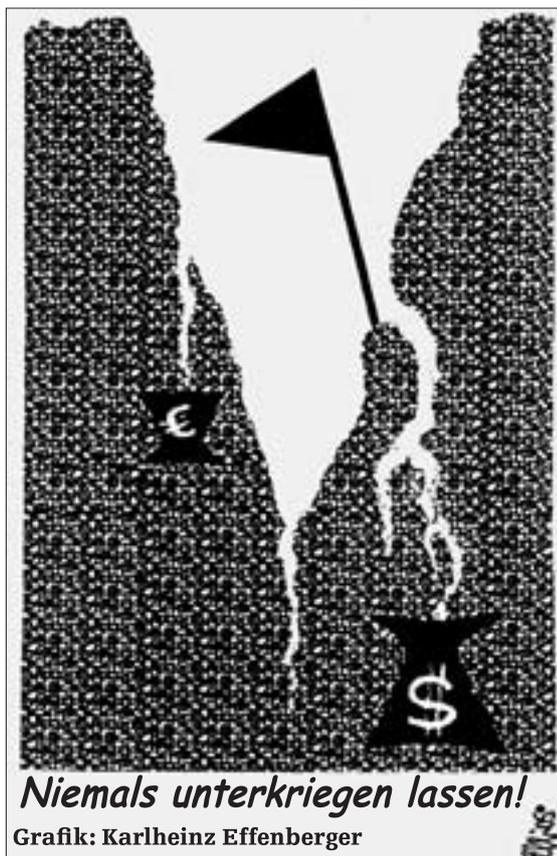
Am 19. Juli 1870 läßt sich Napoleon III. von Bismarck provozieren und beginnt den französisch-deutschen Krieg, den er schon am 2. September mit einer totalen Niederlage schmachvoll verliert. Sieben Tage vor Ausbruch der Kämpfe haben französische Arbeiter einen Aufruf an ihre Klassenbrüder in aller Welt gerichtet, in dem sie zum gemeinsamen Kampf um den Frieden ermutigen. Eine der Unterschriften stammt von Eugène Pottier. Er selbst bleibt vom Militärdienst verschont, immerhin steht er im 55. Lebensjahr, seine Gesundheit ist angeschlagen, die rechte Hand fast gelähmt. Trotzdem meldet er sich freiwillig zur Nationalgarde von Paris, wird Kompanieadjutant im 181. Bataillon. Wenige Monate darauf, am 18. März 1871, rufen die Arbeiter der

Hauptstadt die Kommune aus, sie wollen die nach der Kapitulation vom September 1870 entstandene Republik gegen die deutschen Eroberer und Paris gegen den nationalen Verrat der bürgerlich-kapitalistischen Regierung Thiers verteidigen. Sie errichten ihren eigenen, den ersten proletarischen Staat in der Geschichte, wählen ihre Volksvertreter. Pottier gehört dazu, von 3600 in seinem Wahlkreis abgegebenen Stimmen erhält er 3352.

Ende Mai gelingt es der bürgerlichen Konterrevolution, mit Unterstützung des deutschen Militärs die Kommune im Blut zu ersticken. 35 000 Männer, Frauen und Kinder werden auf der Stelle von der bürgerlichen Soldateska niedergemetzelt. Trotz seiner Behinderung verteidigt auch Eugène Pottier die Kommune mit der Waffe auf der Barrikade und kann schließlich, ebenso wie schon 1848 gesucht, der Mordorgie entkommen. Gerade in diesen Tagen greift er zur Feder und schreibt das Gedicht, dessen Refrain in wörtlicher Übersetzung aus dem Französischen lautet:

*„Das ist der letzte Kampf,
Scharen wir uns zusammen und morgen
Wird die Internationale
Das Menschengeschlecht sein.“*
(Die uns bekannte deutsche Fassung stammt von Emil Luckhardt.)

Eugène Pottier geht mit seiner Frau Caroline und seiner jüngsten Tochter ins Exil nach England, dann 1873 in die Vereinigten Staaten, wo er neben seiner Arbeit in einer Fabrik auch als Generalsekretär und Kassierer der kleinen Sozialistischen Arbeiterpartei der USA tätig ist. Seine Lebensumstände sind erbärmlich. Schließlich kann er nach einer Amnestie in seine Heimatstadt zurückkehren. Er ist inzwischen so krank, daß er keiner Arbeit mehr nachzugehen vermag. Nur Gedichte schreibt er weiter. Seine ältere Tochter und deren Mann unterstützen ihn bis zu seinem Tod am 6. November 1887. Vorher jedoch, 1883 erlebt er noch eine große Freude: Zum ersten Mal erscheint eine Sammlung seiner Werke gedruckt in einem Buch. Eugène Pottier wird auf dem Friedhof Père Lachaise beigesetzt, unweit der berühmten Mauer, an der die letzten kämpfenden Kommunarden erschossen wurden. Seine Genossen widmen ihm einen Nachruf, ihm „der sein ganzes Leben dem sozialen Kampf geweiht hat, der zugleich Dichter war und Soldat der Revolution“.



Niemals unterkriegen lassen!

Grafik: Karlheinz Effenberger

Günter Freyer

Vom 18. bis 20. November 2005 hat in Griechenlands Hauptstadt ein von der KP des Landes – der KKE – ausgerichtetes Treffen von 73 kommunistischen und Arbeiterparteien aus 60 Ländern Europas, Asiens, Afrikas, Amerikas sowie Australiens stattgefunden.

Auf Initiative der KKE werden seit Jahren solche Foren in Athen abgehalten. Anfangs versammelten sich die Teilnehmer allein zu dem Zweck, Informationen über ihre Tätigkeit auszutauschen. Inzwischen stehen Fragen der Theorie und Praxis der Kommunisten auf dem Programm. Für die Vorbereitung der jüngsten Beratung war eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von 20 Parteien gebildet worden. Behandelt wurde diesmal das Thema: „Gegenwärtige Tendenzen des Kapitalismus: ökonomische, soziale und politische Aspekte. Die Alternative der Kommunisten“. Nach eingehender Debatte wurde eine Reihe von Dokumenten angenommen, darunter eine Erklärung zur Begutachtung eines Berichts über Antikommunismus in der Politischen Kommission der Parlamentarischen Versammlung der EU. Die kommunistischen Parteien verurteilten damit Pläne einer Reihe rechtsgerichteter Parteien, in der Politischen Kommission (PASE) den sogenannten Bericht „Über die Notwendigkeit der internationalen Verurteilung der Verbrechen des Kommunismus“ zu „begutachten“. Sie unterstützten eine diesbezügliche Initiative der KP der Russischen Föderation und traten entschieden gegen diese politische Provokation auf. Eine entsprechende Erklärung wurde dem Vorsitzenden der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Herrn René van der Linden, zugesandt.

In Athen wurden verschiedene Aspekte der internationalen Lage analysiert. Die Kommunisten unterstützen die Völker Lateinamerikas im Kampf gegen das Vorhaben der Bush-Administration, eine sogenannte Amerikanische Freihandelszone (ALCA) zur Knebelung der nationalen Wirtschaften auf dem Kontinent zu schaffen.

Bei dem Treffen wurden u. a. vorgeschlagen und beschlossen:

1. eine gemeinsame Kampagne zur Befreiung der fünf kubanischen Patrioten,
2. die Propagierung der Aktualität des Sozialismus in Verbindung mit dem 90. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution,
3. Aktionen gegen Elend, Arbeitslosigkeit und Entlassungen, für Arbeiterrechte, gegen die Politik des IWF und der Weltbank am 1. Mai 2006,
4. eine europäische Kampagne gegen sogenannte Antiterrormaßnahmen der EU,
5. die systematische Analyse der Fragen, die mit der Verfolgung kommunistischer Parteien und anderer antiimperialistischer Kräfte zusammenhängen,
6. Schritte der Solidarität mit der KDVR, die von amerikanischer Blockade und imperialistischer Aggressionsdrohung betroffen ist,
7. aktive Solidarität mit dem irakischen Volk, für die Beendigung der Okkupation

73 kommunistische Parteien trafen sich in Athen

tion und für die Wiederherstellung der Souveränität seines Landes. Solidarität mit den Völkern Libanons, Syriens und Irans sowie mit den friedliebenden Kräften Israels,

8. die Vervielfachung von Initiativen der Verbundenheit mit den Völkern Afrikas und den dort bestehenden kommunistischen und Arbeiterparteien.

An der Beratung nahmen teil: KP Albaniens, Algerische Partei für Demokratie und Sozialismus, KP Australiens, KP Österreichs, KP Argentinens, Demokratische Progressive Tribüne (Bahrein), KP Belorusslands, Partei der Arbeit Belgiens, Kommunistische Arbeiterpartei Bosniens und Herzegowinas, Bulgarische KP „Georgi Dimitroff“, KP Bulgariens, KP Brasiliens, Neue KP Britanniens, KP Britanniens, Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei, KP Venezuelas, KP Vietnams, Kommunistische Einheitspartei Georgiens, DKP, KP Griechenlands, KP Dänemarks, KP in Dänemark, KP Ägyptens, KP Israels, KP Indiens (M), KP Iraks, Volkspartei Irans (Tudeh), Arbeiterpartei Irlands, KP Irlands, Partei der Italienischen Kommunisten, Partei der Kommunistischen

Wiedergeburt (Italien), KP Jordaniens, KP Spaniens, KP der Völker Spaniens, KP Kanadas, AKEL (Zypern), KP Chinas, Partei der Arbeit Koreas, KP Kubas, Sozialistische Partei Lettlands, KP Libanons, Sozialistische Partei Litauens, KP Luxemburgs, Partei des Fortschritts und der Unabhängigkeit Madagaskars, KP Mazedoniens, KP Mexikos, KP Maltas, Neue Kommunistische Partei der Niederlande, KP Norwegens, Palästinensische KP, KP Polens, Portugiesische KP, Rumänische KP, Partei der Sozialistischen Allianz (Rumänien), KP der Russischen Föderation, Russische Kommunistische Arbeiterpartei-Russische Partei der Kommunisten, Kommunistische Partei der Sowjetunion, UKP-KPdSU, Neue Kommunistische Partei Jugoslawiens, Syrische KP, KP Syriens, KP der Slowakei, KP der USA, KP Sudans, KP Tadshikistans, KP der Türkei, KP der Ukraine, Union der Kommunisten der Ukraine, KP der Philippinen-1930, KP Finnlands, KP Böhmens und Mährens, KP Schwedens, KP Estlands.

R. F., gestützt auf „Prawda“, Moskau, und die Presseerklärung der KKE



Am 16. April 2006 begehen wir den 120. Geburtstag Ernst Thälmanns. Unser Foto zeigt die Büste des Arbeiterführers vor der Ernst-Thälmann-Gedenkstätte in Ziegenhals, die nach dem Willen der Herrschenden abgerissen werden soll

UKAP-Vorsitzender G. Thürmer: Ungarn heute

Die Ungarische Arbeiterpartei (UAP) – sie heißt seit kurzem Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei (UKAP) – arbeitet unter schwierigen Bedingungen. Wie auch die anderen Bruderparteien Osteuropas hat sie eine Krise überwinden müssen, die nach dem Fall des Sozialismus entstanden war. Aber sie hat im Kampf standgehalten und sieht nach wie vor im Sozialismus die Zukunft Ungarns. Die UAP ist am 17. Dezember 1989 gegründet worden. Ihre Formierung – und das zum ersten Mal in der Geschichte der ungarischen Arbeiterbewegung – geschah nicht am Vorabend der sozialistischen Revolution, sondern in einer Periode der Niederlage des Sozialismus. Neu war auch, daß die UAP legal blieb, obwohl sie sich nicht an der Macht befand. Die Situation wurde dadurch komplizierter, daß man in Ungarn, wie auch in anderen osteuropäischen Ländern, Ende 1989 die Tätigkeit von Parteien in Betrieben, Einrichtungen und Behörden verbot.

Die UAP hat in diesen Jahren unter den neuen Bedingungen zu arbeiten gelernt. Die Partei nahm an allen Parlamentswahlen sowie an den Referenden über den Eintritt in die Europäische Union und die NATO teil. 2004 gelang ihr die Durchsetzung einer Volksbefragung, deren Ziel es war, die Pläne der bourgeoisen Regierung zur Privatisierung der Krankenhäuser zu durchkreuzen.

Die UAP ist eine marxistisch-leninistische Partei geblieben ist, die ihre Theorie bewahrt hat. Zu Beginn der 90er Jahre war in unsere Reihen die Kinderkrankheit des Kommunismus eingedrungen – der „linke“ Radikalismus, die Unduldsamkeit und das Übereilen. Ein Teil der Parteimitglieder dachte, daß die Erinnerung an die sozialistische Vergangenheit stark genug sei, um den Kapitalismus zurückzudrehen. Die UAP ist auch auf jene nicht hereingefallen, die erklärten, daß es Zeit sei, dem Marxismus zu entsagen, auf die Lehre vom Klassenkampf zu verzichten, auf die Verteidigung der Interessen der Arbeiter.

Im vergangenen Jahr mußten wir neue Attacken abwehren. Westeuropäischen Beispielen folgend erklärten einige unserer Parteimitglieder: Anstelle der marxistischen Arbeiterpartei sei eine von Ideologie freie Partei der Intelligenz notwendig, anstelle einer Kampforganisation, aufgebaut auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus ein freies Netz nach dem Prinzip des Internets, statt Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse die „Zusammenarbeit der antiliberalen, antiglobalistischen Kräfte“.

Was gibt unserer Partei die Kraft? Vor allem das Andenken an unsere kommunistischen Vorgänger. Das Andenken an jene, die in der Zeit der Konterrevolution wußten: Ihr Platz ist bei den Arbeitern und den Werktätigen. Kraft gibt uns auch der Kampf der heutigen kommunistischen Parteien sowie die Überzeugung, daß die



Gyula Thürmer

Wahrheit auf unserer Seite ist. Was bedeutet für mich unter den gegenwärtigen Bedingungen der Internationalismus? Am wichtigsten ist die Solidarität im Kampf. Großen Wert messe ich den Anstrengungen der KPRF bei, die auf die Stärkung der Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien der Länder der GUS gerichtet sind. Sehr wichtig ist jene Arbeit, die die Kommunistische Partei Griechenlands mit dem Ziel leistet, die Beziehungen innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung zu stärken. Ich denke, daß wir einen solchen Weg gehen müssen, nur schneller.

Wir tun alles, was in unseren Kräften steht. 1999 war die Arbeiterpartei die einzige Partei Ungarns, die nein zum Krieg gegen Jugoslawien sagte, und 2003 sind auch in Budapest Zehntausende auf die Straße gegangen, um gegen den Krieg in Irak zu protestieren.

Wie ist die Position der UAP in bezug auf Ungarns Mitgliedschaft in der Europäischen Union?

Die Ungarische Arbeiterpartei hält die EU für eine Organisation des europäischen Großkapitals. Sie ist nicht dafür gegründet worden, daß es den Arbeitern besser geht, sondern zur effektiveren kapitalistischen Ausbeutung im internationalen Maßstab. Die Eurounion ist nichts anderes als ein Übereinkommen des europäischen Großkapitals, vor allem des deutschen und französischen.

Die Ungarn haben mit Ehrfurcht auf den Westen geblickt und gehofft, daß sie nach der Angliederung an die EU ebenso leben könnten wie die Österreicher oder die Deutschen. Und der Unternehmer bei uns dachte, daß man seine Firma im Rahmen der EU ebenso schützen werde wie die

französischen oder deutschen Unternehmen. Bei einer solchen Stimmung voller Illusionen die Leute zu überzeugen – das war sinnlos. Also sagten wir: Gut, treten wir ein, aber die Regierung muß alles dafür tun, daß die Verluste möglichst gering sind und die nationalen Interessen gewahrt werden.

Was hat sich während des vergangenen Jahres geändert? Es ist klar geworden, daß die regierende kapitalistische Klasse Ungarns die Mitgliedschaft in der EU als eine Art Kompromißübereinkommen mit dem europäischen Kapital betrachtet. Sie sagt: Wenn Ihr uns die Macht in Ungarn garantiert, werden wir die volle Ausplünderung der ungarischen Ökonomie, die Zerstörung der Landwirtschaft, die Privatisierung der Krankenhäuser nicht behindern. Was jetzt vor sich geht. Bei den Menschen haben sich bereits konkrete Erfahrungen angesammelt, allerdings negative. Das Leben ist nicht besser geworden als vor der Angliederung an die Europäische Union.

Wir sind überzeugt, daß die EU in der langfristigen Perspektive nicht als Form der Koexistenz der Völker Europas dienen kann. Die Kommunisten spielen die entscheidende Rolle im Kampf nicht einfach für eine andere Welt, sondern für Sozialismus, für ein sozialistisches Europa.

Die UAP leistet eine sehr aktive internationale Arbeit. Wir haben ausgezeichnete Verbindungen zu den kommunistischen Parteien Chinas, Kubas und Vietnams. In Europa unterhalten wir sehr gute Kontakte mit der KP Griechenlands, mit der Portugiesischen KP, mit der AKEL Zyperns und natürlich auch mit den Genossen in Böhmen und Mähren, der Slowakei, Österreich, Deutschland, Belorussland und der Ukraine.

Die UAP ist Mitglied und Mitbegründer der Europäischen Linkspartei, die wir in eine wirklich kämpferische, antikapitalistische Organisation verwandeln möchten.

Prawda (8.–15. 8. 2005)

Übersetzung: Eberhard Bock



Die Völker Frankreichs und Spaniens zeigen den Weg... Das Räuberschiff versenken! Aus: „Proletären“, Göteborg

Nach dem XI. Parteitag der KP der Russischen Föderation

Am 29. Oktober 2005 hat der XI. Außerordentliche Parteitag der KP der Russischen Föderation (KPRF) stattgefunden. Er war notwendig geworden, um das Statut den sich aus dem neuen Gesetz über politische Parteien und dem Wahlgesetz ergebenden bürokratischen Veränderungen und politischen Hindernissen anzupassen. Darüber hinaus wurde er zur Berichterstattung des ZK und zur anschließenden Diskussion über die aktuelle Lage im Lande und die nächsten Aufgaben der Partei genutzt. Der Parteitag beschloß u. a. Veränderungen und Ergänzungen am Statut und Grundthesen der Tätigkeit der Parteikontroll- und Revisionskommission. Er nahm drei Entschlüsse an: „Zur aktuellen Situation und den Aufgaben der Partei“, „Zur Lage im Nordkaukasus“ und „Über den Widerstand gegen die antikommunistische Gefahr“.

Aufgrund der Dokumente und persönlicher Gespräche während und außerhalb des Parteitages kann ich folgendes sagen: In Rußland hat sich in den letzten Jahren ein ungleichmäßiges und instabiles ökonomisches Wachstum, vor allem auf Kosten eigener Naturressourcen und eines enormen Grundfondsverschleißes vollzogen. Es fehlt eine Konzeption zur effektiven Entwicklung eigener Industriezweige, insbesondere von Hochtechnologie, der Wissenschaft und Bildung, des Agrarsektors sowie zur Verbesserung der sozialen Lage der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Der Raubbau an Naturressourcen stößt ebenso wie der Abbau sozialer Leistungen der Sowjetzeit immer mehr an seine Grenzen. So verwies z. B. Prof. Alferow (ZK-Mitglied und Nobelpreisträger) in der Diskussion darauf, daß die Erdölvorkommen in der Welt noch für 50 bis 60 Jahre, die Erdgasvorkommen für 60 bis 70 Jahre ausreichen, in Rußland es diese Ressourcen jedoch schon vorher nicht mehr geben wird.

Das herrschende politische Regime nutzt das ökonomische Wachstum und vor allem den sogenannten Stabilisationsfonds nicht für Investitionen in die Wirtschaft und nicht für Innovationen, sondern zum politischen und sozialen Lavieren. Damit hemmt es die gesellschaftliche Entwicklung des Landes, das durch Korruption sowie durch Finanz- und Privatisierungsspekulation immer weiter in seinen Existenzgrundlagen erschüttert wird. Ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts kommt aus der Schattenwirtschaft. Die geschätzte Korruptionssumme für die Beamten lag 2004 bei 300 Milliarden US-Dollar. Sie betrug damit fast das Dreifache der Einnahmen des Staatshaushalts.

Die zunehmenden strategischen Probleme Rußlands und deren immer spürbarer werdende Auswirkungen führen zur wachsenden Unzufriedenheit, verstärken oppositionelle Stimmungen in der Gesellschaft, erweitern die soziale Basis für das

Wirken linker Kräfte. Darüber hinaus vertiefen sich die Widersprüche innerhalb der herrschenden Kreise. Es formiert sich eine bürgerlich-liberale Opposition. Auf der Tagesordnung stehen objektiv notwendige bürgerlich-demokratische Veränderungen. Die KPRF erklärt sich zur nachweisbaren und überprüfbaren Zusammenarbeit mit potentiellen Verbündeten (einschließlich „Rodina“, „Jabloko“ und anderen) bereit, ohne wie in der Vergangenheit formale Bündnisse auf Kosten der eigenen Identität und der Ressourcen der Partei einzugehen.

Das in Rußland bestehende Regime hat auch unter Putin keines der Grundprobleme des Landes gelöst, keine erforderlichen Strukturereformen in der Wirtschaft durchgeführt und die Konfliktsituation im Lande weiter zugespitzt. Dies zeigt sich besonders deutlich im Nordkaukasus. Die dortige Situation ist keine Ausnahmeerscheinung, sondern konkreter Ausdruck eines zwischen verschiedenen kriminell-bürokratischen Klangs geführten Krieges um Macht, Eigentum, Finanzkontrolle und Einflußsphären. Man sieht in Moskau die Gefahr eines „orangefarbenen“ Umsturzes, da einige Oligarchengruppierungen die zunehmende Unzufriedenheit in der Gesellschaft für eine Umverteilung der Macht- und Besitzverhältnisse ausnutzen wollen. Auch daraus erklärt sich das Lavieren der Putin-Administration. Der Präsident täuscht einerseits einen „Linksruck“ vor und übt sich andererseits im Wohlverhalten gegenüber dem Westen.

Das Entstehen eines neuen politischen Zentrums ist, wie im ZK-Bericht festgestellt wurde, nur durch die Massen unter Führung von Kommunisten und anderen linkspatriotischen Kräften möglich. Es

gehe darum, die Protesthaltung energisch voranzutreiben und den Kampf um die Macht und das Eigentum des Volkes zu führen, die Bewegung zur Entstehung von Komitees der Selbstverteidigung und der Selbstbestimmung auf breiter Basis – ähnlich den Sowjets – zu fördern. Angesichts sich häufender Überfälle sollen Selbstschutzabteilungen geschaffen werden.

Alle Parteiorganisationen, alle Kommunisten werden aufgefordert, sich aktiv in den Kampf gegen den Antikommunismus einzuschalten, beharrlich die historischen Errungenschaften des Sozialismus zu verteidigen, den Massenprotest gegen Angriffe auf Lenin, das Lenin-Mausoleum und die Kremlmauer zu organisieren.

In persönlichen Gesprächen werteten Parteitage delegierte die Situation im Lande und für die Partei als sehr ernst. Einige meinten, daß es ohne Bürgerkrieg nicht abgehen werde. Andere betonten, daß ein Bürgerkrieg in Rußland (nicht nur im Kaukasus) bereits seit längerem stattfindet. Wenn auch die bisher schwierigste Phase in der Entwicklung der Partei nach dem X. Parteitag überwunden sei, gibt es nach Meinung einer Reihe von Genossen keinen Grund zu übertriebenem Optimismus. Die Stärkung der Reihen der Partei und ihres Einflusses, die Mitgliedererwerbung, die Entwicklung neuer konkreter Formen der Arbeit vor Ort und insbesondere in Arbeitskollektiven, die Frage der ungenügenden Beitragsentrichtung, die schwache materielle und Medienbasis der KP, die Auseinandersetzung mit Kräften der Scheinopposition, die Spaltung der Linken und der zunehmende Antikommunismus bleiben gravierende Probleme.

Die KPRF umfaßt heute 15842 Basisorganisationen, denen 188000 Mitglieder angehören. Sie bleibt damit die stärkste linke Partei Rußlands, hat in den letzten Jahren aber durch Abspaltungen, Austritte und eine hohe Sterberate fast die Hälfte ihrer Mitglieder verloren.

Unter den 248 Delegierten waren 30 Abgeordnete der Staatsduma, Abgesandte von 24 Nationalitäten, 38 Frauen, 5 Arbeiter, 6 Landarbeiter, 22 Hochschuldozenten, 18 Doktoren und 43 Kandidaten der Wissenschaft, 232 Personen mit Hochschulbildung sowie 27 Wirtschaftsleiter. Das Durchschnittsalter der Delegierten betrug 56 Jahre.

Die KPRF steht somit vor überaus schwierigen Aufgaben. Sie muß ihre Kräfte unter sich rasch verändernden Bedingungen und dem verstärkten Druck des Gegners mobilisieren und Gefahren für das Schicksal der Russischen Föderation abzuwenden suchen. Den Kommunisten Rußlands gehört unsere internationale Solidarität. **Bruno Mahlow**



Ein Plakat aus den ersten Jahren der Sowjetmacht

Brasiliens Kommunisten zu Lulas Regierung: Kritische Unterstützung

Brasiliens Regierung unter Präsident Lula befindet sich an einem Kreuzweg: entweder volles Bekenntnis zum Kurs eines imperialistischen Schwellenlandes oder Orientierung auf eine unabhängige nationaldemokratische Entwicklung. Seit 2002 wird Brasilien von einer teilweise linksgerichteten Mannschaft geführt, die siegreich aus Wahlen und Kompromissen hervorgegangen ist. Ihr gehören peripher auch die Kommunisten an, die den Sportminister stellen. Ein angesehener Vertreter ihrer Partei ist gegenwärtig Präsident des Nationalparlaments. Die PCdoB unterstützt die Regierung, erhebt aber zugleich kritische Einwände gegen bestimmte Akzente ihrer Innenpolitik. Die Haltung Brasiliens ist sehr komplex. Einerseits verfolgt die Regierung Lula eine fortschrittliche Außenpolitik. Das hat sich nicht zuletzt in ihrer Position zur von den USA angestrebten Amerikanischen Freihandelszone (ALCA) gezeigt, deren Nichtzustandekommen zu den schwersten politischen Niederlagen der Bush-Administration gehört. Brasilien stand fest in der Reihe jener Staaten, die Washingtons Pläne vorerst durchkreuzten. Auch an der Tatsache, daß Brasilia die Erneuerung der Verträge mit dem IWF zurückwies, kann der progressive außenpolitische Kurs des Landes gemessen werden. Schließlich gehört zu dieser Orientierung die Wiederherstellung der Beziehungen zum sozialistischen China.

Andererseits zeichnet sich Lulas Innenpolitik durch ein Zurückweichen vor dem mächtigen brasilianischen und multinationalen Kapital aus, was zu Zerwürfnissen und krisenhaften Erscheinungen in der Regierung geführt hat.

Unlängst hat in der Landeshauptstadt Brasilia der 11. Kongreß der PCdoB stattgefunden. An ihm nahmen 43 ausländische Delegationen teil. Die 1097 Delegierten vertraten nicht nur 70 000 Mitglieder der Partei, sondern auch wichtige Teile der brasilianischen Gesellschaft. Unter ihnen befanden sich Arbeiter, Gewerkschaftsfunktionäre, Intellektuelle und in sehr großer Zahl Angehörige der jungen Generation. Viele Teilnehmer hatten in dem riesigen Land eine Reise von fünf Tagen zurücklegen müssen.

Auf der Eröffnungsveranstaltung des Kongresses sprach auch Präsident Lula. Er sagte u. a.: „Gewisse Leute glauben, daß es leicht ist, eine neue kommerzielle Geographie zu schaffen. Sie täuschen sich. Bei einem Teil der brasilianischen Bevölkerung ist die kolonialistische Mentalität noch sehr lebendig. Diese Leute richten sich danach aus, was gut für die Vereinigten Staaten und die Europäische Union sei, müsse auch gut für uns sein ... Wir arbeiten mit Venezuela, mit Kuba, Argentinien und anderen zusammen, und wir haben das Projekt Mercosur wiederentdeckt, d. h. den gemeinsamen Markt

von Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay, dem sich Chile und Bolivien angeschlossen haben.“

„Das Kräfteverhältnis ist ungünstig“, erklärte Ricardo Abreu, Mitglied des ZK der PCdoB. „Wir haben von den Vorgängerregierungen eine Auslandsschuld geerbt, die sich zwischen 1995 und 2002 um 190 Milliarden Dollar erhöhte.“

Joao Batista Lemos, Gewerkschaftssekretär der PCdoB und Nationalkoordinator der kommunistischen Gewerkschaftsströmung Corrente Sindical Classista (CSC) im Rahmen der Einheitszentrale CUT, stellte fest: „Wir haben ein Land übernommen, wo gegenwärtig 20 % der städtischen Bevölkerung arbeitslos sind. Der Mindestlohn in Brasilien ist einer

der niedrigsten der Welt. Der Druck des Finanzkapitals bleibt unerhört stark. Damit sie ihm besser widerstehen kann, unterstützen wir die Regierung Lula.“ Ob diese Unterstützung fortgesetzt werden kann, will die Partei im Juni 2006 auf einer Nationalkonferenz entscheiden, da noch in diesem Jahr die neuen Präsidentschaftswahlen anstehen.

Man muß in Rechnung stellen, daß die PT – die Partei des Präsidenten – derzeit nur in den Parlamenten von drei der 26 Bundesstaaten mit 186 Millionen Einwohnern über die Mehrheit verfügt. Der überwiegende Teil der Brasilianer lebt in den großen städtischen Ballungszentren entlang der 8698 km langen Atlantikküste.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel



Die Präsidenten Brasiliens und Venezuelas, Lula und Chávez

Ein neuer Fernsehsender für Lateinamerika: Telesur

Im vergangenen Jahr ist in Lateinamerika ein progressiver Fernsehkanal als vorerst bescheidene Konkurrenz zum US-Nachrichtenmonopol CNN eröffnet worden. Er nennt sich Telesur (Television des Südens) und wurde von Venezuela, Argentinien, Kuba und Uruguay gegründet, wobei Brasilien Unterstützung zusagte. Er kann gegenwärtig in 15 lateinamerikanischen Ländern über 53 Kabeldienste und 5 freie Stationen empfangen werden. So ist Telesur z. B. bis in das Innere Boliviens vorgedrungen, wo schwere Klassenkämpfe stattfinden. Das gegen die Dominanz von CNN gerichtete Motto des neuen Senders heißt „Nachrichten aus dem Süden“. Die Station verbreitet Informationen, Interviews, Augenzeugenberichte, Filme, Dokumentationen und Programme der Volkskultur. Anstelle von kommerzieller Werbung bringt sie zwischen den Pro-

grammen Musikeinlagen. Sie beschäftigt bereits 12 ständige Korrespondenten mit Büros in Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Kuba, Haiti, Mexiko und den Vereinigten Staaten von Amerika. Im Volksmund wird Telesur schon als die „kleine lateinamerikanische Schwester von Al-Jazeera“ bezeichnet – jenes Senders, der sich in der arabischen Welt gegen das imperialistische Informationsdiktat wendet.

Angesichts der Tatsache, daß es gegenwärtig etwa 35 000 Fernsehstationen in der Welt gibt, mögen die derzeitigen Ausmaße von Telesur bescheiden anmuten. Doch immerhin: Der Sender kann inzwischen – außer in Südamerika – auch im Norden des Kontinents, in Westeuropa und Nordafrika über einen holländischen Satelliten empfangen werden.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Die von der NATO forcierten und inszenierten Kiewer November-Dezember-Ereignisse vor einem Jahr haben eine Situation verdeutlicht, deren Ursachen im Ausland weitgehend unbekannt sind.

Die Ukrainer blicken auf eine kompliziertere Geschichte zurück. Von allen Völkern der früheren UdSSR brauchten sie am längsten, bis sie 1945 in der zweitgrößten Sowjetrepublik zusammengeschlossen waren. Dieses Land hatte etliche Eroberer gesehen: Polen, Türken, Mongolen und andere Khane, Schweden, Ungarn, Österreicher, Rumänen, Deutsche, sogar Engländer und Franzosen. Am längsten litt es unter polnischer Adels Herrschaft. Seit dem 11. Jahrhundert wurden von ihr schrittweise Gebiete bis östlich des Dnjepr annektiert. Um Ukrainer der russisch-orthodoxen Kirche zu entreißen, schuf der Papst 1596 die griechisch-katholische Kirche. Niemals Mehrheitskirche, verfügte sie doch über beträchtlichen Einfluß. Sie verlieh ihren ukrainischen Gläubigen ein Gefühl moralischer Privilegierung gegenüber ihren orthodoxen Landsleuten, so daß sie sich schon damals dem „westeuropäischen Kulturkreis zugehörig“ fühlen durften. 1946 wurde diese Kirche von der Sowjetmacht aufgelöst, nach dem Untergang der UdSSR aber sofort reaktiviert. Ihrer Stärkung diente auch der Besuch des polnischen Papstes in Lwow, nachdem es ihm nicht gelungen war, die orthodoxe Kirche an Rom zu binden. Deren Geistlichkeit war daher nicht zufällig im „orangenen Kiew“ auf der Tribüne präsent.

Unter den Polen kam es zu weitreichenden sozialen Strukturveränderungen. Der Adel verhinderte die Herausbildung eines sich emanzipierenden Städtebürgertums. Diese Funktion übernahmen von den Herrschenden direkt abhängige Juden. In der dicht besiedelten Westukraine lebte über ein Drittel der polnischen Juden, die in den Städten oft mehr als die Hälfte der Einwohner ausmachten. Vertreter dieser Bevölkerungsgruppe verwalteten die Güter ihrer polnischen Herren, trieben für sie Geld und Abgaben ein, forderten Arbeitsleistungen ab, besaßen die meisten Handelseinrichtungen, Handwerksbetriebe, Versicherungen, Banken und Unternehmen, waren führend beim Kauf und Verkauf landwirtschaftlicher Produkte und als Wirtshauspächter überall zugegen. Ukrainer, die hinter dem Dnjepr als Kosaken ein ungebundenes Leben führen wollten, flohen nicht zuletzt vor diesen Gläubigern. Zudem stellten Juden hier den größten Teil der Intelligenz, mit dem die schwache ukrainische Intelligenz nicht konkurrieren konnte. Sie unterhielten zu Ukrainern oft sozialökonomisch brisante Kontakte und galten dadurch als Personifizierung polnischer Fremdherrschaft. Von vielen Werktätigen wurden sie als Existenzbedrohung empfunden. Dabei ging die Tatsache unter, daß es natürlich auch nicht wenige jüdische Arbeiter und Kleinbürger gab. Der latente Antisemitismus, der historische Wurzeln hatte, führte dazu, daß in der Westukraine die meisten Pogrome an Juden in der

Zeit vor dem Holocaust stattfanden. Beim Volksaufstand unter Bogdan Chmelnitzki im 17. Jahrhundert, der den Rückzug der Polen aus der Ukraine einleitete, kam es zum bisher größten Massaker an Juden in Europa nach dem Mittelalter (100 000 Tote).

Nach 600 Jahren mußten die Polen das Feld dem erstarkten Rußland überlassen, gegen das sich im 19. Jahrhundert eine kleinbürgerlich-nationalistische Bewegung herausbildete. Zentrum des ukrainischen Nationalismus wurde und blieb bis heute das von Österreich annektierte Ostgalizien (Südwestukraine um die Stadt Lwow). Da Wien dem Zaren weitere Gebiete abnehmen wollte, wurden ukrainische Nationalisten besonders gefördert.

Die Oktoberrevolution machte die politische Teilung der Ukraine offensichtlich. Während in der Ostukraine mit ihrer

vor allem bourgeoise und antisowjetische Kräfte, aus der Westukraine aus. Leitende Positionen wurden Ostukrainern, Russen und nicht zuletzt jüdischen Kommunisten übertragen. Auch das verstärkte den Haß vieler Westukrainen auf die Sowjetmacht. Als Monate später die UdSSR von den Nazis überfallen wurde, empfing man deren Truppen vielerorts mit Brot und Salz. Ukrainer beteiligten sich nicht nur an faschistischen Massenmorden, sondern initiierten sie auch. Sie betrafen Juden (etwa 800 000 Tote), Russen und Kommunisten, aber auch polnische Sowjetbürger (100 000 Tote). In ihrer Grausamkeit standen die Bandera-Faschisten den Nazis nicht nach. Zu ihrem Ehrenkodex gehörte „naher körperlicher Kontakt“ mit den Opfern, so daß sie vor allem mit Knüppeln, Eisenstangen, Äxten und Messern töteten. Viele ihrer Opfer waren

Ukraine: Zur Vorgeschichte der „orangenen Revolution“

starken Arbeiterklasse die Sowjetmacht schnell errichtet werden konnte, ergriffen Nationalisten im kleinbürgerlich dominierten Westen die Macht. In den Revolutions- und Bürgerkriegsjahren wurden in der Ukraine allein 70 000 Juden durch Nationalisten und andere Weißgardisten ermordet. Hunderttausende von ihnen flohen nach Polen und Westeuropa. 1920 hatte die Sowjetmacht in den meisten ukrainischen Gebieten gesiegt, doch annektierte Polen ein Drittel der Westukraine, die CSR die Karpato-Ukraine und Rumänien die Nordbukowina.

Die sich nun an Deutschland orientierenden Nationalisten schufen die faschistische OUN und verfügten nicht nur über großen Einfluß in der polnischen, sondern auch in der sowjetischen Westukraine. Daher war bis 1936 nicht Kiew, sondern das ostukrainische Charkow Hauptstadt der Sowjetukraine. Mit der Rückgewinnung der polnischen Westukraine 1939 bekam die UdSSR zusätzliche Probleme. In diesem dichtbesiedelten Gebiet verfügte die OUN unter Stefan Bandera nicht nur über die meisten Mitglieder und Anhänger, sondern auch über eine feste soziale Basis, die in der Zwischenkriegszeit noch angewachsen war: Handwerker, Händler, Großbauern, Angehörige der Intelligenz, kleine Unternehmer usw. Sie wollten keine sozialistische, sondern eine bürgerliche Ukraine. Sie widersetzten sich auf vielfältige Weise vor allem der Kollektivierung in der Landwirtschaft. Die Sowjetorgane siedelten daher etwa 200 000 Ukrainer,

Frauen und Kinder. Gefangene Sowjetsoldaten, Staats- und Parteifunktionäre, Partisanen und andere Anhänger der Sowjetmacht wurden auch mit kochendem Wasser umgebracht.

Der Vormarsch der Roten Armee vertrieb die meisten ukrainischen Faschisten, die sich inzwischen in der UPA (Ukrainische Aufständischenarmee) zusammengeschlossen hatten. Nach Polen geflohene Kräfte wurden in jahrelangen Kämpfen von der dortigen Volksarmee vernichtet. Andere setzten sich nach Westeuropa ab, vor allem in die BRD. Von hier aus nahmen sie mit massiver amerikanischer Hilfe die subversive Tätigkeit gegen die Sowjetukraine wieder auf. Nur durch konzentrischen militärischen Einsatz konnten die faschistischen Untergrundkämpfer schließlich unschädlich gemacht werden. Etwa 500 000 Ukrainer (UPA-Leute, ihre Anhänger und Helfer) wurden danach in Straflager deportiert. Dennoch vermochte die Sowjetmacht nicht alle ukrainischen Kriegsverbrecher, Judenmörder und Kollaborateure zu ergreifen. Der Nationalismus in den Westgebieten war auch in den folgenden Jahren lebendig und fand besonders in Krisenzeiten wieder Gehör. Mit der Perestroika witterten seine Träger Morgenluft. Im November und Dezember 2004 standen UPA-Leute wieder stolz in ihren schwarzen Uniformen und mit blutbefleckten Fahnen auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz, um den vom „Westen“ ausgegebenen Parolen zu folgen.

Stefan Warynski

USA-Rüstungsgiganten dringen auf neue Atomwaffengeneration

Das 2003 in Los Angeles erschienene Buch „Atomgefahr USA. Die nukleare Aufrüstung der Supermacht“ nennt das Risiko, daß die USA Atomwaffen im sogenannten Kampf gegen den Terrorismus anwenden könnten, größer als je zuvor. Unter Verweis auf die Kombination von aggressiver Aufrüstungspolitik und missionarischem Eiferertum innerhalb der Bush-Administration heißt es dort: „Wir steuern rasant auf eine weltweite Katastrophe zu. Im Weißen Haus sitzt ein kampflustiger und schlecht unterrichteter Präsident ..., der von seinem Mitarbeiterstab gesteuert wird, den er aus der Industrie rekrutiert hat und der so viel amerikanische Steuergelder wie nur irgend möglich abschöpfen möchte, um immer exotischere und gefährlichere Waffen damit zu bauen. Die Minister der Regierung Bush gehören zu den aggressivsten und extremsten der jüngsten Geschichte, und alarmierend viele Mitglieder von Bushs Stab haben direkte Verbindung zum Rüstungsriesen Lockheed Martin.“ Nach den Recherchen steht die US-Administration mit ihrer aggressiven Präventivkriegspolitik unter dem Druck der Rüstungsindustrie, Atomwaffen einzusetzen, damit diese neue produzieren kann. Es gebe einen regelrechten Aufrüstungswettbewerb zwischen den einzelnen Waffengattungen. Weiter wird festgestellt: „Die Vereinigten Staaten kamen in Afghanistan dem Einsatz von Atomwaffen bedrohlich nahe, was leicht einen atomaren Gegenschlag hätte provozieren können. Über den Einsatz der schrecklichsten bekannten konventionellen Waffen hinaus empfahl das US-Verteidigungsministerium die Verwendung taktischer Atomwaffen, und einige Kongreßmitglieder rieten dringend zum Einsatz kleiner atomarer ‚Bunker Busters‘. Bushs Berater sprachen sich ebenfalls für die Verwendung von Atomwaffen aus.“

Ausdruck der engen Verbindung zwischen der Bush-Administration und dem militärisch-industriellen Komplex (MIK) sind u. a. die hohen finanziellen Zuwendungen des MIK an die Partei von Bush sowie die Karriere führender Mitarbeiter der Administration. Eine Schlüsselrolle in der Aufrüstung nimmt der „mächtigste Konzern der Welt“, Lockheed Martin, ein. Die Autorin des genannten Buches verweist auf die umfangreichen Entwicklungen von High-Tech-Waffen, wie Benzin-, Cluster- und Streubomben, Bunker busters. Letztere haben eine ähnliche Wirkung wie taktische Atombomben, nur ohne Strahlung. Neben diesen Entwicklungen riefen die USA unter dem Codenamen SS&M (Stockpile Stewardship and Management Program) ein Manhattan-II-Projekt zur gigantischen atomaren Aufrüstung ins Leben: „Auf dem Höhepunkt des kalten Krieges gab Washington im Jahresdurchschnitt 3,8 Milliarden Dollar

für die Entwicklung, Erprobung und Herstellung von Atomwaffen aus. Nun, zwölf Jahre nach dem Ende des kalten Krieges, werden die Ausgaben für ein Projekt, das sowohl gegen den Atomteststoppvertrag als auch gegen den Atomwaffensperrvertrag verstößt, jährlich fünf Milliarden Dollar betragen.“

Das Schreckensszenario eines nuklear geführten Präventivkrieges gegen mißliebige Staaten wird durch eine Vielzahl weiterer Meldungen aus jüngster Zeit verdichtet. Mit dem als „Interim Global Strike Alert Order“ bekanntgewordenen Befehl für den globalen Angriff wies US-Kriegsminister Rumsfeld das US Strategic Command (Stratcom) im Sommer 2004 an, schnellstmöglich ein globales Alarm- und Bereitschaftssystem zum jederzeitigen Angriff auf „feindliche Länder“ zu konzipieren. Neben dem Einsatz konventioneller Präzisionswaffen ist dabei auch der Rückgriff auf Kernwaffen vorgesehen. Dieser Befehl beruht auf einer Direktive von Präsident George W. Bush aus dem Januar 2003.

Folgende Szenarien sind denkbar: „Dem Dokument zufolge könnte ein präventiver Atomschlag auf Staaten oder Extremistengruppen, die einen Angriff mit Massenvernichtungswaffen auf die USA oder verbündete Kräfte planen, ratsam sein.“ Der Einsatz von Nuklearwaffen könne aber auch beschlossen werden, um konventionelle Kriege rascher zu beenden oder den „Erfolg von US- und multinationalen Operationen zu gewährleisten“.



Popularität

Aus: „The Guardian“, Sydney

Auch könnten Atomsprenköpfe zum Einsatz kommen, um Bunkeranlagen mit chemischen und biologischen Waffen beziehungsweise die Kommandozentrale für deren Einsatz zu zerstören. Dabei sollten die USA mit Atomwaffen gegen feindliche Staaten vorgehen, die versuchten, militante Extremisten mit ABC-Waffen auszurüsten“ (Die Welt, 12. 9. 2005).

Zu beachten ist, daß auch hier nach dem Vorbild des Irak-Krieges eine Politik der „nicht verifizierbaren, unterstellten Absicht“ bzw. der Umkehr der Beweislast zum Zuge kommt: Der Angeklagte muß seine Unschuld bzw. die Lauterkeit seiner Absichten (!) beweisen.

Ein Schwerpunkt der nuklearen Angriffsdoktrin ist Iran, wo bereits mehr als 450 strategische Ziele identifiziert wurden. Nach einem Bericht des CIA-Mitarbeiters Philip Giraldi werde „wie zuvor im Fall Iraks ... die militärische Reaktion der Bush-Administration gegen Iran nach einem weiteren schweren Terroranschlag in den USA nicht davon abhängen, ob Iran daran beteiligt ist oder nicht“. Diese Mitteilung deckt sich in bemerkenswerter Weise mit dem im WDR (13. 6. 2005) ausgestrahlten Szenario eines Krieges gegen Iran, das anhand eines Planspieles unter Führung von Sam Gardiner, Oberst a. D. der U.S. Air Force, entwickelt wurde. Es geht von einer durch die Bush-Administration inszenierten Krise aus, um den „Handlungsdruck“ gegen Iran zu erhöhen. Der Medienmechanismus wird wie ein Orchester dirigiert. Nach Auskunft des CIA-Agenten Ray McGovern ist die Vorkriegsphase bereits erreicht. Die Hauptmotivation für den Krieg gegen Iran sind die Interessen Israels! Teheran könne tun, was es wolle, selbst wenn es auf alle Forderungen der USA einginge, man würde ihm niemals glauben“. Eine in dieser Sendung als Nahost-Expertein und Ex-Pentagon-Mitarbeiterin aufgetretene Karen K.“ sagte: „Es stellt sich nicht mehr die Frage ob, sondern lediglich wann der Krieg beginnt. Ein Angriff auf Iran wäre nie so günstig wie heute und muß erfolgen, solange die US-Truppen noch in Irak sind.“

Nach einer bereits am 28. 4. 2005 verbreiteten AFP-Meldung „beabsichtigen“ die USA, Israel hundert ihrer stärksten Bomben zu verkaufen. Nach Angaben des US-Außenministeriums umfaßt das geplante 30-Millionen-Dollar-Geschäft u. a. die GBU-28-„Bunkerbrecher“-Bombe, mit der sich tief im Erdboden versteckte Einrichtungen zerstören lassen. Die israelische Armee wolle ihre F-15-Kampffjets mit diesen Bomben bestücken. Der geplante Rüstungsdeal helfe, „die Sicherheit eines befreundeten Landes zu verbessern“. Rüstungsexperten in Washington vermuten, daß Israel die Bombe bei einem möglichen Angriff auf Atomanlagen in Iran einsetzen könnte.

Dr. Erhard Kegel

Wie die Heuchler Rosa Parks „ehren“

Am 1. Dezember 1955 beging die Afro-Amerikanerin Rosa Louise Parks in Montgomery (Alabama) eine mutige Tat. Sie hatte sich zunächst im Bus auf einen „Nur für Farbige“ bestimmten Platz gesetzt. Als viele Weiße einstiegen, nahm der Fahrer das Schild ab und befestigte es einige Reihen weiter hinten. Vier schwarze Passagiere wurden aufgefordert, ihre Sitze deshalb aufzugeben und Weißen zur Verfügung zu stellen. Drei von ihnen folgten der Anweisung, Rosa Parks – 42 und bereits seit vielen Jahren in der Bürgerrechtsbewegung aktiv – wich nicht. Sie wurde festgenommen und wegen „zivilen Ungehorsams“ vor Gericht gestellt. Obwohl sie nur eine Geldstrafe von 14 Dollar erhielt, löste ihr Fall eine zunächst lokale und dann landesweite Bewegung aus. In Montgomery bildete sich eine Vereinigung zur Verbesserung der Lage der Schwarzen, die einen Boykott des örtlichen Busunternehmens ins Leben rief. An seine Spitze stellte sich ein damals unbekannter junger Prediger namens Martin Luther King. Der Kampf war erbittert. Nach vereinten Bemühungen, das Transportunternehmen zur Aufgabe seiner rassistischen Politik zu bewegen, und nachdem eine Reihe von niedrigeren Instanzen die Klage



abgewiesen hatte, erklärte der Oberste Gerichtshof der USA am 13. November 1956 die Rassentrennung in Bussen für ungesetzlich. 50 Jahre danach wurde Rosa Parks, die am 24. Oktober 2005 starb, in den USA wie eine Nationalheldin geehrt. Die ganze Sippschaft der Rassisten von einst und heute – bis zum Präsidenten der Vereinigten Staaten – gab sich geläutert und

drückte Stolz auf die „tapfere Frau aus dem Volk“ aus, obwohl es bis jetzt rassentrennte Schulen gibt. Bush ließ es sich nicht nehmen, einen Kranz zu Ehren von Martin Luther King niederzulegen und am nächsten Tag ein Gesetz zur Untergrabung der Bürgerrechte in den USA einzubringen. Condoleezza Rice verneigte sich tief vor Rosa Parks. Nur einen Tag später nominierte ihre Regierung den rechtsextremen Rassisten Samuel A. Alito für den Obersten Gerichtshof.

„Die Heuchelei wird besonders durchsichtig angesichts der Tatsache, daß Washington noch immer junge Amerikaner zum Sterben in einem illegalen Krieg nach Irak schickt“, konstatierte die New Yorker Wochenzeitung „People’s Weekly World“. Die „Ehrungen“ der Bürgerrechtskämpfer von einst würden durch dieselben Leute vorgenommen, die das Los Zehntausender armer, meist schwarzer oder farbiger Menschen ignoriert hätten, welche durch die Hurrikans Katrina und Wilma um alles gebracht worden seien. Für das andere Amerika aber bleibt Rosa Parks, die sich nie als Heldin betrachtet hat, die „Mutter der Bürgerrechtsbewegung“. **R. F., gestützt auf „People’s Weekly World“, New York**

Joe Hill: „Trauert nicht, organisiert Euch!“

Der Liedermacher, Arbeiter und Gewerkschaftsorganisator Joe Hill wurde weltweit berühmt, nachdem ihn ein Gericht in Salt Lake City (Bundesstaat Utah) wegen eines Mordes, den er nicht beging, zum Tode verurteilt hatte. Erst nach der Erschießung des Klassenkämpfers wurde der wirkliche Täter bekannt und das Urteil aufgehoben. Während des Prozesses standen überall in den USA, aber auch in anderen Ländern Postenketten derer, die das Opfer einer blindwütigen arbeitgeberfeindlichen Justiz verteidigten. Sie waren von den Industrial Workers of the World (IWW) – einer damals legendären Gewerkschaft – organisiert worden. In ihnen sang man die berühmtesten Lieder Joe Hills, der 1879 in Schweden als Joel Hägglund geboren worden und unter armseligsten Bedingungen als eines von sechs überlebenden Kindern einer Arbeiterfamilie aufgewachsen war. 1902 wanderte Hill in die Vereinigten Staaten aus. Er mußte viele Hilfsjobs annehmen und wurde immer wieder, weil er auf der schwarzen Liste der Unternehmer stand, gefeuert. Das hielt ihn nicht davon ab, sich mit ganzer Kraft für die IWW einzusetzen, denen er 1910 in Kalifornien beigetreten war. Hills Lieder gehörten zu ihrer Kampfausrüstung, besonders „Casey Jones“, der Song, der den Streikbruch gegen die Gewerkschaften aufs Korn nahm. 1911 beteiligte sich Hill an einem Versuch

zum Sturz des mexikanischen Diktators Porfirio Diaz, der scheiterte. Zwei Jahre später arretierte ihn die amerikanische Polizei bei einem Streikkampf der Dockarbeiter im kalifornischen San Pedro. Am 10. Januar 1914 klopfte er in Salt Lake City zu nächtllicher Stunde an die Tür eines Arztes, weil ihn der Mann einer angeblich durch Hill belästigten Frau mit einer Shotgun angeschossen hatte. Am Abend desselben Tages wurden in einem anderen Teil der Stadt ein Lebensmittelhändler und sein Sohn getötet. Bevor der Sohn starb, fügte er einem der Angreifer eine Schußwunde zu. Daraus schlußfolgerte die Justiz, daß Hills Verletzung von diesem Schußwechsel stamme. Da er kein Alibi hatte und als Aufrührer ohnehin bei der Klassenjustiz verhaßt war, verurteilte ihn die Geschworenenjury aufgrund einer polizeilichen Konstruktion kurzerhand zum Tode. Am 19. November 1915 fiel er unter den Kugeln des Hinrichtungskommandos. Es hatte ihm nichts genützt, daß selbst die Tochter eines Kirchenpräsidenten, der AFL-Vorsitzende Samuel Gompers, der schwedische Botschafter in den USA und sogar Präsident Woodrow Wilson für ihn eingetreten waren. Im Tod gelangte Hill zu noch größerer Berühmtheit als im Leben. An den herausragenden Gewerkschaftsführer und Kommunisten Bill Haywood schrieb der Verurteilte kurz vor der Hinrichtung:

„Mach’s gut, Bill. Ich sterbe als ein wahrer Rebell. Verschwendet keine Zeit mit Trauern, organisiert euch!“ Ein Mitglied des Exekutionskommandos berichtete später, Hill habe selbst den Feuerbefehl gegeben. In Chicago nahmen Tausende



an der Abschiedsfeier teil, hörten Hills berühmten Song vom „Rebellenmädchen“. Entsprechend seinem Wunsch wurde die Asche an die IWW-Büros in sämtlichen Bundesstaaten außer Utah geschickt. Die Kuverts öffnete man im Beisein von 30000 Menschen am 1. Mai 1916. Der Inhalt wurde in alle Winde verstreut. Paul Robeson, die Stimme des anderen Amerika, hatte stets das Lied auf Joe Hill in seinem Repertoire. **R. F., gestützt auf „People’s Voice“, Kanada**

Eigentlich war doch die DDR der totale Überwachungsstaat im Bewußtsein der BRD-Bürger, was auch pausenlos täglich und nachts in den Bildmedien und allen Zeitungen, vornehmlich in der „Blöd-Zeitung“, in die Herzen und Hirne mit Häme gehämmert wird. Polizeistaat mit absoluter und ständiger Polizei-Präsenz auf Straßen und Plätzen. Abschnittsbewollmächtigte und sogenannte Streifenhörnchen paßten auf, daß keiner betrunken im Zickzack fuhr auf den Straßen des Sozialismus. Hausgemeinschaften wählten eine Hausgemeinschaftsleitung und kämpften um die Goldene Hausnummer, die schönsten Vorgärten und den Frieden im Block. Ruhestörer mußten Rede und Antwort stehen, zu laute Motorräder wurden mit Schalldämpfern versehen. Junge Pioniere mit ihren Timur-Trupps sammelten Altpapier, halfen alten Leuten, brachten ihnen schwere Einkäufe die Treppe hoch, führten Hunde aus. Besuche von längerer Dauer mußten im Hausbuch eingetragen werden. Dieses wurde von der Hausgemeinschaftsleitung im eigenen Interesse gewissenhaft geführt und gelegentlich vom ABV kontrolliert, die Meldepflicht wurde ernst genommen, der Personalausweis mußte ständig mitgeführt werden. Man wußte auch, wie viele Kinder im Hause lebten, Spielplätze wurden gemeinschaftlich angelegt, man hatte

Einst und heute

genaue Kenntnis, wo ein Baby unterwegs war, um zum freudigen Ereignis gratulieren zu können. Öfter klingelte jemand, der Geld für die Volkssolidarität oder für Nelson Mandela oder andere vom Imperialismus Eingekerkerte in aller Welt sammelte. Man bat ihn herein, kramte in Jackentaschen oder in der Büchse auf dem Küchenschrank, gab einen Obolus, unterschrieb, und der Besucher ging mit der Liste weiter wie durch gläserne Wohnungen in gläsernen Häusern. Manche ältere schwerhörige Leute ließen sogar die Schlüssel in den Türen stecken, Straßenschuhe standen eh vor den Wohnungstüren.

Am Bahnhof Plänterwald in Berlin-Treptow passierte in den 70er Jahren ein schrecklicher Autounfall mit tödlichem Ausgang und Fahrerflucht. Ein paar Tage später hatte man den Kerl. Die Aufklärungsquote bei Straftaten soll fabelhaft gewesen sein. Zwischen Berlin, Hauptstadt der DDR, und Potsdam fiel kein Apfel unbemerkt zur Erde, und er wurde gefunden, falls er vergiftet war. Das Leitbild der Menschen war der sozialistische Humanismus, der vor allem etwas mit Vernunft zu tun hatte, mehr oder weniger, bis zur sogenannten Wende.

Jetzt gibt es das alles nicht mehr, wo man hinsieht und anhört ist Vereinzelung, Vereinsamung, soziale Kälte, Ellenbogengebrauch, und vor allem und immer wieder Arbeitslosigkeit oder Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zu spüren. Die Menschen kapseln sich ab, bringen schwere Schlösser an den Türen an, verbarrkadiern sich, wenden sich vom Nachbarn und vom Mitmenschen ab, ganz gleich in welcher Not der sich befindet, Kinder werden als Ballast und als hinderlich bei der Arbeitssuche betrachtet, Schwangere nirgendwo eingestellt, Kinderreichtum gilt als asozial und benachteiligt die Familien. Man will nichts hören und nichts sehen, rette sich, wer kann, bloß irgendwie durchkommen ist die Devise. Und immer schön die Türen zuhalten, denn vor der Tür stehen hauptsächlich Lügner, Trickbetrüger, Mitglieder von Drückerkolonnen, barfuß oder mit Lackschuh, egal, alle wollen nur andrehen, werben, verkaufen, und dafür lügen und betrügen sie. Schlimmstenfalls tun sie es mit Nötigung und Gewalt. Das ist die Atmosphäre einer Gesellschaft, in der Chimären entstehen, wo der Schlaf Ungeheuer gebiert.

Manfred Hocke

Wie Merkel & Co. für eine „bessere DDR“ stritten

Am 18. November hat Genosse Egon Krenz auf einer Veranstaltung der Berliner Regionalgruppe des „RotFuchs“-Fördervereins zu den Ereignissen im Jahr 1989 gesprochen. Allein der überfüllte Große Hörsaal der früheren Hochschule für Ökonomie zeigte das rege Interesse am gewählten Thema. Der Redner wurde sehr herzlich aufgenommen. Auch ich möchte ihm danken.

Sicher war es ein ganzes Bündel von Ursachen, die zur damaligen Situation führten. Die Folgen werden die deutsche Linke sicher noch jahrzehntelang beschäftigen.

Trotzdem lassen wir „RotFüchse“ uns nicht entmutigen und kämpfen weiter um die erforderliche Klarheit sowie um die Einigung der Kräfte auf marxistischer Grundlage. Wir halten unverrückbar an unserer Weltanschauung fest.

Die Massen, die damals auf die Straße gingen und den Rattenfängern folgten, waren von den Motiven her breit gefächert und von ihrer Zielsetzung inhomogen. Viele von ihnen wollten das Ergebnis, das dann eintrat, so nicht. Heute möchten etliche in jenen Tagen gar nicht dabei gewesen sein.

Und die selbsternannten Bürgerrechtler? Was aus ihnen im einzelnen geworden ist, dürfte hinlänglich bekannt sein. Darunter waren einige, die ihre Fahne mehrfach in den Wind drehten und ihre Gönner

wechselten, bis sie sich im Besitz sicherer Pfründe glaubten. Andere haben, soweit sie ehrlich waren, längst resigniert. Der Rest stahl sich still und leise aus der Verantwortung.

Ihre Losungen von damals blieben Schall und Rauch. Statt Demokratie gab es Demagogie, statt Diktatur des Proletariats (ja, darüber kann man heute trefflich streiten!) kam die Diktatur des Kapitals. Heute hat, um nur ein Beispiel anzuführen, ein sogenannter Arbeitgeberpräsident mehr Macht im Lande als Kanzlerin, Präsident und Parlament zusammen. Was er und seine Riege verlangen, wird früher oder später, manchmal etwas abgemildert, als Staatspolitik in Form von Gesetzen zum Nachteil der schwächsten Gruppen der Bevölkerung umgesetzt.

Sehen wir uns einige 89er Losungen heute an, kommen uns ob ihrer Blauäugigkeit und ihrer offensichtlichen Unbedarftheit fast Tränen der Rührung.

Zum Beweis seien zwei Beispiele von Gruppierungen angeführt, die in derzeitigen Regierungsparteien aufgegangen sind: Angela Merkel kam vom „Demokratischen Aufbruch“. Dieser verkündete u. a.: „Es geht darum, daß die Menschen das Leben ... (in der DDR!) wieder bejahen können ... Wir brechen auf zu einer offenen, mündigen, demokratischen Gesellschaft!“ Und ein letzter Satz dieser bald wieder von der

Bildfläche verschwundenen Truppe sollte nicht vergessen werden: „Zu einer ehrlichen, sozialen Politik, die die erklärten Prinzipien sozialer Gerechtigkeit unserer Gesellschaft bejaht, aber gerade deshalb die entstandenen Ungleichheiten, Privilegien, Sozialkonflikte und Härten mit aller Deutlichkeit bewußtmacht, um gerechtere Zustände herbeizuführen!“

Na, brechen Sie auf, Frau Merkel! Das gibt doch den Hartz-IV-Empfängern, den Rentnern und anderen bevorzugten Gruppen der Gesellschaft wieder Hoffnung!

Oder hören Sie zu, Herr Müntefering, was die „Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei in der DDR“ in jenen Tagen zu verkünden hatte: „Viele warten darauf, daß sich etwas ändert ... Wir fordern ... soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopol-Verbot zur Verhinderung undemokratischer Konzentration ökonomischer Macht ...“

Genug damit, obwohl sich die Kette der Beispiele beliebig fortsetzen ließe.

Fazit: Das Volk wurde 1989 über die wahren Absichten getäuscht und mit Erfolg hinters Licht geführt. War „man“ doch in der Öffentlichkeit mehrheitlich – hinter den Kulissen sah das natürlich ganz anders aus – nach eigenem Bekunden dazu angetreten, eine „bessere DDR“ ins Leben zu rufen.

Alfred Kutschke

Käte und Hermann Duncker waren zwei Kenge Mitstreiter von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht auf dem linken Flügel der Vorkriegssozialdemokratie und später namhafte Kommunisten. Ihre erstmals veröffentlichten Briefe aus den Jahren 1915 bis 1917 sind aufrüttelnde Zeugnisse gegen den imperialistischen Krieg. Der Pahl-Rugenstein-Verlag legt mit der Korrespondenz zwischen Käte und Hermann aus bewegter Zeit, herausgegeben von Prof. Dr. Heinz Deutschland, ein außergewöhnliches, für die Gegenwart höchst aktuelles Buch vor.

Mit dem Briefwechsel zeichnen die Dunkers, zwei hochgebildete Marxisten und Lehrer der deutschen Arbeiterbewegung, ein Bild des Krieges an der Front und in der Heimat mit all seinen schrecklichen Gesichtern, bis hin zur psychischen und moralischen Verkrüppelung der Menschen, die weit über die körperlichen Leiden hinausgeht. „Der Krieg“, schrieb Hermann an Käte, „ist eine entsetzliche Schule des Verbrechens.“

Die innenpolitischen Turbulenzen der vorgezogenen Bundestagswahl vom 18. September 2005 lenkten leider die Aufmerksamkeit von anderen, langfristig wirkenden Ereignissen ab, auch von der Militärpolitik. Es war z. B. eine Anmaßung ohnegleichen, daß die gerade abgewählten Bundestagsabgeordneten in buchstäblich

Zum Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker

letzter Minute noch eine Entscheidung fällten, die BRD solle weiterhin eine kriegsführende Partei in Afghanistan bleiben. Damit wurde erneut das Grundgesetz gebrochen und der „Auftrag“ der auf 3000 Soldaten aufgestockten Interventions-truppe erweitert.

Man muß sich fragen, ob die Einsätze der Bundeswehr auf dem Balkan, am Horn von Afrika und in Afghanistan den Frieden – wie behauptet wird – „sicherer machen“. Das Gegenteil ist der Fall. Die Regierenden beklagen die nur durch immer neue Kreditaufnahmen zu „bewältigende“ Staatsverschuldung, doch der Rüstungsetat für 2006 sieht erneut 24 Mrd. Euro vor.

Käte und Hermann Duncker haben gegen eine solche Entwicklung gekämpft. Sie blieben auch während des Ersten Weltkrieges nicht untätig. Käte gab in vielen Veröffentlichungen eine marxistische Bewertung der Ursachen des Völkermordens. Sie wies nach, daß diese allein in den Profitinteressen des Kapitals und in den zwischenkapitalistischen Widersprüchen zu suchen seien. Hat sich das etwa seitdem geändert?

Als Hermann im Herbst 1915 mit immerhin schon 41 Jahren eingezogen wurde, setzte er seinen Kampf gegen Krieg und Militarismus, für einen revolutionären Ausweg mutig fort. Lenin würdigte seine Ausarbeitungen für die Partei als „unbedingt richtig“. An der Bildung der „Gruppe Internationale“ (März 1915) nahm Hermann Duncker vor allem über seinen umfangreichen Briefwechsel mit Käte teil. Heinz Deutschland und seine Frau Ruth vermitteln mit der vorliegenden Publikation einen tiefen Einblick in die Gedankenwelt zweier eng miteinander verbundener Menschen, die sich dem Kriegsgeschehen in vorderster Front widersetzen. Viele Überlegungen des Briefwechsels berühren auch die Menschen dieser Tage. Dem Herausgeber und dem Verlag ist für ihre engagierte und sachkundige Arbeit zu danken.

Dr. Hans Küstner

„Ich kann nicht durch Morden mein Leben erhalten.“ Briefwechsel zwischen Käte und Hermann Duncker 1915–1917. Pahl-Rugenstein-Verlag, Bonn 2005, 188 S., 19,90 Euro, ISBN 3-89144-364-1

Der olle Hitler soll sterben!“, das war der Aufschrei eines 12jährigen Mädchens nach Passieren der deutschen Grenze. Das Buch unter diesem Titel von Anja Salewski beschämt das deutsche Volk zutiefst, denn es sah den Naziverbrechen gegen die jüdischen Bürger zumeist schweigend zu und beteiligte sich vielfach daran.

Immer wieder liefen mir beim Lesen die Tränen übers Gesicht. Und wenn man heute weiß, daß sechs Millionen jüdische Menschen ohne Grund von den Nazis in den Jahren 1933 bis 1945 ermordet wurden, dann gewinnt die Rettungsaktion von Seiten der Briten für 10 000 Kinder in den Jahren 1938/39 unsere besondere Sympathie und Hochachtung. Es ist an der Zeit, England für diese humanistische Tat zu danken.

Viele der einstigen Kinder, die heute längst erwachsen und zumeist in hohem Alter sind, kommen im Buch erstmals zu Wort. Nicht wenige sagen aus, sie hätten ihr ganzes Leben lang ein Schuldgefühl in Gedanken an ihre von den Nazis umgebrachten Familien gehabt. Manche Kleinen meinten sogar, Mama und Papa hätten sie verstoßen. Erst später begriffen sie, welch großes Opfer und Leid den Eltern die Trennung von ihren Kindern brachte. Nur ein Wunsch trieb Mütter und Väter dazu: „Wir wollten wenigstens unsere Kinder vor der Ermordung durch das Hitlerregime retten!“

Die Jüngsten waren erst zwei Jahre alt, als die unter schwierigen Bedingungen organisierte Aktion stattfand. Die Drei- und Vierjährigen trennten sich am Zug

Wie 10 000 jüdische Kinder durch Briten gerettet wurden

unter heftigem Weinen von ihren Eltern und riefen noch tagelang im „neuen Heimatland“, dessen Sprache sie nicht kannten, nach ihnen.

Bisher erfuhren wir über die beispiellose Rettungsaktion von Engländern für jüdische deutsche Kinder kaum etwas. Anja Salewski, die 20 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg in Bremerhaven geboren wurde, gebührt großer Dank, sich dieser wichtigen Thematik angenommen und die schwierigen Recherchen bewältigt zu haben. Englische Familien, Schulen, Landheime und Organisationen bereiteten den deutschen Kindern eine liebevolle Aufnahme. Über viele Jahre gaben sie ihnen Betreuung und das Gefühl, ein neues Zuhause gefunden zu haben. Sie lernten die englische Sprache, genossen zumeist eine gute Schulbildung und absolvierten oftmals auf Kosten der Pflegeeltern ein Studium. Schwer wurde es für die Kinder und deren neue Eltern, als der Krieg zwischen Deutschland und England begann und die Briten unter deutschen Fliegerangriffen litten. Manche der herangewachsenen Jungen meldeten sich freiwillig zur englischen Armee und kamen nach dem Sieg der Alliierten als Soldaten oder Offiziere in das in Trümmern liegende Berlin oder nach München. Ihr Wiedersehen wurde zur Begegnung mit der Vergangenheit, mit

Kindheitserlebnissen und innerer Angst, dem Abschied von ihren Familien. Sie erinnerten sich der Trauer um Vater, Mutter, Geschwister, Großeltern, die sie nie wiedersahen, deren Gräber sie niemals besuchen konnten, über deren Ermordung in Konzentrationslagern kaum Genaueres zu erfahren war. In vielen Familien sind mehr als hundert Mitglieder in Theresienstadt, Dachau und Auschwitz umgekommen. Nur einzelne der deportierten einstigen Kinder konnten es übers Herz bringen, für ihr weiteres Leben nach Deutschland zurückzukehren.

Es ist ein Buch, das die Befreiung vom Hitlerfaschismus in ihrer Bedeutung für uns Deutsche noch einmal unterstreicht. Deutlich zeigt es den hohen Wert antifaschistischer Solidarität. Zugleich ermahnt es uns heute, im Protest und Widerstand gegen jegliche nazistische Propaganda und Aufmärsche rechtsradikaler Organisationen nicht nachzulassen. Wir müssen wachsam sein und energisch das Verbot aller Aktivitäten dieser Art fordern!

Dr. sc. Helga Ewert

Anja Salewski: Der olle Hitler soll sterben! Erinnerungen an den jüdischen Kindertransport nach England, List-Taschenbücher bei Ullstein, München 2002, 282 Seiten, 8,95 €

Marx-Illustrator

Hugo Gellert

Hugo Gellert: Karl Marx' „Kapital“ in Lithographs. Ray Long & Richard R. Smith, New York 1934. 126 S. mit einem Porträt von Karl Marx und 60 ganzseitigen Abbildungen nach Lithographien, Leinen, 18,5 x 26 cm

Wie in seinen folgenden Büchern (Comrade Gulliver, 1935; Aesop Said So, 1936; Henry A. Wallace: Century of the Common Man, 1943) hat Gellert schon im ersten Hauptwerk eine ebenso schlichte wie überzeugende Gestaltung gewählt: Einer mehr oder weniger langen Textstelle (hier von Gellert ausgewählte Zitate aus dem „Kapital“) auf der linken Seite stellt er auf der rechten Seite seine grafische Interpretation gegenüber. Das Buch, gedacht als Einführung in das Studium von Marx, folgt der Gliederung des Originals und bewahrt seine Einheit. Während die Grafiken im Buch selbst schwarz reproduziert sind, leuchtet das Rot der doppelseitigen Vorsatz-Illustration zur Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ um so mehr. Zuerst publiziert wurden die Lithographien 1933 in einer Mappe im Verlag von E. Desjobert, Paris. Ob es zu der vom Verlag Long & Smith angekündigten russischen Ausgabe gekommen ist, konnte bisher nicht ermittelt werden. **me.**



Aus dem Vorwort:

„Das Kapital“ ist unser Wegweiser. Wie ein Röntgenstrahl macht es das unterhalb der Oberfläche verborgene sichtbar. Ich hoffe, daß das unsterbliche Werk von Karl Marx in dieser Kurzfassung den Massen zugänglich wird: der großen Armee der Arbeitslosen und der landlosen Bauern; den

Arbeitern in den Fabriken und Schächten, allen, die von der Arbeit ihrer Hände oder ihres Kopfes leben. Dieses Buch ist für sie gemacht. Alles, was auf der Erde existiert, hängt davon ab: „Arbeit ist eine notwendige Bedingung aller menschlichen Existenz – und eine, die unabhängig ist von den Formen der Gesellschaft. Sie ist durch die Jahrhunderte eine Notwendigkeit, die uns durch die Natur selbst auferlegt wird, denn ohne sie kann es keinen Austausch von Materie zwischen Mensch und Natur geben – in einem Wort, kein Leben.“

Die Übersetzung der revolutionären Ideen des „Kapitals“ in eine grafische Form war für mich eine Quelle der Inspiration und der Anregung. Auch andere revolutionäre Künstler könnten in den Arbeiten der großen Führer der Arbeiterklasse [...] eine Fülle an Material für ihre besten schöpferischen Bemühungen finden. [...] In diesem Buch haben wir nur die allerwichtigsten Teile des Originaltextes wiedergegeben, aber mit Hilfe der Zeichnungen ist alles Notwendige für das Verständnis der Grundlagen des Marxismus enthalten.

Hugo Gellert
(7. November 1933)

Der [bis zu seinem Tod] in den Vereinigten Staaten lebende Künstler ungarischer Abstammung Hugo Gellert [3. 5. 1892 bis 6. 12. 1985] unternahm die schwere Aufgabe, das epochale Werk von Karl Marx, „Das Kapital“, zu illustrieren. Zunächst kann man sich kaum vorstellen, daß es möglich sein soll, dieses wissenschaftliche Werk auch grafisch zu interpretieren. Doch nach gründlichem Studium wird klar, daß das „Kapital“ nicht nur ein ökonomisches Fachbuch ist, sondern zugleich eine beispiellose Synthese angehäuft menschlichen Wissens und seine Fassung in ein philosophisches System. Und so gesehen scheint das Problem, dieses Werk zu illustrieren, viel eher lösbar. Die ökonomischen Konsequenzen von Marx sind gerade deshalb stichhaltig, weil sie die Entwicklung der Menschheit in ihren vielseitigen Zusammenhängen aufdecken und die Ursachen der Veränderung der wirtschaftlichen Basis und ihrer Folgen vielschichtig erhellen.

So konnte Gellert im „Kapital“ eine Vielzahl von Motiven finden, die sich künstlerisch erfassen und darstellen läßt. Besonders historische Beispiele, wie die Schilderung des sozialen Milieus, die ideologischen Auseinandersetzungen in den Klassengesellschaften, der leidenschaftliche und unerschrockene Kampf des Proletariats, boten dank-

bare Themen. Es war schon immer problematisch, Begriffe und abstrakte Feststellungen bildhaft zu veranschaulichen, obwohl gerade diese Mitteilung



außerordentlich wirksam sein kann für das Bewußtmachen letzter Wahrheiten und weitverzweigter Kenntnisse. Ideologische Aussagen in der bildenden Kunst können oft nur mit Hilfe symbolischer Elemente transparent gemacht werden. Werkzeug, Hände, Fesseln oder der Geldsack setzen in den Illustrationen von Hugo Gellert einen langen Assoziationsstrom in Bewegung, der letztlich zur konkreten Ausdeutung der Wirklichkeit führt. Die Initiative des Künstlers ist deshalb von so großer Bedeutung, weil er dazu beitrug, die revolutionären Ideen des „Kapitals“ mit grafischen Mitteln zu verbreiten, weil er in verständlicher Handschrift auf die Bedeutung der marxistischen Weltanschauung hinweist, die Ursachen des Klassenkampfes dem Betrachter plastisch vor Augen führt und die Perspektiven der Befreiung der werktätigen Menschheit eindrucksvoll erschließt. Die Gestalten Gellerts, die gesellschaftliche Klassen symbolisieren, strahlen Tatendrang, Solidarität und Entschlossenheit aus. Ausgebeutete Arbeiter sowie schwer schuftende Bauern z. B. sind trotz ihres schweren Loses, trotz Verfolgung und Leid, Elend und Grausamkeiten optimistisch und voll Hoffnung auf eine bessere, eine sozialistische Zukunft.

Die Blätter wirken monumental. Obwohl die straffen und konstruktiven Formen meistens statisch anmuten, enthalten sie eine starke innere Spannung. Hugo Gellert erhielt die ersten Anregungen für seine künstlerische Formensprache von der Plakatkunst der Ungarischen Räterepublik 1919. Diese Impulse bereicherte er mit Phantasie und Schöpferkraft. Seine gedregenen proletarischen Gestalten schreckten ein halbes Jahrhundert die Bourgeoisie und schockierten den bürgerlichen Geschmack. Dabei zeigen seine Lithographien nichts Erschreckendes oder Drohendes, sondern aus ihnen spricht die unbeirrbar Haltung des Volkes, das seine historische Mission, den Kampf um die gesellschaftliche Gerechtigkeit, erfüllt.

Timót Budai
(in „Művészet“, Heft 2/1968)

Er war im 20. Jahrhundert ein fortschrittlicher Schriftsteller, Philosoph, Kunstwissenschaftler und prominenter Vertreter der Öffentlichkeit Indiens. Mulk Raj Anand erblickte vor 100 Jahren, am 12. Dezember 1905, als Sohn eines Kupferschmieds das Licht der Welt. Er studierte Philosophie, Kunst- und Literaturgeschichte in England und promovierte 1929 in London, wo er A. Huxley, Ch. Candwell und T. S. Eliot begegnete. Anand nahm 1935 als Vertreter Indiens am Internationalen Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur in Paris teil und stand später als Journalist an der Seite der Internationalen Brigaden in Spanien. Er lehrte zunächst als Dozent in London und Varanasi und wurde 1962 Professor für Kunstwissenschaften in Chandigarh. In seinen Romanen, die er seit Mitte der



dreißiger Jahre schrieb, schilderte er mit tiefem Realismus das schwere Leben der indischen Volksmassen. Er setzte sich kritisch mit dem britischen Kolonialismus und dem indischen Kastensystem, mit Duodezfürsten und Wucherern auseinander.

Mulk Raj Anand veröffentlichte seit Mitte der dreißiger Jahre seine vielfach ins Deutsche übertragenen Romane wie „Der Unberührbare“ (1935), „Kuli“ (1936), „Zwei Blätter und eine Knospe“ (1937) und eine

Trilogie über das dörfliche Leben. In Deutschland wurde er vor allem mit seinem Roman „Kuli“ bekannt, der in mehr als fünfundzwanzig Sprachen übersetzt wurde. Gestaltete er in diesem das Leben des indischen Stadtproletariats in den dreißiger Jahren, so widmete er sich in „Zwei Blätter und eine Knospe“ den

ländlichen Arbeitern auf den indischen Teeplantagen. Der zuletzt genannte Roman erschien 1959 erstmals in deutscher Sprache. Er enthielt einen bitteren Schluß und ließ das nahe Ende der britischen Kolonialherrschaft ahnen. Deshalb ließ die britische Regierung diesen Roman bis 1946 in England und Indien verbieten.

Unter Anands Hauptwerken findet sich seine Romantrilogie mit den Bänden „Das Dorf“, „Jenseits des schwarzen Wassers“ und „Schwert und Sichel“. Darin schildert er den widerspruchsvollen Weg eines Bauern, der aus der Enge von Familie und Dorf ausbricht und den ersten Weltkrieg in Frankreich miterlebt. In seinen Werken gestaltete der Schriftsteller auch, wie sich das Bewußtsein des Volkes entwickelte, wie in ihm der Glaube an eine bessere Zukunft erwachte und wie die Menschen dazu heranreiften, sich für Freiheit und Unabhängigkeit einzusetzen. Mulk Raj Anand griff immer wieder soziale Konflikte und psychologische Problemkreise von Menschen in dem Vielvölkerstaat auf. Der Autor etablierte mit anderen Schriftstellern die sogenannte indoenglische Literatur und zählt zu den Gründungsvätern des indischen Romans. Zu verweisen ist auf Mulk Raj Anands autobiographische Romanfolge, deren Bände 1951, 1968, 1976 und 1984 erschienen. Der Autor wies sich auch als exzellenter Essayist aus, wie mit

„Kunstauffassungen des Hinduismus“, „Gibt es eine gegenwärtige indische Zivilisation?“ und „Das indische Theater“. Besonderen Einfluß übten auf den Schriftsteller die englischen Übertragungen der Werke von Maxim Gorki, Michail Scholochow, Alexander Fadejew, aber auch Thomas Mann, Anna Seghers, Ludwig

Mulk Raj Anand zum 100.

Renn und Leonhard Frank aus. Anands Bücher sind vom kritischen Realismus Europas geprägt, zeigen naturalistische Elemente und vor allem sozialkritische Züge. „Wir brauchen 100 und mehr Jahre“, apostrophierte der indische Schriftsteller in den fünfziger Jahren, „um all das aufzuholen, was in unserem Lande versäumt wurde.“

Mulk Raj Anand, der in Bombay lebte, wirkte engagiert in der Weltfriedensbewegung mit und erhielt 1953 den Internationalen Friedenspreis zuerkannt, Ende 1956 fand in Delhi ein Kongreß mit über 200 Schriftstellern aus 14 asiatischen Ländern statt, dem Anand als Generalsekretär vorstand. 1957 war er Leiter einer indischen Schriftstellerdelegation, die die DDR besuchte. Stephan Hermlin und Bodo Uhse empfingen sie in der Akademie der Künste in Berlin (DDR).

Mulk Raj Anand starb am 28. September 2004. Er zählt zu den führenden indischen Schriftstellern zwischen dem Ganges und dem Golf von Manar, die sich als Fürsprecher und Verfechter der nationalen Unabhängigkeit einsetzten. Anand gehört zu den großen und in Europa bekannten Schriftstellern des 20. Jahrhunderts wie Rabindranath Tagore, Krishan Chandar, Prem Chand und anderen, deren Werke für die reiche und mannigfaltige Literatur Indiens stehen. **Dieter Fechner**

In herzlicher Verbundenheit grüßen Redaktion und Förderverein die Jubilare des Monats Januar

Der Neubrandenburger „RotFuchs“-Aktivist

Adolf Möller

wird am **1. Januar 80 Jahre alt.**

Unsere Glückwünsche gehen außerdem an

Horst Brand (7. Januar) aus Schulzendorf sowie an

Dr. Wilfried Meißner (16. Januar) und

Erika Mehnert (20. Januar),

beide aus Chemnitz, zum **75. Geburtstag.**

Ihr **70. Lebensjahr** vollenden

Brigitta Blöth (10. Januar) aus Jena,

Lothar Hilbert (13. Januar) aus Langenbogen,

Karl-Heinz Reinhardt (18. Januar) aus Leipzig und

Ferdinand Goldscheidt (17. Januar) aus Dresden.

Zum **65. Geburtstag** gratulieren wir

Christine Schmidt (20. Januar) aus Halle.

Allen Genossinnen und Genossen wünschen wir möglichst stabile Gesundheit und Lebensmut.

Das „Fest des politischen Liedes“ lebt



Von den auf der CD enthaltenen 21 Liedern und Stücken (Gesamt-Spielzeit: 72 Min.) kann hier nur jeweils eines der Teilnehmenden genannt werden: Rotdorn (Hamburg): Sacco und Vanzetti; Tiempo Nuevo (Chile): Trote de la benia; Ernst-Busch-Chor (Berlin): Wir sind von den Jungen die Alten; Werner Lutz (Erlangen): Tribunal; Die Marbacher (Heilbronn): Schrei aus dem Dunkel; Quijote (Chemnitz): Nur diese eine Schwalbe; Singclub Ernesto Che Guevara (Dresden): Mädchen mit dem Tuch aus Palästina. – Es ist schon so, wie ein Leser nach dem Auftritt der „Ches“ auf der „RotFuchs“-Leserkonferenz 2003 begeistert formulierte: „Das tut so gut, es war wie in alten Tagen.“ Was damit gemeint ist, können wohl nur diejenigen richtig verstehen, die gerne in den „alten Tagen“ lebten und sich nach Kräften mühen, so viel wie möglich des Erhaltenswerten zu bewahren, aufzuheben und weiterzuentwickeln – allen Delegitimierern zum Trotz. Auf daß aus den „alten Tagen“ viele „junge Tage“ werden! **me.**

„Der **Singclub Ernesto Che Guevara** wurde 1974 als FDJ-Singegruppe der 63. Polytechnischen Oberschule in Dresden gegründet und entwickelte sich zu einer der bekanntesten Gruppen der FDJ-Singebewegung in der DDR. 1977 wurde dem Ensemble von der kubanischen Botschaft in der DDR der Name ‚Ernesto Che Guevara‘ verliehen, den es bis heute trägt. Von Anfang an verschrieb sich die Gruppe konsequent der Weiterverbreitung und Bearbeitung vorhandenen Liedgutes. Als das Festival des politischen Liedes in Berlin sich von seinen Wurzeln so weit entfernte, daß man es nicht wiedererkannte, war es ein folgerichtiger Schritt, den 30. Geburtstag des Clubs gemeinsam mit den ebenfalls 30jährigen Marbachern sowie weiteren Freunden und Gruppen in Berlin als ‚Fest des politischen Liedes‘ zu begehen. Das Resultat halten Sie in der Hand. Wir wünschen Ihnen ... beim Hören und Mitsingen viel Freude und danken dem Mitveranstalter, dem ‚RotFuchs‘-Förderverein, für die erwiesene Unterstützung und allen hier vorgestellten Gruppen ebenfalls für die honorarfreie Mitwirkung an der Veranstaltung.“

Mit diesen Worten beginnt das „Booklet“ zur CD „Fest des politischen Liedes 2004“. Das Geburtstagskind (mittlerweile fand in Dresden bereits eine kleinere Nachfolgeveranstaltung zum 31. Geburtstag statt), der „Singclub Ernesto Che Guevara“, hatte dieses musikalisch-politische Juwel erst jetzt unter großen Mühen realisieren können. Der Aufwand aber hat sich in mehrfacher Hinsicht gelohnt:



Die Hamburger Gruppe „Rotdorn“ trat mit großem Erfolg auf der „RotFuchs“-Mitgliederversammlung am 3. 12. in Berlin auf **Fotos: Armin Neumann**

- Alle Freunde des politischen Liedes, die am 27. November 2004 in Berlin nicht dabei sein konnten, haben nun die Möglichkeit, sich wenigstens akustisch von der großartigen Stimmung im „Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur“ überzeugen und evtl. auch anstecken zu lassen.
- Wer dabei war, wird erst recht auf die mit viel Sorgfalt produzierte Aufzeichnung nicht verzichten wollen.
- Eine Sammlung mit Schallplatten der Festivals des politischen Liedes (die Vorläufer und Zusammenschnitte nicht mitgerechnet waren es bisher 19) ist unvollständig ohne diese CD.
- Und schließlich wird mit der CD dokumentiert, daß die Idee des Festivals und das Festival selbst leben. Mögen ihm noch viele weitere folgen!



Die CD kostet 15 € und ist beim Vertrieb des „RotFuchs“ (A. Neumann, Tel. 030/654 56 34, E-Mail: arminneumann@web.de) oder beim Singclub in Dresden (E-Mail: Mail@Singclub-Ernesto-Che-Guevara-ev.de) zu beziehen.

Leserbriefe an ROTfUCHS



Der RF-Chefredakteur erhielt mit Datum des 15. 12. 2005 folgendes Schreiben von der Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela in der BRD:

Ich habe die Ehre, Ihnen für die Übersendung der Exemplare des „Rotfuchs“ Nr. 94 – November 2005 – und Nr. 95 – Dezember 2005 – zu danken, deren Inhalt für diese diplomatische Mission nützlich ist. Ich danke Ihnen ebenfalls für die im Artikel von Steffi Braun und Thomas Schober „Begeistert von der Bolivarischen Revolution“ dargelegten Konzepte. Ich wünsche dem „Rotfuchs“ viel Erfolg und stehe für jede Zusammenarbeit, die Sie mit unserer Botschaft wünschen, zur Verfügung. Ich benutze den Anlaß, Sie meiner Hochachtung zu versichern.

Blancanieve Portocarrero, Botschafterin

Die besten Wünsche für ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches neues Jahr,

**Wladimir Skworzow,
Botschafter der Republik Belarus**

Bei uns in Hellas ist die Szene nach wie vor bewegt. Am 12. November führte die mit der KP Griechenlands eng verbundene Arbeiter-Kampffront (P.A.ME) einen landesweiten Streik mit anschließender Großkundgebung in Athen durch. Die Mobilisierung war ein Riesenerfolg. Fünf Stunden lang marschierten die Demonstranten zum Parlamentsgebäude. In dieser Zeit war das Zentrum Athens lahmgelegt.

Vom 15. bis 17. 11. fanden die Gedenkfeierlichkeiten zum 32. Jahrestag des Aufstandes der Studenten des Polytechnikums gegen die Junta der Schwarzen Obristen statt. Am letzten Tag gab es einen Protestmarsch zur USA-Botschaft. Er dauerte mehr als drei Stunden. Die Teilnehmer riefen die Parolen von damals, die bis heute aktuell sind, darunter „Ami go home!“ Hinzu kamen Sprechchöre gegen NATO und EU.

Am 14. 12. wurde zu einem gesamtgriechischen Streik aufgerufen, dessen Träger die reformistischen Gewerkschaften waren, und an dem sich auch die P.A.ME beteiligte. Doch deren Losungen waren den Veranstaltern offensichtlich viel zu radikal.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Dem Förderverein und seiner marxistisch-leninistischen Zeitschrift, die eine unverzichtbare Hilfe und Orientierung in den politischen Kämpfen dieser Zeit ist, wünschen wir auch im neuen Jahr weiter erfolgreiche Arbeit. Die in den zurückliegenden Monaten geführte Debatte um das Problem, ob sich der „Rotfuchs“-Förderverein als Partei formiert, haben wir mit Aufmerksamkeit und Sorge verfolgt. Dem Standpunkt des Fördervereins und der Redaktion stimmen wir zu. Jedes andere Herangehen entspricht nicht den gegenwärtigen gesellschaftlichen Bedingungen. Es birgt in sich die Gefahr einer weiteren Zersplitterung der Linken, der Schwächung oder gar des Verlustes einer für die Propagierung des wissenschaftlichen Sozialismus wichtigen Zeitschrift. Den Mitarbeitern und Autoren des RF gilt unser herzlichster Dank.

Im Auftrag von Cottbusser Freunden und Genossen haben wir aus unserer gemeinsamen Solidaritätskasse eine bescheidene Spende von 100 Euro überwiesen. In fester Verbundenheit

Werner Walde, Kurt Winter, Cottbus

In dem Artikel von Eberhard Röhner „Erfolge und Widersprüche in der DDR-Kulturpolitik“ entsteht der Eindruck, daß nur „von oben“ dekretiert wurde. Es sind jedoch Hinweise von Walter Ulbricht

bekannt, daß Entscheidungen dort erfolgen sollten, wo die größte Sachkenntnis liegt. Schließlich gab es gegenüber der Partei- und Staatsführung nicht selten einen vorausseilenden Gehorsam auf unteren politischen Ebenen. Dafür ein Beispiel aus meinem unmittelbaren Erlebnisbereich:

1950 wurde im Gewandhausorchester eine vom Orchestervorstand organisierte geheime Wahl gegen den Gewandhauskapellmeister Franz Konwitschny durchgeführt, weil der Leipziger Stadtrat eine 150jährige Tradition mißachtete, daß der Kapellmeister vom Orchester gewählt wird. Die Folge war: Der Vorsitzende wurde entlassen, der Vorstand trat zurück, und das Orchester verließ fast geschlossen die Gewerkschaft. An der prekären Lage änderte sich auch nach zahlreichen von mir ab 1952 einberufenen Orchesterversammlungen nichts, bis die FDGB-Führung und das Ministerium für Kultur 1954 verändernd eingriffen. Soweit ein Beispiel für vorausseilenden Gehorsam.

In der Aufzählung bedeutender DDR-Künstler fehlt mir übrigens Konwitschny, der – ungeachtet seiner persönlichen Probleme – von 1949 bis zu seinem Ableben 1962 die Musikszene dominierte und seine DDR-Fachkollegen, wie z. B. Masur, künstlerisch überragte.

Eine analytische Betrachtung der DDR-Kulturpolitik, verbunden mit vergleichender Kultur- und Kunstgeschichte (wenigstens in Ansätzen), wäre hilfreicher gewesen als eine Aneinanderreihung bekannter Fakten. Denn DDR-Kultur und Kunst, wie sie von Millionen Bürgern erlebt und schöpferisch betrieben wurde, kann trotz noch so intensiver und raffinierter Verleumdungsversuche aus altbundesrepublikanischer Richtung und von einem Häuflein selbst ernannter „Bürgerrechtler“ weder delegitimiert noch totgeschwiegen werden.

Der „Rotfuchs“-Redaktion möchte ich danken, diese Problematik aufgegriffen zu haben.

Paul Pohland, Oelsnitz/Vogtland

Angela Merkel träumt von einem starken (Groß-) Deutschland. „Ich diene Deutschland“, sagte sie mit feierlicher Miene und beschwörender Gestik. Frage: Welchem Deutschland dient diese Pfarrerstochter aus der Uckermark? Sie ist voll auf schwülstige Parolen der Nationalpatrioten abgefahren.

Dabei war sie früher mal FDJlerin. Wurde nicht auch Angela Merkel mit staatlichen Stipendien gefördert? Heute setzt sie ihr in der DDR erworbenes Wissen für die „Rettung“ der kranken BRD ein und verkündet mit frommem Augenaufschlag: „Ich diene Deutschland.“ Das erinnert mich auf fatale Weise an andere nationale Großmäuler, die in Deutschland komischerweise immer dann zur Stelle waren, wenn sich die Lage als brenzlig erwies. Das erweckt in mir unangenehme Gefühle sowie einen schlechten Geschmack im Mund.

Elfriede Fölster, Berlin

Für meine gesellschaftliche Arbeit in der Thüringischen Freundschaftsgesellschaft e. V. war und ist der „Rotfuchs“ unverzichtbar geworden. Besonders im Jahr 2005 waren für meine Freunde und mich die Veröffentlichungen über den 60. Jahrestag der Befreiung eine große Hilfe bei der Vorbereitung der Gedenkveranstaltung am Suhler sowjetischen Ehrenmal, an dem ich seit 1995 an jedem 8. Mai die Gedenkrede halte. (...)

Noch ein paar persönliche Anmerkungen: Von 1971 bis 1989 war ich politischer Mitarbeiter der CDU, erst Kreissekretär in Sonneberg, ab 1979 Verantwortlicher für Kirchenfragen und Auslandsarbeit im Bezirkssekretariat Suhl. Bis Juli 1990 habe ich das Bezirkssekretariat „abgewickelt“, nachdem schon ab Ende 1989 die „Oberen“ ihre neuen Pfründe gesucht und gefunden hatten. Die, die im Herbst 1989 noch mit aller Gewalt verhindern wollten, daß der „Brief aus Weimar“ bekannt wurde, und die im November 1989 betonten, daß an der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei nicht zu rütteln sei, waren die ersten, die mit fliegenden Fahnen zu den neuen Herren überliefen, Land-

tagsabgeordnete oder Amtsleiter usw. in neuen Einrichtungen wurden und schnell vergessen hatten, was sie als Partei- und Staatsfunktionäre der DDR bekannt hatten. An die hohen Auszeichnungen, die sie dafür bekamen, können sie sich gar nicht mehr erinnern. Um so mehr hat es mich gefreut, daß der frühere Bezirksvorsitzende der CDU in Neubrandenburg zu denen gehört, die sich nicht verkauft haben und die – wie eben Wolfgang Mäder auch im jüngsten „Rotfuchs“ wieder – zu ihrer DDR-Vergangenheit stehen. Ich selbst war anfangs der törichten Meinung, man könne nur innerhalb der CDU etwas erhalten oder positiv verändern. Meinen Irrtum habe ich rechtzeitig erkannt und bin seit Jahren parteilos. Dafür bin ich aber schon ein wenig stolz darauf, mit zu denen zu gehören, die z. B. den Freundschaftsgedanken der DSF ins Heute hinübergerettet haben. Seit 15 Jahren bin ich in der neuen Thüringische Freundschaftsgesellschaft aktiv tätig.

Günter Weiß, Suhl

Nun ist Frau Merkel also Kanzlerin – eine Dame, die in ihrer Vita bekanntgibt, sie sei stets eine Feindin der DDR gewesen. Dort aber hat sie studiert und promoviert. Kein Staat der Welt duldet, daß seine Feinde auf Kosten des Volkes einen Dokortitel erwerben können. Aber damit nicht genug: Angela Merkel war nicht nur FDJ-Mitglied, sie war in der FDJ-Leitung zuständig für Agitation und Propaganda. Und das soll eine „Regimekritikerin“ gewesen sein? Niemals – sie lügt, wenn sie mal ihre Mundwinkel hochzieht.

Zur Merkel-Regierung fällt mir der Spruch von Erich Kästner ein:

„Nehmt denn hin, was wir ersparten
und verlüdert's dann und wann
und erfindet noch paar Arten
wie man Pleite gehen kann.“

Dieter Bartsch, Berlin

Die Medien berichten fast täglich von Anschlägen in Irak oder in Afghanistan. Diese richten sich in erster Linie gegen die Besatzer, aber auch gegen Einheimische, die als Kollaborateure eng mit diesen zusammenarbeiten. Nun kann man die Mittel und Methoden, mit denen der Kampf geführt wird, verurteilen oder aus westlicher Sicht als Terror einstufen – es ändert nichts daran, daß er Ausdruck des Hasses der Iraker und Afghanen gegen das aufgezwungene Besatzungsregime ist. Gleichzeitig wird damit der Forderung Nachdruck verliehen, daß die Okkupanten (auch die deutschen!) umgehend diese Länder verlassen. Der Widerstand des irakischen und des afghanischen Volkes ist genauso legitim wie seinerzeit der Kampf der sowjetischen Partisanen gegen die faschistische Soldateska.

Wie verzweifelt muß ein Volk sein, wenn sich der Zorn und die Wut gegen die Besatzer und ihre in- und ausländischen Helfershelfer in solch radikalen Aktionen entladen!

Gottfried Fleischhammer, Leipzig

Obleich der Terror in der Kriminalitätsstatistik als ein schillernder Exot erscheint, ist er weit davon entfernt, ein solcher zu sein. Eine genauere Untersuchung würde zu dem Resultat führen, daß sich der Terror häufig solcher Methoden bedient, die in der bürgerlichen Gesellschaft die Wertschätzung höchster Legalität genießen, weil sie zu ihrer Daseinsweise gehören. Wenn er zu offen kriminellen Methoden greift – zu Nötigung, Erpressung, Geiselnahme, Mord –, dann sind das alles Straftaten der allgemeinen Kriminalität, die lediglich durch die fortgesetzte Begehung als terroristisch qualifiziert werden. Selbst die Skrupellosigkeit seiner Vorgehensweise macht ihn nicht zu einer speziellen Kriminalität. Mobbing erfüllt beispielsweise alle Merkmale des Terrors, einschließlich der fortgesetzten Begehung, der Gewalttätigkeit und der Skrupellosigkeit, aber es wird nicht als Terror verfolgt, sondern allenfalls moralisch verdammt, und das auch nur höchst halbherzig. Denn die Skrupellosigkeit ist ein unverzichtbarer Bestandteil des kapitalistischen

Konkurrenzkrieges, zu dessen Erscheinungsformen der Terror zählt. Deshalb gilt er im Alltag bürgerlicher Gesellschaften auch nicht als kriminell.

Rolf Bullerjahn, Berlin

Sie sind nicht durchgekommen, die Neofaschisten, am 12. November in Halbe, um der von ihnen ernannten Helden zu gedenken. An diesem Tag nicht. Und das war wohltuend.

Mehrere Tausend Menschen hatten sich in Halbe eingefunden, um Flagge zu zeigen. Flagge zeigen, so lautete das Motto des Aktionsbündnisses gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche in Halbe. Die Menschen hatten den Weg zum Waldfriedhof versperrt und den Neofaschisten ihr anachronistisches Gestiefel unmöglich gemacht. Das war der Sieg an diesem Tag, nur an diesem!

Tatsache bleibt, daß den Neofaschisten der Marsch gerichtlich gestattet worden war, trotz angeblich verschärfter Gesetze. Die Antifaschisten wurden wieder durch Polizeikräfte lange gehindert, an der Blockade der Lindenstraße teilzunehmen. Brandenburgs Innenminister Schönbohm passierte die Polizeisperre und grüßte „seine“ Polizisten. Nachdem er lange wieder weg war, wurde die Straßensperre für die Antifaschisten ebenso unbegründet aufgehoben wie sie eingerichtet worden war.

Am Abend war das berlinisch-brandenburgische Fernsehen des Lobes voll für den „Tag der Demokratie“ in Halbe. Ob es der Tag der Demokraten war, bleibt dahingestellt. Die Landesregierung ließ sich nicht lumpen und zahlte heftig für Polizei, Shuttle-Busse, Bühnen und Info-Stände. Die Ministerriege, aus Potsdam angereist, schaute mal vorbei. Auch einige Landtagsabgeordnete ließen sich sehen. Die Parlamentarier der Linken standen von Anfang bis Ende in der ersten Reihe der Blockade.

Gerhard Hoffmann, Frankfurt/Oder

Beim jüngsten Lebensmittelskandal wurde wieder einmal versucht, die Verbraucher, diese „armen Würstchen“, nicht ohne eine zynische Portion Schuldzuweisung zu lassen. Die wollten es ja billiger, und wer Fleisch zum Preis von Katzenfutter möchte, der muß sich nicht wundern ... So vernahm man es auch von Politikern, die einerseits selbst zur privilegierten Verbraucherschicht gehören und die andererseits das Thema ohne jede Ursachenanalyse behandelten.

Würden wir einmal die Lebensmittelskandale allein der letzten 15 bis 20 Jahre auflisten, dann ergäbe sich ein erschreckendes Bild. Wohlweislich wird das nicht getan. Stattdessen beschwört man die berühmten „Einzelfälle“, die „schwarzen Schafe“. Natürlich fehlen nicht Appelle an die Moral der Erzeuger und Händler. Um welche Moral geht es eigentlich unter härtesten kapitalistischen Konkurrenzkampf-Bedingungen? Was heißt hier „bedauerliche Ausnahmen“, wo doch die Profittaten der einzig geltende und anerkannte Beweggrund dieses Systems sind? Mit Wettbewerb hat das alles nichts zu tun.

Roland Winkler, Remseck

Als Leser des „RotFuchs“ freue ich mich über jeden Artikel, der sich mit den theoretischen und praktischen Problemen des wissenschaftlichen Sozialismus befaßt. Ohne die Vergangenheit richtig aufgearbeitet zu haben, ist es schwer, Lösungen für die Zukunft anzubieten. In letzter Zeit haben wiederholt Autoren von Artikeln im „RotFuchs“ gefordert, wir sollten uns trotz der notwendigen Analysen und historischen Rückblicke verstärkt mit der Zukunft beschäftigen. Dem stimme ich uneingeschränkt zu.

Nach meiner Auffassung ist es gegenwärtig nicht notwendig, viel Kraft in die Gründung einer neuen sozialistischen bzw. kommunistischen Partei zu investieren. Die Situation dafür ist im Augenblick und auch in der überschaubaren Zukunft nicht gegeben. Wichtig erscheint mir jedoch, den Lesern des RF, unabhängig davon, in welcher Partei sie Mitglied sind oder welche

Funktion sie ausüben, ein wissenschaftliches, zukunftsorientiertes Podium zu bieten. Es wird sich zeigen, inwieweit sich aus solchen Diskussionen praktische Schlußfolgerungen ergeben. Die Spezialisten auf den einzelnen Fachgebieten sollten aufgerufen sein, sich an solchen Diskussionen zu beteiligen und möglichst tragfähige Vorschläge zu unterbreiten.

Dr. Manfred Graichen, Berlin

Wir sehen heute, daß die Geschichte massiv gefälscht und umgeschrieben wird. Es wird verschleiert und mit „Spaßgesellschaft“ überspielt, was in der Realität viele Menschen ratlos macht. Sogar in Rußland spürt man die Auswirkungen der latenten „Amerikanisierung“. Viele heutige Erscheinungen waren von Marx, Engels und Lenin so nicht vorhersehbar. Und es ist nicht immer leicht, die Komplexiertheit der Vorgänge auf der Weltbühne – d. h. im einen großen Teil der Welt beherrschenden Kapitalismus – zu durchschauen, und noch weniger leicht, bei alledem optimistisch zu sein. Viele Menschen, wenn sie nicht schon ganz und gar von Arbeitslosigkeit und Armut entmutigt worden sind, erkennen die wahren Ursachen ihrer Lage nicht. Hinzu kommt noch, daß diejenigen, die ja in gewisser Weise auch (noch) Nutznießer des allgemeinen Wohlstandes in der BRD sind, sich mit Händen und Füßen gegen eine dialektisch-materialistische Geschichtsauffassung (wie wir sie ja schon in der Schule gelernt haben!) zur Wehr setzen, oder für alles das, was vor ihrem Gartenzaun passiert, einfach kein Interesse mehr haben. Jedenfalls muß über unsere Geschichte wahrheitsgemäß berichtet werden, um für die Zukunft die richtigen Weichen stellen zu können.

Kurzum – ich bin dem „Rotfuchs“ und all den Genossen sehr dankbar, die in sachlicher und allgemeinverständlicher Weise zu aktuellen Themen Stellung nehmen. Die Gestaltung – ein Thema, eine Seite – ist sehr übersichtlich. Auch die Gedichte und Grafiken passen gut ins Bild. Ist wirklich professionell gemacht! Man sagt ja: „Bevor man handelt, sollte man das Gehirn einschalten“ – auch das macht der „Rotfuchs“ wirklich gut! Also weiter so – ich wünsche dem RF eine weite (auch internationale) Verbreitung und allen Autoren Mut, Zuversicht und eine starke Gesundheit!

Gerrit Junghans, Gera

Der „RotFuchs“ ist mir in der jetzigen Zeit lieb und teuer. Im „Blätterwald“, wo sich Lügen und Halblügen übertreffen, ist der RF eine Zeitschrift, die mit ihren Beiträgen erreicht, daß sich die Wahrheit zu Wort meldet und nicht unterkriegen läßt. Ein ganz besonderes Lob verdient Dr. Klaus Steiniger für seine sehr guten Leitartikel. Der Aufmacher vom Dezember ist der Beweis für eine präzise Aussage. Dieser Beitrag ist für mich Analyse und Programm zugleich. Jeder weiß, wo er dran ist. Dafür ein herzliches Dankeschön. Was wären wir Kommunisten, Sozialisten und die vielen anderen Linken ohne unseren „Rotfuchs“, dessen Beiträge uns aufrichten und uns nie den Mut verlieren lassen.

Wolfgang Hilbert, Kahla

Manfred Stolpe hat kurz vor Ablauf seiner Ministerzeit noch erklärt, der „Aufholprozeß im Osten“ werde „30 Jahre dauern“. Bis dahin „sei erreichbar“ ..., „die Lebensverhältnisse in Ost und West in etwa anzugleichen.“ („Berliner Zeitung“ vom 24. 10. 05) Da wir 15 Jahre davon schon hinter uns haben, heißt das also bis 2020.

Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß der Satz in die Debatte geworfen werden, daß es längst einen Teil der früheren DDR-Bevölkerung gibt, der schlechter lebt als zu Zeiten der DDR; er bezieht real geringeren Lohn. Von der Sozialqualität einer Gesellschaft will ich gar nicht reden. Wenn jemand in der DDR z. B. für seine Wohnung (drei Zimmer, normaler Standard) 120 Mark Miete bezahlte, dann entrichtet er heute für dieselbe Wohnung mit demselben Standard 540 Euro. Die

Differenz konnte der DDR-Bürger für den Erwerb anderer Waren und Leistungen einsetzen. (...) Wir werden bald dahin kommen, daß der durch die Linke.PDS geforderte Netto-Mindestlohn von 1000 Euro gar nicht reicht, den DDR-Standard zu erhalten! Wer nämlich die Rechnung verfeinern will, muß in all die anderen Preisvergleiche einsteigen. Da dürfte auch hier die DDR auf vielen Gebieten besser abschneiden. Vom Aufholprozeß sprach Stolpe. Welches Land, das eingeholt werden soll, meint er denn? In der Hoffnung, in ein Wespennest gestoßen zu haben...

Hermann Jacobs, Berlin

Das „RotFuchs“-Gespräch mit Egon Krenz in der Novemberausgabe hat mir ganz ausgezeichnet gefallen. Insbesondere seine Aussagen zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit seitens der herrschenden Politik der BRD. (...)

Ein wachsendes Unbehagen gegen die Segnungen der kapitalistischen Gesellschaft ist nicht zu übersehen. So ergab z. B. eine Studie der Friedrich-Schiller-Universität Jena zu den politischen Einstellungen im Freistaat Thüringen, daß 60 % der Befragten in der „Vereinigung“ mehr Nach- als Vorteile sehen. Bei einer Umfrage der „Ostthüringer Zeitung“ erklärten zwei Drittel der Angesprochenen, die guten Seiten in der DDR hätten die schlechten übertroffen. Der Thüringer Regierungschef Althaus hielt dies für eine „bedenkliche Einstellung“, die ihn „schockiere“. (...) Wie ich in den letzten Tagen der Presse entnahm, haben auch die jungen Sachsen mit der errungenen „Freiheit“ ihre Probleme. 77 % der dort Befragten sind mit dem politischen System der BRD „weniger zufrieden“ oder „unzufrieden“. Andererseits ergab die Umfrage, daß 73 % der Teilnehmer den Sozialismus für eine gute Idee halten, die nur schlecht ausgeführt worden sei.

Dr. Dieter Lehmann, Dresden

Ich habe große Sorge um die Entwicklung in Deutschland, denn Presse, Rundfunk und Fernsehen tun Tag für Tag alles, um die DDR in Verruf zu bringen. Gegen das auf Abschreckung zielende Gerede vom „Unrechtsstaat DDR“ und dessen „krimineller Führung“ tritt öffentlich kaum jemand auf. Wie wirkungsvoll diese ständige Hetze ist und wie auch heute noch die Menschen aus den alten Bundesländern darauf hereinfallen, könnte ich durch viele persönliche Eindrücke belegen. Wiederholt habe ich Reisegruppen aus Westdeutschland erlebt und ihr Verhalten kennengelernt. Das ging bis zu Bemerkungen eines Reiseleiters, die „Halbaffen im Osten“ hätten es fertiggebracht, sogar ihre Fürsten zu enteignen. Die Besucher nahmen das als „DDR-Unrecht“ in sich auf. Meine Einmischung bei solchen Gelegenheiten erzeugte keine Gegenliebe.

Manfred Wulf, Glauchau

Mit großem Interesse las ich die Rede des Präsidenten der Republik Belarus, Alexandr Lukaschenko, vor der 60. UN-Vollversammlung. Seine Worte über die Situation der Vereinten Nationen teile ich voll und ganz. Es hat den Anschein, daß Washington der UNO seinen Willen aufzwingt. Sie sieht tatenlos zu oder ringt sich nur unter großen Mühen zaghafte Proteste gegen den Aggressionskurs der USA ab. Selbst völkerrechtswidrige Kriege werden zugelassen. Die Vereinten Nationen sind nicht imstande oder willens, eine demokratische Weltordnung zu schaffen, in der jedes Land über seinen Entwicklungsweg selbst bestimmt.

Klaus Schmidt, Zwickau

Der „RotFuchs“ bleibt ein bedeutender Kraftquell für unsere politische Arbeit. Er ist die einzige Zeitschrift, die sich durch eine klassenmäßige Analyse der politischen Vorgänge auszeichnet. Dadurch stellt er eine wertvolle Hilfe für die Arbeit an der Basis dar. Ich habe im Jahr 2005 an mehr als 20 Genossen oder mir sonst gut bekannte Personen Werbematerialien und Auszüge der Zeitschrift in der Hoffnung verteilt, weitere Abonnenten zu gewinnen. Ich bin fest davon

überzeugt, daß es viel mehr Leser als ständige Bezieher gibt. Der RF geht von Hand zu Hand.

Kurt Heß, Oelsnitz

Ich bin durch Genossen Ahrens aus Ballenstedt und Genossin Blankenhagen aus Berlin, die ja vor der Konterrevolution Direktorin der Bezirksparteischule war, an der ich 35 Jahre gearbeitet habe, auf den „RotFuchs“ aufmerksam gemacht worden. Mit fast allem bin ich einverstanden. Die Artikel bestätigen mich in meiner Auffassung von der Konterrevolution, von der Bedeutung der DDR, von den Geschichtsfälschungen sogenannter Historiker, von der verräterischen Rolle Gorbatschows und anderer. Auch bringt der RF vieles über die deutsche und internationale Arbeiterbewegung, was die offiziellen Medien verschweigen oder verfälschen. Mir erscheinen allerdings manche Beiträge zur Linkspartei.PDS, deren Mitglied ich bin, nachdem ich seit 1947 in der SED war, nicht ganz den gegenwärtigen Bedingungen zu entsprechen. Nach meiner Ansicht wird die Basis der PDS zu wenig berücksichtigt und nur die Politik des Vorstandes gesehen. Auch ich bin der Meinung, daß man sehr wachsam diese Politik verfolgen muß. Doch übertriebene Angriffe sind nicht immer hilfreich.

Adolf Renner, Ballenstedt

Die Ankunft des „RotFuchs“ ist immer ein Vitaminstoß für Herz und Seele. Die Artikel verleihen Kraft und Zuversicht und spornen mich und meine Freunde – einen stets größer werdenden Leserkreis – an, im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus zu denken und zu handeln. Dafür herzlichsten Dank. **Dr. Karl Kögler, Berlin**

Zum Leitartikel von Klaus Steiniger im Dezember „RotFuchs“, dem ich zustimme, bemerke ich ergänzend: Die Bevölkerung in den sozialistischen Ländern fühlte sich durch die „Funktionäre“ oft nicht vertreten. Über Probleme wurde – sieht man von Satire ab – nicht öffentlich geredet. Auf dieser Grundlage konnten Gorbatschow und seine „Mitsstreiter“ über „Glasnost“ und „Perestrojka“ die Konterrevolution erfolgreich einleiten. Es ist notwendig festzustellen, wie diese Leute an die Macht kamen. Zu diesem Thema hat es ja im „RotFuchs“ gute Artikel gegeben. Ansonsten wird nicht darüber geredet. Auch nicht bei Linken.

Petra Reichel, Bad Kreuznach

Die Schuldenfalle erdrückt die Länder der früheren DDR. Sie wurden nach dem Sieg der Konterrevolution und der Annexion durch die Alt-BRD sowie dem damit im Zusammenhang stehenden Einsatz von Beamten und Politikern aus dem Westen zielgerichtet in den Bankrott geführt. Heute betragen die Schulden allein in Sachsen-Anhalt 1,5 Milliarden Euro. Der Osten befindet sich in einer „Schuldenspirale“, aus der er sich nicht mehr befreien kann. Ein beredtes Bild der Mißwirtschaft malt das jüngste „Schwarzbuch“ vom Bund der Steuerzahler. Darin wird Bund, Ländern und Kommunen nachgewiesen, trotz der Finanzlöcher in den öffentlichen Haushalten Steuergelder in Milliardenhöhe zum Fenster hinauszuerwerfen. Nach Angaben des Schwarzbuches sind im Jahr 2005 erneut 31,5 Milliarden Euro in den Sand gesetzt worden. Die dort dokumentierten Fälle bilden jedoch nur die Spitze des Eisberges.

Wilhelm Deistel, Bernburg

Mit großem Interesse habe ich die RF-Ausgabe Nr. 94 gelesen. Ich bin als Parteiloser beeindruckt, mit welcher Umsicht und Genauigkeit über anstehende Probleme berichtet wird, die andere Presseorgane verdrehen oder verdrängen. Der „RotFuchs“ setzt sich mit den aktuellen Fragen auseinander. (...)

Nach der „Wende“ sollte doch alles besser werden, wurde uns versprochen. Aber wo ist das blühende Land? Nur Lug und Trug! Man muß schon blind und taub sein, wenn man nicht sieht, was da abgeht. Frau Merkel spannt sich voll vor

den kapitalistischen Wagen. In der DDR gab es einst einen Kinderfilm „Die Reise nach Sundevit“. Wohin soll die Reise gehen? In den Untergang?

Dieter-Hans-Heinrich Kramp, Klempner und Installateur, Grevesmühlen

Dank Euch, Ihr Bundesdemokraten!

Wir hatten in unserem Deutschland, der DDR, wahrlich keine Demokratie! Es zeigt sich immer wieder, seitdem wir nun Bundesbürger sein dürfen. Das beweist z. B. die Volksverachtung durch die DDR-Führung, als sie die sozialistische Verfassung durch eine Volksabstimmung bestätigen ließ. Demokratischer wurde das neue Grundgesetz der BRD nach dem Anschluß der DDR vom Bundestag verordnet, obwohl im alten Grundgesetz festgelegt war, daß nach der Vereinigung beider Staaten eine Volksabstimmung zu erfolgen hat.

Bundesrepublikanische Demokratie können wir tagtäglich erlernen: Die CDU verliert Führer, weil sie entgegen dem Gesetz Schwarzgeld nicht entlassen wollen. Die SPD verliert Vorsitzende, weil sie nicht wie einst die Monarchen ihre Untertanen reglementieren dürfen, ob Basta-Schröder oder Müntefering.

Ich habe in meinem unterdrückten, unterentwickelten Ossi-Verständnis immer gedacht, wenn ein Vorstand eine Wahl trifft, so ist das demokratisch. Aber es muß wohl verschiedene Arten von Wahlen geben. Und nicht jede erfüllt demokratische Ansprüche. Aber vielleicht lerne ich das noch.

Na zum Glück gibt es ja noch die Linkspartei. In der PDS schloß Gysi aber aus, im Parteivorstand mitzuarbeiten, wenn auch Sarah Wagenknecht gewählt würde. Und statt eine Frau als stellvertretende Bundestagspräsidentin vorzuschlagen, mußte Bisky unbedingt als 3. Führungsmann der Linkspartei nominiert werden. Das zeigt doch: Auch sie ist schon lange in der BRD angekommen. Armes Deutschland!

Dr. Peter Nitze, Wittenberg

Der einzige Überlebende jüdischer Abstammung aus der mecklenburgischen Kleinstadt Malchow, Peter Hesse, wandte sich an die zuständigen Ämter und Behörden mit der Bitte um Rückübertragung der Gebäude und Grundstücke seiner Eltern. Er versicherte, die Immobilien der Stadt unter einer Bedingung zu übereignen: Sie müsse einen Teil der Räume für eine Ausstellung nutzen, die der Erinnerung an seine im KZ Theresienstadt umgekommene Großmutter und die anderen Opfer des Antisemitismus zu widmen sei.

Erst nach mehreren Jahren kam das Amt zur Regelung offener Vermögensfragen in Waren/Müritz zu der Entscheidung, man könne „im Fall der in Theresienstadt umgekommenen Betty Jacobsohn kein Unrecht erkennen“. Die Zwangsversteigerung ihrer beiden Grundstücke 1936 sei „rechtens gewesen“, es sei denn, Peter Hesse könne etwas anderes beweisen.

Diese Ungeheuerlichkeit, über die in einer Beilage des hiesigen „Nordkuriers“ berichtet wurde, spricht für sich!

Georg Haus, Neubrandenburg

In der Thüringer Allgemeinen vom 9. 11. 2005 waren interessante Dinge zu lesen. Nämlich, daß die Zahl der Thüringer mit einem Jahreseinkommen von über 250 000 Euro seit 1995 von 4 auf derzeit 832 gestiegen ist. Zusammen sind das 359 Millionen Euro, die zum größten Teil aus Kapitalgesellschaften oder Firmengewinnen auf private Konten flossen. Auf der anderen Seite werden in Thüringen die niedrigsten Löhne gezahlt, wird oft ohne Lohnzuschläge am längsten gearbeitet. Die Thüringer haben auch die höchsten Strom- und Gaspreise zu entrichten. Es ist also Realität und kein Klassenkampfslogan, daß die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher wurden. Dabei hat Thüringen nicht mal die meisten Millionäre. Laut TA sollen es in Bayern, Hessen oder Hamburg etliche Tausend sein. Und wenn diese Leute jetzt jammern, als würde

ihnen, wenn sie über 250 000 Euro „verdienen“, bei einer Reichensteuer von 3 % „Hartz IV“ winken, ist das doch blanke Heuchelei. Dabei sollen sogar Firmen von dieser Steuer befreit werden, auch wenn die Gewinne der Firmeninhaber nichtproduktiv auf Privatkonten landen. So könnte aus der notwendigen Reichensteuer nur eine Symbolsteuer werden, um die erzürnten Bürger zu beruhigen.

Über eine 3 % höhere Mehrwertsteuer ab 2007, die Billiglöhnern, Hartz-IV-Opfern und Kleinrentnern tief in die schmale Geldbörse greift, regen sich diese vermögenden Herrschaften nicht auf. War es nicht die SPD, die im Wahlkampf zur Mehrwertsteuererhöhung „Mit uns nicht!“ sagte und die von CDU/CSU ins Auge gefaßte Erhöhung von 2 % als konjunkturschädigende „Merkel-Steuer“ brandmarkte? Nun sind es mit der SPD sogar 3 % geworden, und Herr Platzeck vermerkt stolz, daß solche Ergebnisse „nur in dieser Konstellation möglich geworden sind“. Schämen sollte er sich dafür!

Klaus Hoppe, Apolda

Ich bedanke mich bei Dr. Hans Spyra für den interessanten Beitrag in der Oktober-Ausgabe des „RotFuchs“ zum 13. August 1961. Es ist kaum verwunderlich, daß das Gros der Presseorgane Berichte und Kommentare zum kalten Krieg meidet, weil sonst die Verleumdung der DDR und des Sozialismus in die Brüche gehen könnte. Darum sind die von Spyra vorgenommene gründliche Analyse der Lage vor 1961 und der erforderlichen politischen und militärischen Folgemaßnahmen so notwendig.

Siegfried Birkner, Berlin

Die Rezension „Opfer deutscher Teilung“ („An der Staatsgrenze gefallen“) ist sachlich-kritisch. Sie gefällt mir. Die Benutzung von Bezeichnungen bundesdeutscher kalter Krieger in bezug auf die DDR sollte schleunigst aus dem Buch verschwinden. Schon das zur Verunglimpfung der DDR ständig benutzte Wort „Grenzregime“ (es soll an Nazi-Regime erinnern) ist unverzeihlich. „Regime“, das weiß jeder sprachlich gebildete Mensch, ist stark negativ besetzt.

Die Grenztruppen waren dort in einem sehr sensiblen Bereich, der Fünf-Kilometer-Sperrzone, stationiert. Das reglementierte Wohnen in diesem Streifen war für die Bevölkerung nicht einfach. Wenn man Bekannte oder Freunde im nächsten Dorf am Geburtstag besuchen wollte, in zwei Kilometer Entfernung, bedurfte es einer Sondererlaubnis, die Wochen zuvor beantragt werden mußte. Ich habe die Grenzmaßnahmen für sehr aufwendig und beschwerlich, aber notwendig gehalten. Im Grenzdörfchen Großensee gab es – Gott sei Dank! – „nur“ einen Grenztoten: Das war meine damalige Nachbarin Hilde Wehner, 17 Jahre, einziges Kind der Familie. Erschossen von einer US-Grenzbrigade am 9. April 1946, noch auf dem Territorium der damaligen SBZ. (...)

Die Leistungen der DDR – eines kleinen, stets bedrohten Staates – auf vielen Gebieten kann man gar nicht hoch genug schätzen, vor allem auch die Unterstützung der Befreiungsbewegungen, von Vietnam bis Südamerika.

Artur K. Führer, Bottrop

Jetzt in NRW lebend, war ich in der DDR u. a. Offizier und Kommunalpolitiker. Als ehemaliger Bürgermeister der sächsischen Kreisstadt Bautzen weiß ich, wie man sparsam und ehrlich wirtschaftet, Kritik und Selbstkritik praktiziert und Kollektivität wahr. Nur sechs meiner elf Ratsmitglieder gehörten der SED an.

Wir haben bei uns mit Erfolg eine Sozialpolitik verwirklicht, die diesen Namen verdient. So konnten wir u. a. den Bedarf an Krippen- und Kindergartenplätzen hundertprozentig abdecken. Ein Platz kostete im Monat nur 12 bis 15 Mark der DDR. Müssen wir uns wegen dieser Arbeit etwa schämen?

Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln



Kriegsgräberfür(vor)sorge

Grafik: Klaus Parche

„Einigkeit und Recht – die DDR und die deutsche Justiz“

Zu diesem Thema spricht der bekannte Strafverteidiger

Dr. Friedrich Wolff
am 24. Januar um 15 Uhr

im Großen Saal des Familienzentrums „Charisma“ e. V. in Lütten-Klein, St. Petersburger Str. 18 b (Gebäude des Cine Star).

Veranstalter ist die **Regionalgruppe Rostock**, die Leser und Interessenten herzlich einlädt.

Die Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen

bittet Freunde und Genossen am **28. Januar um 10 Uhr** nach Chemnitz, Rosenplatz 4 (QUERBEET).

Botschafter a. D.

Rolf Berthold

berichtet über

Vietnam – 30 Jahre nach der Befreiung des Südens

Wir erinnern nochmals an die **Portugal-Veranstaltung mit Filmbeiträgen und Lesung**, die die Berliner Regionalgruppe am **6. Januar um 16.30 Uhr** in der

Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205,

durchführt.

Gesprächspartner ist „RotFuchs“-Chefredakteur

Dr. Klaus Steiniger

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur:

Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn

Dieter Itzerott
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Präsentation des „RotFuchs“:

Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der 15. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2143031400
Konto: Berliner Sparkasse (BLZ 10050000)